

Stadtparlament Winterthur

Protokoll der 12./13. Parlamentssitzung des Stadtparlaments im Amtsjahr 2024/2025 vom 2. Dezember 2024

von 16.15 – 18.30 Uhr und 20.00 – 22.07 Uhr

Parlamentssaal des Rathauses, Marktgasse 20

Vorsitz:	F. Helg (FDP)
Protokoll:	A. Furrer
Entschuldigt:	12. Sitzung: L. Jacot (SP) 13. Sitzung: L. Studer (GLP), A. Zuraikat (Die Mitte) 12./13. Sitzung: K. Frei Glowatz (Grüne), F. Künzler (SP), M. Sorgo (SP)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1*		Protokoll der 10./11. Sitzung	
2*	24.97	Wahl eines Mitgliedes in die Aufsichtskommission (AK) anstelle des zurücktretenden M. Graf (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026	M. Sorgo
3*	24.98	Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Stadtbau (SBK) anstelle des zurücktretenden M. Gross (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026	M. Sorgo
4*	24.99	Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) per 17. Dezember 2024 anstelle des zurücktretenden P. A. Werner (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026	M. Sorgo
5	24.100	Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK) per 1. Januar 2025 anstelle der zurücktretenden S. Casutt (AL) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026	M. Sorgo
6	24.101	Wahl eines Mitgliedes in die Kommission Mechatronik Schule Winterthur (MSW) anstelle des zurücktretenden B. Flachmüller für den Rest der Amtsdauer 2022/2026 (vorbehältlich der Beschlussfassung in der Interfraktionellen Konferenz)	M. Sorgo

7*	24.82 (DTB)	Finanzielle Vergütung Stadtwerk Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2025 zulasten der verschiedenen Eigenwirtschaftsbetriebe	N. Ernst
8*	24.86 (DSU)	Finanzielle Vergütung Parkieren Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2025 zulasten des Eigenwirtschaftsbetriebs Parkieren Winterthur	K. Vogel
9(*)	24.81 (DFI)	Genehmigung des Budgets 2025 und Festsetzung des Steuerfusses / Kenntnisnahme des Finanz- und Aufgabenplans 2025 bis 2028	Ch. Hartmann
10	24.93 (DBM)	Begründung des Postulats R. Diener (Grüne/AL), A. Steiner (GLP), S. Gfeller (SP), R. Perroulaz (FDP) und A. Würzer (EVP) betr. HB 2050: Das Maximum aus dem Bestehenden herausholen	
11	23.69 (DFI)	Antrag und Bericht zur Motion A. Steiner (GLP), K. Frei Glowatz (Grüne), B. Huizinga (EVP) und L. Jacot-Descombes (SP) betr. Pachtverordnung für städtisches Landwirtschaftsland	
12	23.85 (DFI)	Beantwortung der Interpellation K. Frei Glowatz (Grüne) und L. Jacot-Descombes (SP) betr. Mitwirkung der Quartierbevölkerung in der Stadtlandwirtschaft	
13	24.19 (DBM)	Beantwortung der Interpellation A. Geering (Die Mitte/EDU), P. Angele (SVP), R. Heuberger (FDP) und L. Studer (GLP) betr. Erfordernis Erstellung von Mockups und Aufgaben der Fachgruppe Stadtgestaltung / AfS	
14	24.20 (DBM)	Beantwortung der Interpellation A. Geering (Die Mitte/EDU) und R. Heuberger (FDP) betr. Bauausschuss oder Baukommission – Teilrevision der Zuständigkeitsordnung für das Bauwesen	
15	23.51 (DSO)	Antrag und Bericht zum Postulat M. Steiner (SP), A. Würzer (EVP), S. Casutt (AL), N. Ernst (GLP) und N. Wenger (Grüne) betr. kinderfreundliche Stadt Winterthur	
16	23.87 (DTB)	Antrag und Bericht zum Postulat Ph. Weber (SP) und A. Büeler (Grüne) betr. Anerkennung der Stadt Winterthur als Blue Community	
17	24.28 (DPR)	Beantwortung der Interpellation A. Zuraikat (Die Mitte) betr. mehr Integration durch Vereine	
18	24.44 (DSS)	Beantwortung der Interpellation K. Vogel (Die Mitte), N. Holderegger (GLP), D. Roth-Nater (EVP) und P. A. Werner (SVP) betr. Nutzung der Handys und elektronischen Geräte an den Schulen Winterthurs	

**an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

Parlamentspräsident F. Helg: Ich begrüsse alle zur heutigen Doppelsitzung, die wir schwerwichtig dem Budget widmen wollen.

Mitteilungen

Parlamentspräsident F. Helg: Ich komme zu den Mitteilungen. Es sind folgende Entschuldigungen eingetroffen: Für beide Sitzungen: Kathrin Frei Glowatz, Fredy Künzler, Maria Sorgo.

Teilweise abwesend ist Lisa Studer (ab ca. 18 Uhr und an der Abendsitzung). Lea Jacot fehlt in der 1. Sitzung; eventuell kann sie es noch so einrichten, dass sie am Ende der 1. Sitzung noch anwesend ist.

Film- und Fotoaufnahmen sind gestützt auf verschiedene Anfragen generell erlaubt.

Die Parlamentsleitung hat an der letzten Sitzung den Tätigkeitsbericht 2020 – 2024 der Stiftung Winterthur/La Chaux-de-Fonds zur Kenntnis genommen, bei der aus dem Parlament Christian Griesser und Raphael Perroulaz im Stiftungsrat sind. Wir von der Parlamentsleitung möchten an dieser Stelle die Tätigkeit des Stiftungsrats und die Tätigkeit der Stiftung insgesamt herzlich verdanken und wünschen dieser Einrichtung weiterhin gutes Gedeihen.

Erklärungen

Parlamentspräsident F. Helg: Kommissionserklärungen, Fraktionserklärungen oder persönliche Erklärungen wurden keine angemeldet.

Traktandenliste

Parlamentspräsident F. Helg: Ich komme zur Traktandenliste. Das Traktandum 6, Wahl eines Mitglieds in die Kommission Mechatronikschule Winterthur (msw), wird von der Traktandenliste abgesetzt, da das Geschäft noch nicht behandlungsreif ist.

Angedacht ist, dass ein Geschäft ohne Diskussion behandelt wird; das ist Traktandum 8, die Vergütung bei der Produktgruppe Parkieren Winterthur.

Gibt es Einwände zur Traktandenliste oder weitere Anträge? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Traktandenliste so genehmigt.

1. Traktandum

Protokoll der 10./11. Sitzung

Parlamentspräsident F. Helg: Protokoll der 10. und 11. Sitzung vom 11. November 2024. Gibt es dazu Anmerkungen oder Einwände? – Das ist nicht der Fall. Dann danke ich einmal mehr Andrea Furrer, unserer Protokollführerin, für das speditive und sehr gute Verfassen unserer Plenumsprotokolle. Und ich denke, heute Abend ist es sicher auch eine Herausforderung mit all diesen vielen Zahlen. Das Protokoll ist also so genehmigt.

Ich kann hier nochmals den Hinweis in die Runde werfen, dass unsere Protokollführerin natürlich sehr froh ist, wenn sie Voten im Voraus oder allenfalls unmittelbar nach der Sitzung schriftlich erhält, damit sie das in das Protokoll integrieren kann - gerade wenn es um Zahlenwerte geht, die man leicht verwechseln kann.

2. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.97: Wahl eines Mitgliedes in die Aufsichtskommission (AK) anstelle des zurücktretenden M. Graf (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026

Parlamentspräsident F. Helg: Wahl eines Mitgliedes in die Aufsichtskommission (AK) anstelle des zurücktretenden M. Graf (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026. Das Wort

hat anstelle der verhinderten IFK-Präsidentin Maria Sorgo der Stellvertreter, Christian Hartmann.

Ch. Hartmann (IFK): Die IFK schlägt als Ersatz für Marco Graf einstimmig Michael Gross (SVP) vor.

Parlamentspräsident F. Helg: Gibt es aus dem Plenum für dieses Amt weitere Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Damit erkläre ich Michi Gross als gewählt und wünsche Dir in dieser neuen Kommission viel Erfolg und Glück.

3. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.98: Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Stadtbau (SBK) anstelle des zurücktretenden M. Gross (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026

Parlamentspräsident F. Helg: Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Stadtbau (SBK) anstelle des zurücktretenden M. Gross (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026. Das Wort hat wieder Christian Hartmann als stellvertretender Präsident der IFK.

Ch. Hartmann (IFK): Die IFK schlägt zur Wahl in die SBK vor: Marco Graf (SVP).

Parlamentspräsident F. Helg: Gibt es zu diesem Wahlgeschäft weitere Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Damit erkläre ich Marco Graf als gewählt und wünsche auch Dir in dieser Kommission, in der es sehr viel zu tun gibt, viel Erfolg und Befriedigung.

4. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.99: Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) per 17. Dezember 2024 anstelle des zurücktretenden P. A. Werner (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026

Parlamentspräsident F. Helg: Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) per 17. Dezember 2024 anstelle des zurücktretenden P. A. Werner (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026. Das Wort hat wieder Christian Hartmann.

Ch. Hartmann (IFK): Die IFK schlägt zur Wahl in die BSCK vor: Jan Ehrbar (SVP).

Parlamentspräsident F. Helg: Gibt es zu diesem Wahlgeschäft weitere Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Damit erkläre ich Jan Ehrbar als gewählt und wünsche Dir auch viel Erfolg und Befriedigung in dieser Kommission.

5. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.100: Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK) per 1. Januar 2025 anstelle der zurücktretenden S. Casutt (AL) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026

Parlamentspräsident F. Helg: Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK) per 1. Januar 2025 anstelle der zurücktretenden S. Casutt (AL) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026. Das Wort hat wiederum Christian Hartmann.

Ch. Hartmann (IFK): Die IFK schlägt mit einer Mehrheit zur Wahl in die SSK vor: Roman Hugentobler (AL).

Parlamentspräsident F. Helg: Gibt es zu diesem Wahlvorschlag weitere Vorschläge aus dem Plenum? – Das ist nicht der Fall. Damit erkläre ich Roman Hugentobler als gewählt und wünsche auch Dir in dieser Kommission viel Erfolg und Glück.

6. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.101: Wahl eines Mitgliedes in die Kommission Mechatronik Schule Winterthur (MSW) anstelle des zurücktretenden B. Flachmüller für den Rest der Amtsdauer 2022/2026 (vorbehältlich der Beschlussfassung in der Interfraktionellen Konferenz)

Das Traktandum ist noch nicht behandlungsreif und wurde von der Traktandenliste gestrichen.

7. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.82: Finanzielle Vergütung Stadtwerk Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2025 zulasten der verschiedenen Eigenwirtschaftsbetriebe

Parlamentspräsident F. Helg: Finanzielle Vergütung Stadtwerk Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2025 zulasten der verschiedenen Eigenwirtschaftsbetriebe. Das Wort hat die Referentin der UBK, Nora Ernst.

N. Ernst (UBK): Einmal im Jahr habe ich das Vergnügen, hier ein Geschäft vorzustellen, das für einmal nicht Geld kostet, sondern bei dem die Stadt Winterthur tatsächlich Geld einnimmt, Geld bekommt. Das ist die finanzielle Vergütung durch Stadtwerk Winterthur.

Das Stadtparlament hat 2016 die Rechtsgrundlage für die Vergütung von Stadtwerk zurück an den steuerfinanzierten Haushalt der Stadt Winterthur geschaffen.

Die Vergütung durch Stadtwerk umfasst die Eigenwirtschaftsbetriebe Stromnetz, Stromhandel, Gasnetz, Gashandel, Fernwärme, Energie-Contracting und Telekom.

Es ist da wichtig zu erwähnen: Stadtwerk hat zehn sogenannte Eigenwirtschaftsbetriebe. Das sind Betriebe, die eigenfinanziert sind, d.h. gebührenfinanziert sind. Sieben davon sind Teil dieser finanziellen Vergütung oder von diesem Antrag für finanzielle Vergütung; drei sind das nicht. Das sind Wasserversorgung, Kehrrechtverwertung und Abwasserreinigung. Dort ist eine Vergütung von Rechts wegen ausgeschlossen.

Die Höhe der Vergütung durch Stadtwerk Winterthur an den Steuerhaushalt richtet sich hauptsächlich nach dem Umsatz der einzelnen Geschäftsfelder. Es wird aber versucht, dass die Höhe der Vergütung grundsätzlich so konstant wie möglich gehalten wird, das aufgrund der Planbarkeit auch für die jeweiligen Budgets.

Den Antrag von Stadtwerk bzw. des Stadtrats für 2025 sieht man auf der Folie. Der Vorschlag ist, dass Gashandel, Verteilung Gas und Fernwärme jeweils eine Ausschüttung an den Steu-

erhaushalt vornehmen. Energie-Contracting und Telekom weisen jeweils negative Betriebsreserven aus und lassen deshalb eine Vergütung nicht zu. Beim Stromnetz ist es ein Absolutbetrag von 5.5 Millionen Franken, der vergütet wird.

Im jährlichen Vergleich sieht man das hier, das ist die finanzielle Vergütung durch Stadtwerk Winterthur über die Jahre. Und es freut uns sehr, dass nach zwei negativen Abschlüssen der Abschluss 2024 von Stadtwerk wieder positiv aussieht. Das widerspiegelt sich auch in der totalen Vergütung an die Stadt: Dieses Jahr ist der Antrag, dass 10.03 Millionen Franken an den Steuerhaushalt vergütet werden, das ist ein Plus von rund 700'000 Franken im Vergleich zu 2024.

Wie muss man die Grössenordnung dieser Vergütung sehen? Man sieht es hier auf dieser Folie: In der Vergangenheit fiel das jeweils ein bisschen höher aus, das war v.a. aufgrund des Stroms und des Gashandels. In den letzten zwei Jahren konnte bei diesen beiden Eigenwirtschaftsbetrieben keine Vergütung stattfinden, dieses Jahr wird beim Gashandel wieder eine Million ausgeschüttet.

Damit man das ins Verhältnis setzen kann: Wir sehen hier, dass Stadtwerk Winterthur eine hohe Reserve hat. 809 Millionen sind es total über alle Eigenwirtschaftsbetriebe. Dem gegenüber steht aber auch ein sehr grosses Anlagevermögen, das beträgt eine gute Milliarde Franken. Und es ist wichtig zu beachten, dass Stadtwerk hohe Investitionen geplant hat, wie wir wissen: Geplant sind KVA, ARA und diverse Energie- und Klimamassnahmen. Aufgrund dessen werden bei Stadtwerk hohe Reserven benötigt.

Wir haben den Antrag des Stadtrats für die finanzielle Vergütung von Stadtwerk in der UBK zusammen mit dem Budget behandelt. Wir haben das in zwei Lesungen im Oktober und im November angeschaut und haben schlussendlich den Antrag des Stadtrats für die finanzielle Vergütung Stadtwerk Winterthur 2025 einstimmig mit 9:0 Stimmen angenommen.

Danke vielmals.

Parlamentspräsident F. Helg: Danke vielmals. Gibt es zu diesem Geschäft noch Anträge? Es wurde zwar 9:0 angenommen, es wurde aber trotzdem der Wunsch geäussert, hier eine Beratung durchzuführen. Das Wort hat Daniela Roth-Nater.

D. Roth-Nater (EVP): Es ist kein Antrag, sondern eine Feststellung. In der Weisung auf Seite 6 wird die Telekom-Verordnung aufgeführt, allerdings ist diese Verordnung nach wie vor noch nicht in Kraft, da das entsprechende Urteil noch aussteht. Deshalb fordere ich das Departement auf, diesen fehlerhaften Satz zu streichen und stattdessen den aktuellen Sachbestand zu dokumentieren. Danke vielmals.

Stadtrat St. Fritschi: Danke vielmals für die sehr wohlwollende Entgegennahme der Weisung über die finanzielle Vergütung. Auch wenn es für die Stadtkasse eine Einnahme ist, so ist es natürlich auf einem anderen Konto eine Ausgabe. Für Stadtwerk ist es natürlich das Gegenteil, es sind nur Ausgaben.

Den Kommentar von Daniela Roth-Nater höre ich jetzt zum ersten Mal, den hast Du in der Kommission nicht gebracht. Ich muss deshalb jetzt aus dem Stegreif sagen: Die Telekom-Verordnung haben wir mit Ausnahme eines Artikels in Kraft gesetzt. Es ist nur ein Artikel, der noch nicht in Kraft ist, weil ja unter anderem eine Firma aus Winterthur da den Rechtsweg beschritten hat. Vielleicht hat es ja einen Zusammenhang damit, dass Du jetzt hier diese Frage gestellt hast. Der Hauptteil der Telekom-Verordnung ist in Kraft, mit Ausnahme dieses einen Artikels.

Parlamentspräsident F. Helg: Damit können wir zur Abstimmung schreiten. Es sind in der Weisung fünf Antragsziffern. Ich möchte beliebt machen, da es keine weiteren Diskussionen und auch keine Anträge gab, dass wir gemeinsam über diese fünf Ziffern abstimmen. – Dagegen gibt es keine Opposition.

Gesamtabstimmung Anträge Ziffer 1 – 5.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Die Anträge werden mit 55:0 bei 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Damit ist dieses Geschäft erledigt.

8. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.86: Finanzielle Vergütung Parkieren Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2025 zulasten des Eigenwirtschaftsbetriebs Parkieren Winterthur

Parlamentspräsident F. Helg: Finanzielle Vergütung Parkieren Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2025 zulasten des Eigenwirtschaftsbetriebs Parkieren Winterthur. Wie eingangs gesagt, beraten wir das Geschäft ohne Diskussion. Als erstes stellt Kaspar Vogel als Referent der SSK das Geschäft kurz vor.

K. Vogel (SSK): Gemäss der Verordnung Parkieren Winterthur bestimmt das Stadtparlament jedes Jahr neu, wie viel Geld aus dem Gewinn der Parkhäuser in den städtischen Staatshaushalt fliessen soll. Ausserdem bestimmen wir ebenfalls jedes Jahr, ob und wie viel aus der Betriebsreserve entnommen und ebenfalls in den Steuerhaushalt fliessen soll. Ein gewisser Déjà-vu-Effekt ist da nicht zu vermeiden.

Parkieren Winterthur ist ein Eigenwirtschaftsbetrieb, der die vier städtischen Parkhäuser bewirtschaftet. Dazu gehören auch unterirdische Parkflächen, z.B. beim Neumarkt, und Parkplätze, die nicht auf öffentlichem Grund sind. Ausserdem werden auch Parkhäuser bewirtschaftet, die nicht der Stadt gehören, z.B. beim Teuchelweiher. Und last but not least sind die insgesamt sechs Angestellten auch noch verantwortlich für die Bewirtschaftung der Velostationen.

Parkieren Winterthur erwirtschaftet einen jährlichen Gewinn von ca. 1.1 bis 1.5 Millionen Franken. Der Stadtrat beantragt, dass vom diesjährigen Gewinn 90%, also ca. 1.16 Millionen Franken in die Stadtkasse fliessen sollen. Die übrigen 10% (129'000 Franken) fliessen in die Betriebsreserve.

Die Betriebsreserve bzw. das Eigenkapital beträgt 2025 voraussichtlich ca. 17 Millionen. Aus der Betriebsreserve müssen Investitionen in Parkhauseinrichtungen, z.B. für Parkkassen, Lifte usw., ersetzt werden können. Hierfür ist eine Betriebsreserve von ca. 5.4 Millionen nötig. Die aktuelle Betriebsreserve übersteigt diesen Betrag bei weitem, sodass die beantragte Entnahme von 2 Millionen Franken im Jahr 2025 gut möglich ist.

Darum sollen aus der Betriebsreserve 2 Millionen zugunsten des Staatshaushaltes entnommen werden.

Insgesamt fliessen somit durch Parkieren Winterthur ca. 3.2 Millionen in den Staatshaushalt. Die SSK stimmte den beiden Anträgen einstimmig zu.

Parlamentspräsident F. Helg: Besten Dank. Möchte die zuständige Stadträtin Katrin Cometta noch etwas dazu sagen? – Sie schüttelt den Kopf.

Damit können wir bereits zur Abstimmung schreiten. Bei diesem Geschäft sind es zwei Antragsziffern, die ich gemeinsam zur Abstimmung bringen werde. Dazu gibt es keine Einwände.

Abstimmung GesamtAbstimmung Antragsziffern 1 und 2.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Die Anträge werden mit 55:0 bei 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Das Geschäft ist dementsprechend erledigt.

9. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.81: Genehmigung des Budgets 2025 und Festsetzung des Steuerfusses / Kenntnisnahme des Finanz- und Aufgabenplans 2025 bis 2028

Parlamentspräsident F. Helg: Wir kommen zum heutigen Hauptgeschäft: Genehmigung des Budgets 2025 und Festsetzung des Steuerfusses / Kenntnisnahme des Finanz- und Aufgabenplans 2025 bis 2028.

Zuerst einige Hinweise zur Behandlung dieses Traktandums. Die allgemeine Reihenfolge ist so, dass es zuerst eine Einleitungsdebatte gibt. Dann kommt die Detailberatung und nach der Detailberatung eine Beschlussrunde, bei der man nochmals zum Ergebnis dieser Budgetdebatte Stellung nehmen kann. Am Schluss kommen dann die Schlussabstimmungen zu den Weisungsanträgen.

In der Detailberatung folgen wir dem Drehbuch, das am letzten Freitag allen zur Vorbereitung zugestellt wurde und das auch auf dem Internet abrufbar ist. Dort werden wir die Produktgruppe Finanzausgleich und Steuern nicht dort behandeln, wo sie im Drehbuch kommt, sondern nach der Beratung des Teil B, weil es dort ja auch um den Steuerfuss geht. Dort ist ja auch ein entsprechender Antrag gestellt zu den Steuern.

Die Investitionskredite kommen bei den jeweiligen Produktgruppen zur Sprache.

Die Kommissionsanträge werden durch die Kommissionsreferentinnen und -referenten vorgestellt, bei den baulichen Investitionskrediten ist das der SBK-Referent, unabhängig davon, welches Departement betroffen ist.

Ich möchte an dieser Stelle auch noch dem Finanzamt unter der Leitung von Petra Oberchristl und Herr Vitali danken für die Unterstützung und die Aufbereitung der Budgetunterlagen, so dass wir heute die Beratung zielgerichtet vornehmen können.

Die Einleitungsberatung startet mit dem Einleitungsvotum, das der AK-Präsident Christian Hartmann (SVP) an uns richten wird.

Ch. Hartmann (AK): Das Thema ist auf den ersten Blick so trocken wie die Folie hier. Ich bin überzeugt, wenn man dann darüber spricht, gibt es da dann schon noch mehr Fleisch an den Knochen. Das Budget hat 608 Seiten. Ich verzichte darauf, jede einzelne vorzustellen, aber einen Überblick möchte ich doch geben über den Antrag des Stadtrats zu den Finanzen 2025 und zum Finanz- und Aufgabenplan darüber hinaus.

Die Tabelle ist auch auf Seite 14, Buch A.

Was gibt die Stadt aus, um den Betrieb Stadt Winterthur zu führen? D.h. um die Leistungen zu erstellen, von denen wir alle profitieren. Wir haben einen Personalaufwand von 560 Millionen, letztes Jahr noch 530 Millionen. Dieser teilt sich auf auf 3'855 Vollzeitstellen, das sind 128 mehr als letztes Jahr.

Dann haben wir einen grossen Topf Sach- und übriger Betriebsaufwand. Dieser geht zurück, das ist hier mit einem Minus und grün dargestellt. Denn im Prinzip ist das ja erfreulich. Jetzt ist es aber so, dass da drin effektiv viele Dinge verbucht sind; da ist Büromaterial drin, da ist Miete drin, da ist aber auch der Energiekauf durch Stadtwerk drin. Und wenn die Preise der Energie sinken, dann sinken auch die Einkaufskosten von Stadtwerk. Auch darin enthalten sind externe Dienstleistungen. Man hat ja als Betrieb (und ich bezeichne die Stadt Winterthur einmal als Betrieb) die Möglichkeit, Leistungen selbst herzustellen (dann haben wir es im Personalaufwand) oder man kann Leistungen auch extern einkaufen, weil man entweder die personelle Kapazität nicht hat dafür, weil man das Knowhow punktuell nicht hat oder weil es schlicht und ergreifend kostengünstiger ist. Alles solche Sachen sind im Sach- und Betriebsaufwand.

Dann haben wir Kosten für die Abschreibung des Verwaltungsvermögens. Das sind Kosten der Investitionen; zur Investitionsrechnung komme ich noch.

Kleinere Positionen kommentiere ich nicht weiter. Aber eine grössere ist der Transferaufwand. Das ist ein hochtechnischer Begriff, aber das sind letztlich Geldtransferzahlungen an

verschiedene Empfänger. Eine der grössten Positionen ist die Bezahlung der Lehrerlöhne an den Kanton. Die Lehrerinnen und Lehrer der Volksschule der Stadt Winterthur sind vom Kanton angestellt, der ihnen auch den Lohn bezahlt. Aber der Kanton will das zurück. Das hat u.a. damit zu tun, dass man keinen Lohnwettbewerb will zwischen den Schulen verschiedener Gemeinden. Da drin sind aber auch die Zahlungen an Sozialhilfeempfänger, die Pflegefinanzierung und viele kleinere und grössere Positionen. Das gibt den betrieblichen Aufwand von 1'673 Millionen, also ca. 1.7 Milliarden. Und wie ich es letztes Jahr schon gesagt habe: Das entspricht ungefähr dem Budgetvolumen des Kantons Schwyz. Dass es zurückgegangen ist, hat hauptsächlich mit den Energiepreisen zu tun.

Jetzt muss man das finanzieren, d.h. 1.7 Milliarden hinaus und 1.7 Milliarden hinein, das gibt ungefähr eine ausgeglichene Rechnung. Wir haben den Fiskalertrag – also weniger kompliziert: Die Steuern –, der ein Stück gestiegen ist. Wir haben Entgelte. Die Differenz zwischen Steuern und Entgelten ist, für eine Steuer (wenn ich es etwas provokativ formulieren darf) erhält man keine Gegenleistung, jedenfalls keine direkte. Für Entgelte stehen irgendeine Leistung gegenüber. Das kann der Energiekauf sein, das können die Heimtaxen sein, es sind dort auch Polizeibussen von ca. 10 Millionen verbucht. Die Leistung ist mir dort nicht ganz klar, aber es ist dort verbucht. Dann gibt es noch die übrigen Erträge, Spezialfonds usw.

Und dann haben wir die Gegenposition zum Transferaufwand, das sind die Transfererträge. Das sind die sogenannten Ressourcen- und Zentrumslastenausgleiche, das ist Geld, das die Stadt Winterthur vom Kanton Zürich erhält; entweder Zentrumslastenausgleich, weil sie Leistungen erbringt als Zentrum zugunsten der umliegenden Gemeinden; oder Ressourcenausgleich im Fall (und das ist der Fall), dass die Steuerkraft der Einwohnerinnen und Einwohner und der Firmen in Winterthur unterdurchschnittlich ist. Die Stadt Winterthur erhält aber auch Rückerstattungen der Sozialhilfe, jedenfalls einen Teil. Das sind dann Dinge, die vorher im Transferaufwand an Einwohnerinnen und Einwohner von Winterthur ausbezahlt wurden.

Wenn Ihr jetzt findet, dass das kompliziert ist, dann kann ich dazu nur sagen: Ja, das ist so. Das gibt im Ganzen dann ein Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit. Also das, was der Betrieb Stadt Winterthur ausgibt für die Leistungen zugunsten der Bevölkerung und das, was dieser Betrieb einnimmt aus Steuern, Entgelten und Transferleistungen vom Kanton (manchmal auch vom Bund oder von anderen Gemeinden). Wie gesagt, es ist beliebig kompliziert. Und dort haben wir dort über alles einen Verlust von 8.6 Millionen Franken.

Und dann kommt das Finanzierungsergebnis. Das besteht aus dem Finanzaufwand (die Stadt Winterthur hat Schulden, diese Schulden kosten Zinsen (wir kommen noch darauf) und das wird da verbucht). Man muss aber auch Liegenschaften im Finanzvermögen, das wird auch da verbucht. Auf der anderen Seite gibt es Mietzinseinnahmen aus den Liegenschaften und wir haben auch Neubewertungen von Liegenschaften und Grundstücken. Grundstücks- und Liegenschaftspreise steigen in der Tendenz. Das ist nicht nur bei Liegenschaften so, die Privaten oder Unternehmen gehören, sondern das ist auch bei den städtischen Liegenschaften so. Diese werden periodisch neu bewertet und das gibt dann einen Finanzertrag. Das ist vorgesehen für 2025: Der schöne Betrag von 18.2 Millionen. Und das ist auch der Grund, weshalb im Ganzen dann das operative Ergebnis der Stadt Winterthur 9.7 Millionen im Plus ist, nämlich die 8.6 Millionen Verlust aus betrieblicher Tätigkeit und die 18.2 Millionen Gewinn aus der Finanzierung geben ein operatives Ergebnis mit einem Gewinn von 9.7 Millionen.

Wenn wir die Steuererträge anschauen: Das ist nicht die grösste Position bei den Einnahmen, das ist mir klar, aber das ist wahrscheinlich die politisch am meisten diskutierte Position der Erträge. Dort sehen wir links vom schwarzen Balken hört es auf mit dem Budget 2024 und rechts geht es weiter mit dem Budget 2025 und den Finanz- und Ausgabeplänen der kommenden Jahre. Was man sieht, das ist, dass die Steuern der natürlichen Personen stetig und regelmässig ansteigen. Darin reflektiert sich natürlich auch das Bevölkerungswachstum der Stadt. Was nicht ansteigt, jedenfalls nicht relevant, das sind die Steuern der juristischen Personen, also der Firmen. Das mag mit dem Geschäftsgang zu tun haben; es ist aber wohl auch so, dass Winterthur nicht direkt ein Firmenwachstum hat. Aber das ist immer komplex,

um das zu analysieren. Was schön stabile Erträge erwirtschaftet, das sind die Grundstücksgewinnsteuern, das ist der zweite Ort, wo die Finanzen der Stadt Winterthur von steigenden Grundstück- und Gebäudepreisen profitieren.

Wir kommen zur Investitionsrechnung. Wir haben in der ersten Tabelle die Investitionsrechnung des Steuerhaushalts, geordnet nach Departementen. Der Stadtrat hat vor, 106 Millionen zu investieren aus dem Steuerhaushalt 2025. Da haben wir Beispiele im Präsidentialdepartement: Das ist die laufende Sanierung des Theaters, das sind Quartierzentren, das sind einige weitere Investitionen, die nächstes Jahr anstehen.

Im Finanzdepartement wird das sogenannte ERP erneuert, das ist eine Software, die letztlich das Geschäft unterstützt in der Buchhaltung, in der Personalverwaltung u.ä. Ihr habt vielleicht das Buch A des Budgets gesehen, das ein bisschen anders daher kommt als früher. Das wurde u.a. möglich durch den ersten Teil von WinERP. Und dann braucht es IT-Hardware, es wäre wohl nicht gut, wenn die Daten der Stadt verloren gingen.

Das Departement Bau und Mobilität möchte investieren in der Technikumstrasse und in der Unteren Vogelsangstrasse, die Querung Grüze ganz prominent. Tiefbau ist eine teure Sache. Im Departement Schule und Sport, das ist dort, wo Kosten- und Investitionswachstum aller Art stattfindet, getrieben durch die Zahl der Schülerinnen und Schüler. Nächstes Jahr v.a. Schulhaus Wyden, Schulhaus Aussenwachten, aber auch Tribünen Schützenwiese und Sanierung Eulachhallen u.v.m. Das sind Sachen, die wir hier drinnen ja schon beschlossen haben, das ist also eigentlich nichts Neues.

Das Departement Technische Betriebe möchte den Forstwerkhof erneuern, ist daran, den Stadtgarten zu sanieren und was die zukünftigen Wünsche dort sind, werden wir sicher an einem der nächsten Forstgänge erleben. Die Eigenwirtschaftsbetriebe, das ist die zweite Tabelle, wollen 131 Millionen investieren. Das sind (je tiefer man im Tiefbau geht, umso teurer wird es): Kanalsanierungen an der Wartstrasse und an der Technikumstrasse (es ist frustrierend an solchen Investitionen, man sieht nichts davon, aber es ist halt teuer – und es wäre ja schön, wenn der Abfluss funktioniert, wenn man duscht). Stadtwerk hat ebenfalls grosse Investitionen vor, darüber haben wir schon gesprochen und abgestimmt: Das ist die neue Ofenlinie bei der KVA, das ist die Abwasserreinigungsanlage, die Investitionen erfordern wird, das Unterwerk in der Grüze u.a. Und Stadtbuss (ich glaube, Stefan Fritschi ist der grosse Investor hier im Stadtrat): Neue Busse, verdichteter Fahrplan, mehr Linien – und man muss diese ja irgendwo abstellen, also will man ein Grundstück kaufen für den Busparkplatz.

Jetzt ist es eine alte Diskussion: Kosten Investitionen etwas oder kauft man mit diesen etwas, das einen Wert hat? Wenn man vernünftig investiert, so erhält man dafür einen Gegenwert, das ist sicher so. Gratis ist es aber auch nicht. Denn alles, was man investiert, verliert über die Jahre an Wert. Das geht bei einem Fahrzeug ein bisschen schneller als bei einem Haus, aber es ist letztlich überall so: Irgendwann muss man es reparieren, sanieren, ersetzen.

Und dann sind wir bei den Abschreibungen des Verwaltungsvermögens. Ihr erinnert Euch: Dort habe ich gesagt, ich komme bei der Investitionsrechnung nochmals darauf. Die Abschreibungen von bereits bestehenden Investitionen werden nächstes Jahr voraussichtlich 123 Millionen Franken ausmachen. Und das schlägt dann zu beim gestuften Ergebnisbericht, den wir vorhin angeschaut haben. Die Investitionen 2025, die wir heute mit dem Budget beschliessen werden, belasten die Rechnung 2025 in aller Regel nicht. Denn die Abschreibungen beginnen dann, wenn eine Investition fertig ist. Es mag sein, dass irgendetwas von dem, was wir beschliessen, noch 2025 fertig wird, dann fängt die Abschreibung schon ein bisschen früher an; aber im Prinzip werden die Abschreibungen in den Jahren 2026, 2027, 2028 und noch viel weiter die Rechnung belasten.

Wir haben Kennzahlen zur Rechnung, die man anschauen kann. Die Kennzahlen sind in dem Sinne nicht ein Antrag – der Steuerfuss ist es da -, sondern das ist mehr eine Auswertung der Zahlen, die zeigen soll, wo die Stadt Winterthur ungefähr steht.

Wenn wir jetzt einen Steuerfuss hätten von 100%, dann hätten wir einen Gemeinsteuerertrag von 300 Millionen. Der steigt ein bisschen, obwohl der Steuerfuss fest bleibt. D.h. wir haben einfach mehr Leute, die Steuern zahlen, oder diese Leute zahlen mehr Steuern, weil sie mehr Einkommen haben.

Eine wichtige Kennzahl ist der mittelfristige Ausgleich der Erfolgsrechnung. Das ist eine Anforderung aus der Gemeindeordnung, die besagt, dass man über acht Jahre hinweg Rechnung, Budget, Finanz- und Aufgabenplan im Minimum Null sein müssen. D.h. man muss über diesen Zeitraum ausgleichen. Wenn das nicht der Fall ist, muss man entweder bei den Kosten Abstriche machen oder bei den Einnahmen zulegen. Im Moment oder im Budget 2025 sieht man vor, den mittelfristigen Ausgleich kommt zu einem Ergebnis von 12.8 Millionen, ist also positiv.

Was wird nächstes Jahr passieren? Nächstes Jahr fällt die Rechnung 2021 aus dieser Grafik heraus und dann muss, damit der Ausgleich da ist, es mindestens um 36 Millionen besser dastehen. D.h. die 48.7 fallen weg, die 12.8 kann man dann dort noch verbuchen, gibt 36 Millionen, die man irgendwo noch zulegen muss in den künftigen Rechnungen.

Weitere Kennzahlen, die relevant sind: Das ist der Selbstfinanzierungsgrad. D.h. die Investitionen, die man tätigt – in welchem Ausmass können wir diese aus den eigenen Einnahmen bezahlen? Der Wert ist voraussichtlich bei 67%, d.h. pro 3 Franken, die wir investieren, müssen wir 1 Franken Schulden machen. Ist das viel oder wenig? Die Tabelle rechts ist vom Kanton. Der Kanton sagt, es ist nicht ungenügend, aber es ist problematisch. Ideal ist natürlich, wenn man aus den Einnahmen direkt die Investitionen zahlen kann. Das ist vermutlich ein Idealzustand, der nicht ganz so einfach zu erreichen ist.

Was günstig ist, ist der Zinsbelastungsanteil, d.h. wie viel Prozent des Ertrages, den wir haben aus allen Positionen, muss man bezahlen für die Zinsen. Das ist mit 1% gut. Das hat mehrere Gründe: Zum einen ist das Zinsniveau sehr tief und zum anderen nimmt das Finanzamt das Geld unserer Meinung nach das Geld auch wirklich clever auf. Man kann also dort selbst etwas beitragen dazu.

Ungünstiger ist der Nettoverschuldungsquotient, also die Menge von Steuern, die nötig wären, um die Schuld abzutragen. Diese ist mit 260% schlecht. Das sieht man auch unten, bei der Nettoschuld pro Einwohner. Die Schulden sind einfach hoch. Ende 2025 werden wir, wenn die Budgetannahmen so eintreffen, Schulden haben von 9'500 Franken pro Einwohnerin und Einwohner. Ab 5'000 Franken spricht der Kanton von einer sehr hohen Verschuldung. Und wir sind jetzt beim Doppelten.

Das waren die Budgetzahlen 2025. Über das beschliessen wir heute. Also nicht über die Kennzahlen, aber über die Erfolgsrechnung und die Investitionsrechnung 2025.

Dann hat der Stadtrat die Aufgabe, noch in die Zukunft zu schauen: Der sogenannte Finanz- und Aufgabenplan. Das ist nicht ganz so detailliert geplant und v.a. sind die Diskussionen zwischen den verschiedenen Führungsebenen, zwischen den Ämtern und dem Stadtrat und stadtratintern nicht ausgetragen, was man effektiv macht und was vielleicht ein bisschen weniger wichtig ist. Deshalb sind Finanz- und Aufgabenpläne in der Tendenz ein bisschen schlechter, als sie vermutlich herauskommen würden, wenn man sie in derselben Intensivität diskutieren würde wie das Budget.

Trotzdem, es gibt einen Indikator, wohin wir gehen. Es fällt auf: Eine Kostensteigerung beim Departement Bau und Mobilität, das sind v.a. die Abschreibungen aus dem Tiefbau. Das sind natürlich die Investitionen in die Strassen, in die Kanalisationen usw. Was hohe Investitionen bedingt, hat später hohe Abschreibungen zur Folge. Im Departement Schule und Sport, ich habe es schon angetönt: Die Zunahme der Schülerzahlen. Schüler, die in den Jahren 2026, 2027 und 2028 neu in die Schule kommen, die sind schon hier als Menschen. Das kann man relativ gut prognostizieren. Und da muss man wahrscheinlich Schulraum zur Verfügung stellen und man muss versuchen, Lehrer dafür anzustellen. Im Sozialdepartement, das ist keine Winterthurer Spezialität, steigen die Kosten. Es sind die Pflegefinanzierung, es ist die Umsetzung der Pflegeinitiative, ganz allgemein die grossen Kostentreiber in den Gemeinden. Und da ist die Stadt Winterthur keine Ausnahme. Das sind der Sozialbereich und die Schule. Das ist wohl eine Zeilenverschiebung: Das Defizit des Verkehrsverbunds wird durch die Technischen Betriebe verbucht und nicht durch Behörden und Stadtkanzlei, aber es steigt auch an. Und damit sind wir wieder bei den Abschreibungen im Verwaltungsvermögen, die im Budget 122 Millionen ausmachen und insgesamt gemäss FAP um ungefähr 22 Millionen ansteigen. Mehr Investitionen, mehr Abschreibungen.

Wenn man die Investitionsrechnung anschaut, jetzt nach Themen und nicht mehr nach Departementen: Wir haben Kultur und Freizeit. Die Sanierung des Theaters wird irgendwann fertig sein, die Sanierung des Museums Lindengut auch. Wir werden aber auch Sanierungen von Quartieranlagen haben in der Zukunft. All dies ist Kultur und Freizeit.

Der Stadtrat plant die Sanierung des Camping-Platzes Schützenweiher, den Neubau des Stadtarchivs, die Strassensanierung Technikumstrasse, einen neuen Revierstützpunkt Seen und insgesamt Investitionen in Strassen und Verkehrswege.

So, und jetzt kommt es: Wir haben in den nächsten Jahren vor, sechs Schulhäuser zu sanieren. Wir wollen drei Schulhäuser erweitern. Handgelenk mal PI kostet ein Schulhaus 30 – 50 Millionen, wahrscheinlich eher 40 – 50 Millionen. Man kann sich das ungefähr vorstellen. Es fällt nicht alles in den 3-4 Jahren an, die auf der Tabelle sind, aber es kommt.

Sport: Den Masterplan Deutweg haben wir hier drinnen behandelt. Die Sanierung der Eishalle ist auch schon älter. Kinderbereich im Freibad Geiselweid – es sind kleine und grosse Sachen, in der Summe ist das auch ein grosser Brocken.

Stadt Begrünung und Anlagen, Sanierung des Stadtgartens, der Forstwerkhof, Ersatz von Fahrzeugen oder in der IT Software-Projekte von verschiedenen Departementen und Speicher-Infrastruktur. Was immer es braucht, damit der Betrieb Stadt Winterthur seine Leistungen erbringen kann.

Wenn man die Eigenwirtschaftsbetriebe anschaut, haben wir die Entsorgung, Kanalsanierung, Elektrofahrzeuge, die man kaufen möchte. Die Alterszentren sind ein Eigenwirtschaftsbetrieb, der aber auch finanziert sein muss. Die Erweiterung Adlergarten, ein Neubau in Oberwinterthur. Stadtwerk möchte die Stromproduktion erneuern, Quartierwärmeverbünde einführen und wie gesagt, in die ARA und KVA will man auch investieren. Es soll eine neue Busflotte geben und langfristig nicht nur ein neuer Busparkplatz, sondern ein Depot (also eine Garage). Das kostet alles. Das ist eigentlich der Plan für die nächsten Jahre.

Über diesen Plan müssen wir nicht abstimmen, aber wir müssen ihn zur Kenntnis nehmen.

Etwas, das ich Euch erzählt habe, kann man fast nicht mehr nicht zur Kenntnis nehmen, aber wir müssen darüber abstimmen, dass wir es zur Kenntnis nehmen.

Damit kommen wir zu den Anträgen des Stadtrats. Es gibt fünf Anträge:

1. Das Budget der Stadt Winterthur über die Globalkredite und Leistungsziele der Produktgruppen in der Erfolgsrechnung für das Jahr 2025 wird genehmigt.
2. Das Budget der Stadt Winterthur über die Ausgaben und Einnahmen in der Investitionsrechnung des Verwaltungs- und Finanzvermögens für das Jahr 2025 wird genehmigt.
3. Der Steuerfuss der ordentlichen Gemeindesteuern wird auf 125 Prozent (2024: 125%) der einfachen Staatssteuer festgesetzt und zusammen mit der gesetzlichen Personalsteuer (24 Franken pro Person) in sieben Raten gleichzeitig mit der Staatssteuer bezogen.
4. Der Finanz- und Aufgabenplan (FAP) der Stadt Winterthur für die Jahre 2025 bis 2028 wird zur Kenntnis genommen.
5. Der Stadtrat wird ermächtigt, pauschal in der Produktgruppe «Städtische Allgemekosten» eingestellte Positionen im definitiven Budget den Produktgruppen zu belasten.

Die Aufsichtskommission hat diese Anträge diskutiert und einstimmig mit 11:0 genehmigt.

Danke.

Parlamentspräsident F. Helg: Besten Dank, Christian Hartmann. So haben wir durch die präzisen Erläuterungen ein gutes Beratungsfundament.

Wir steigen nun ein in die Einleitungsdebatte. Zuerst ist die Reihe an den Mitgliedern der AK. Auf der Rednerliste ist die erste Person Michael Zundel (Grüne/AL).

M. Zundel (Grüne/AL): Vielen Dank an Christian für das detaillierte Vorstellen des Budgets 2025 und des FAP.

Die Stadt Winterthur schwimmt immer noch nicht im Geld. Auch wenn wir vielleicht bald ein zweites Hallenbad bekommen - oder vielleicht eben genau deshalb.

Das Narrativ ist seit Jahren immer das Gleiche bei der Budgetdebatte. Die Stadt legt uns ein möglichst ausgeglichenes Budget vor, in dem es praktisch keinen Handlungsspielraum gibt,

und wir diskutieren über Beträge, welche im Gesamtaufwand praktisch wieder untergehen. Beide Seiten plädieren auf Nachhaltigkeit. Die einen schauen darauf, dass der Schuldenberg nicht weiter wächst, damit die nächste Generation auch eine prosperierende Zukunft genießen kann. Die anderen setzen sich dafür ein, dass die gesellschaftliche Schere nicht weiter aufgeht und unser hoher Lebensstandard für alle erschwinglich bleibt, damit die nächste Generation nicht die letzte bleibt. Dann gibt es noch die dazwischen, welche tatsächlich entscheiden dürfen, wo es hingehet. Also diejenigen in der Mitte.

Wie vielleicht die meisten hier, waren wir positiv überrascht, als wir gehört hatten, dass das Budget 2025 mit fast 10 Millionen Plus positiv ausfallen wird. Wir nannten es damals eine kurze «Verschnaufspause» vor den kommenden Herausforderungen. Herausforderungen, welche die Schulden der Stadt Winterthur stark anwachsen lassen; aber in zweiter Betrachtung merkt man, möglicherweise gibt es einen Grund dafür, der organisatorischer Natur ist und nicht verschwenderischer – wie wir es vorhin gehört haben mit den ganzen Investitionen. Wer Investitionen tätigt, muss sich zum Teil halt auch verschulden. Dabei möchte ich speziell die Eigenwirtschaftsbetriebe wie z.B. die KVA und die ARA erwähnt haben.

Ich möchte gleich noch etwas Vorabgreifen in die folgende Debatten. Es stehen zwei Anträge im Raum, welche im Grundsatz gegensätzlicher nicht sein könnten. Jedoch stammen sie eigentlich aus demselben Gedanken. Der eine würde eine Kürzung des Globalbudgets um 7 Millionen bedeuten und würde den Handlungsspielraum der Stadt nochmals deutlich schmälern. Somit würde die Qualität der Angebote für alle darunter leiden. Der andere Antrag wäre eine Steuererhöhung um 2%, welcher Mehreinnahmen in etwa gleicher Höhe bedeuten würde. Damit wäre das Minus der betrieblichen Tätigkeit in der Erfolgsrechnung auch gedeckt und betreffen würde es mehrheitlich diejenigen mit einem ohnehin bereits hohen Lebensstandard.

Grundsätzlich lebe ich sehr gerne in der Stadt Winterthur und bin auch sehr zufrieden, was wir unter anderem in diesem Parlament alles angestossen haben. Mit Netto Null 2040; Vorstösse zu Fassadenbegrünung und Fotovoltaik auf Dächern; einem Richtplan, welcher hoffentlich auch einen Fokus auf die Verkehrswende beibehalten wird; ein Fussballstadion, bei welchem man nicht zwei Monate im Voraus sein Ticket beim exklusiven Vorverkauf ergattern muss; und neuerdings auch einen Richtwert für die Förderung von gemeinnützigem Wohnbau. Wenn ich mir das so anhöre, freue ich mich richtig darauf und versuche mir vorzustellen, wie unsere Stadt in 5 bis 10 Jahren ausschauen wird. Das sind alles Investitionen in die Zukunft und Gesellschaft, bei welchen wir uns sicher sind, ob sie auf den ersten Blick monetär nachhaltig wirken oder nicht, sie auf jeden Fall einen Mehrwert generieren werden. Wir möchten uns herzlich für die geleistete Arbeit bei den MitarbeiterInnen der Stadt Winterthur bedanken und sind überzeugt, dass sie sich weiterhin mit höchster Hingabe und Nachhaltigkeit – Nachhaltigkeit in beidem Sinn - für das Wohl der Allgemeinheit einsetzen werden.

Die Fraktion Grüne/AL tritt auf das Budget 2025 ein.

B. Helbing (SP): Danke, Christian Hartmann, für die Vorstellung des Budgets.

Das Budget 2025 zeigt die Herausforderungen einer weiterhin wachsenden Stadt auf, wir haben es gehört. Es geht um die Investition in die Infrastruktur wie Schul- und Betreuungsraum und den hohen Erneuerungs- und Sanierungsbedarf von Gebäuden. Es müssen wachsende Kosten bei der Pflegefinanzierung budgetiert werden und es braucht mehr finanzielle Mittel im Bildungsbereich. Gerade bei den nicht steuerbaren Kosten im Bildungs- und Pflegebereich ist es für die Stadt Winterthur und übrigens auch für andere Gemeinden im Kanton finanzpolitisch eminent wichtig, dass die Lasten fairer verteilt werden, d.h. der Kanton müsste hier einen höheren Finanzierungsanteil übernehmen. Gleichzeitig müssen wir verhindern, dass mit weiteren Steuergeschenken für Firmen und Reiche und Entlastungspaketen den Gemeinden noch mehr Mittel entzogen werden, denn wir sind mitten in der Bewältigung weiterer wichtige Herausforderungen hier bei uns in der Stadt; nehmen wir die Erreichung der Energie- und Klimaziele, welche wir der zukünftigen Generation und uns schuldig sind. Wir haben mit der Realisierung von Netto Null bis 2040 einen Auftrag, den wir vom Volk erhalten haben. Und wenn

wir die Digitalisierung wirklich sinnvoll nutzen möchten, dann braucht es Investitionen in die Zukunft.

Das Budget 2025 wurde vom Stadtrat mit einem Einnahmenüberschuss von rund 10 Millionen an das Stadtparlament zur Beratung überwiesen. Wir als SP-Fraktion danken dem Stadtrat und den städtischen Angestellten für die Ausarbeitung des vorliegenden Budgets. Es wurde in den Budgetberatungen der Kommissionen deutlich, dass der Stadtrat die Herausforderungen der wachsenden Stadt in das Budget aufnehmen musste. Trotzdem hat der Stadtrat kostenbewusst budgetiert, das zeigt sich auch daran, dass innerhalb der Budgetberatungen in den Kommissionen nur wenige einzelne Kürzungs- wie auch Erhöhungsanträge gestellt wurden.

Die Herausforderungen der nächsten Jahre, das haben wir auch gehört, werden im FAP skizziert. Deshalb ist der budgetierte Einnahmenüberschuss von rund 10 Millionen umso wichtiger. Wir brauchen Eigenkapital für die nächsten herausfordernden Jahre. Eigentlich hätten wir dieses Jahr schon eine moderate Steuererhöhung beantragen können, damit das Eigenkapital für die wachsenden Herausforderungen vorhanden ist. Der Steuerfuss ist der Preis der Leistungen, die wir von der Stadt erhalten, und er resultiert auch aus den bestellten Leistungen; nehmen wir die Abstimmung vom letzten Wochenende, bei dem das Volk ein Ja gegeben hat zu einem 2. Hallenbad. Wegen des budgetierten Einnahmenüberschusses haben wir darauf verzichtet, einen Antrag zu stellen.

Noch etwas zum Budgetberatungs-Prozess: Ganz am Schluss wurde in der AK der Antrag um eine Pauschalkürzung von 7 Millionen gestellt, welcher durch das Zusammenstehen des Mitte-Rechts-Blocks sicher eine Mehrheit erhalten wird. Der Budgetprozess also eigentlich ad absurdum geführt worden. Ich bin ehrlich: Nicht, dass ich mir während der Budgetberatung mehr Kürzungsanträge wünschen würde, aber wenn gekürzt werden soll, dann in den Budgetberatungen der Sachkommissionen. Denn genau diese Budgetberatung hat in den Sachkommissionen die letzten Wochen stattgefunden: Es gab Fragen, Antworten und Diskussionen und daraus wurden Anträge gestellt und auch Anträge zurückgezogen, weil vielleicht in einer Diskussion klar wurde, dass der Antrag bei genauerer Betrachtung keinen Sinn mehr macht. Oder dass diese Budgetkürzung mit Leistungsabbau verbunden wäre und man dies im konkreten Fall nicht wollte. Ich wünschte mir also, dass die konkreten Anträge genau dort gestellt werden, wo das Potenzial dazu gesehen wird und wir alle wissen, wo gekürzt werden soll. Wenn nämlich das Parlament in einer Produktegruppe den Globalkredit reduziert, weil eine Leistung nicht mehr gewünscht wird, dann hat der Stadtrat diesen Entscheid umzusetzen. Oder anders gesagt: Das Parlament gibt dem Stadtrat einen politischen Auftrag, was er zu tun hat, wenn der Globalkredit reduziert wird. Diese Transparenz fordern wir ein.

Pauschalkürzungen sind aus Sicht der SP verantwortungslos. Sie verwässern nämlich die Arbeit, welche die Mitglieder in den Kommissionen geleistet haben.

Die SP wird einige Anträge noch einmal stellen: Eine Erhöhung der individuellen Lohnmassnahmen zum Beispiel, denn das Personal ist die Substanz einer funktionierenden Stadt. Wir sehen das als kleines Zeichen der Wertschätzung, die wir einfordern wollen. Wir stellen auch noch einzelne Anträge in der Kultur und wir unterstützen die Anliegen zur Erreichung des Netto Null-Ziels.

Die SP bedankt sich beim Stadtrat und bei der Verwaltung für das Budget, für die Unterstützung in den Kommissionen und für die geleistete Arbeit. Wir treten auf das Budget ein.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Danke, Christian, für die sehr gute Präsentation. Sie hat klar aufgezeigt: Wir haben dieses Jahr wiederum nur ein scheinbar positives Budget, weil wir wiederum Buchgewinn ausweisen. Dazu möchte ich gerne aus der Medienmitteilung der Stadt St. Gallen zur Jahresrechnung 2023 zitieren, die schreibt: «Diese Buchgewinne sind in zweierlei Hinsicht trügerisch: Erstens kann in den kommenden Jahren nicht mit Gewinnen in solcher Höhe gerechnet werden, und zweitens resultieren diese in einer höheren Bewertung, welche jedoch keinen Cashflow für die Stadt erzielen. Deshalb sind mit CHF 22.4 Mio. der grösste Teil dieser Buchgewinne in die Reserven eingelegt worden.»

Dem können wir uns von der Mitte/EDU-Fraktion klar anschliessen. Aber in Winterthur plant der Stadtrat diese Buchgewinne bereits im Budget mit ein und will sie anders verteilen. Das kann und darf nicht sein nach unserer Meinung. Wir wollen ganz klar ein Ergebnis, das mindestens eine operative Null vorsieht.

Beim Studium des Budgets sind uns zwei Themen besonders aufgefallen: Einerseits die Residualkosten und andererseits die Halle 53. Die Residualkosten beschäftigen uns schon lange. Dieses Jahr wird im Departement Städtebau und Mobilität ein ganzer Rechtsdienst aus einer Produktgruppe ins Departementssekretariat verschoben. Dass die Erhöhung der Kosten des Sekretariats die anderen Produktegruppen belastet, haben wir dieses Jahr auch eindrücklich beim Departement Präsidiales gesehen; da entstehen schnell Mehrkosten im vier- bis fünfstelligen Bereich. Wie das wohl aussehen muss, wenn ganze Stellen verschoben werden, und welche Folgekosten das auch sonst noch hat, konnten wir nicht nachvollziehen im Budget. Wir appellieren an den Stadtrat, sorgfältiger und transparenter damit umzugehen.

Bei der Halle 53 fragen wir uns schon: Bahnt sich hier ein Finanzdebakel an? Zur Erinnerung: Die Halle 53 ist das hippe Parkhaus der Schweiz, das immer wieder für Fotoshootings verwendet wird. Die Stadt konnte die Halle 53 für eine Million von der Implenia erwerben als Anlage im Finanzvermögen. Es gab Wettbewerbe für die Nutzung dieser Halle und immer wieder wurde versprochen, dass private Investoren in die Halle 53 investieren und sie finanzieren werden und die Umnutzung der Halle 53 die Stadt keinen Rappen kosten wird. Und jetzt erfahren wir so beiläufig im Budgetbuch, dass die Halle 53 vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen verschoben werden soll und in FAP sind Investitionskosten in der Höhe von knapp 10 Millionen vorgesehen. Die Mitte/EDU-Fraktion verlangt, dass das Stadtparlament über alle Pläne zur Halle 53 im Detail informiert wird. Und sollte der Stadtrat auf die Idee kommen, die angedachten Investitionen in der Grössenordnung von 10 Millionen als gebundene Ausgabe zu erklären, würden wir dagegen opponieren. Muss die Halle 53 auf Kosten der Stadt saniert werden, wollen wir eine entsprechende Weisung zuhanden des Stadtparlaments, damit dieses über den entsprechenden Investitionsbetrag entscheiden kann.

Und wieso wir so viele, neue Informationen immer noch im Kleingedruckten aus dem Budgetbuch entnehmen müssen, verstehen wir schon gar nicht. Hier wünschen wir uns eine klare, proaktive Information seitens Stadtrat. Denn wenn wir alle neuen Informationen im Rahmen des Budgetprozesses einholen müssen, sprengt dies den Rahmen der vorgesehenen Kommissionssitzungen.

Was uns von der Mitte/EDU weiterhin grosse Sorgen macht, ist das stetige Wachstum der Kosten, aber auch der Bevölkerung. Wie stark wollen wir noch wachsen? Und welches Wachstum können wir uns in Zukunft noch leisten? Dazu wünschten wir uns endlich eine echte Diskussion.

Wir fordern den Stadtrat zum wiederholten Male auf, Massnahmen zu treffen, die Aufgaben zu überprüfen; aber auch die Standards und Richtlinien zu hinterfragen, sowie die Investitionen zusammen mit dem Parlament bzw. den Kommissionen zu priorisieren.

Nichtsdestotrotz: Wir von der Mitte/EDU treten aufs Budget ein, nehmen aber den FAP negativ zur Kenntnis.

F. Kramer (EVP): Der Stadtrat hat dem Parlament ein sorgfältig erstelltes Budget präsentiert. Wir schätzen den Einsatz für einen gleichbleibenden Steuerfuss. Vielen Dank für die Ausarbeitung, gerne treten wir auf die Budgetdebatte ein.

Wir leben in der schönsten Stadt der Schweiz. Dass so eine Stadt wächst, ist nicht verwunderlich. Viele, die hier aufgewachsen sind, bleiben – und neue kommen dazu. Es ist eine ehrenvolle Aufgabe, diese Stadt mitzugestalten. Aus Sicht der EVP soll sie für alle Bewohnenden ein gutes Zuhause sein, in dem die Bedürfnisse der Bevölkerung abgedeckt werden.

Was das genau heisst, darüber sind wir uns im Parlament natürlicherweise nicht immer einig. Die Abstimmungen in diesem Jahr haben aber sicher etwas davon gezeigt, was dem Volk wichtig ist, gerade neuestens mit dem deutlichen «Ja» zum Hallenbad. Aus demokratischer Sicht muss so ein Volks-Ja absolute Priorität haben bei der Finanzplanung.

Und wir sagen deshalb: Das Geld reicht für ein zweites Hallenbad! Ganz einfach, weil es durch das Volks-Ja Priorität erhält. Wenn wir sagen, dass das Geld für das Hallenbad reichen wird, bedeutet das – leider - gleichzeitig, dass das Geld nicht für alles andere auch reicht, das durchaus förderenswert wäre. Wir müssen priorisieren. Im Parlament hören wir jeweils, Kürzungen im Budget hätten Leistungsabbau zur Folge. Das hoffen wir nicht, das kann man aber vielleicht tatsächlich nicht komplett ausschliessen. Man weiss ja auch längst, dass Innovation immer gleichzeitig Exnovation gegenübergestellt werden muss. Als EVP wollen wir eine sich entwickelnde Stadt. Neue Aufgaben kommen dazu. Das heisst, bisherige Leistungen müssen immer wieder kritisch angeschaut werden: Sind sie noch erwünscht und bringen sie den nötigen Nutzen? Wenn nicht, sind sie einzustellen. Exnovation braucht sehr viel Mut. Wir müssen mutig entscheiden, wofür die Einnahmen unserer Stadt eingesetzt werden sollen. Ich hoffe, wir bringen diesen Mut als Stadt auf, allen voran Stadtrat und Parlament. Als EVP sind wir überzeugt, dass es Potenzial gibt, das mit wenig Schmerzen umgesetzt werden könnte. Es muss immer sozialverträglich sein aus unserer Sicht und immer das Klima berücksichtigen. Dann reicht das Geld. Nicht nur für das Hallenbad, sondern auch für die Pflegefinanzierung, das Klima, die Löhne der Lehrpersonen und all die anderen unerlässlichen Aufgaben.

Ein kleiner Einschub zu den Einnahmen von Winterthur: Nur ungefähr 20% der Einnahmen unserer Stadt stammen aus den ordentlichen Steuern. Mit Erhöhung des Steuerfusses können wir die Sache also nicht einfach regeln längerfristig.

Wir sind einerseits vom Kanton abhängig, andererseits müssen wir endlich überlegen, ob wir unsere Leistungen wirklich zum gleichen Preis anbieten wollen für die Steuerzahlenden in unserer Stadt einerseits und alle Auswärtigen. Aus unserer Sicht wäre eine moderate Unterscheidung legitim, zum Beispiel bei Eintrittspreisen. Und nebst dem Schrauben an den Einnahmen müssen wir wie gesagt unsere Ausgaben priorisieren.

Als EVP sind wir der Meinung, dass die Erhöhung der Verschuldung keine Lösung ist. Es ist nicht ok, zwar die nötigen Schulhäuser zu bauen, diesen Schulkindern dafür aber Schuldenberge zu hinterlassen. Als Stadt sind wir, wie es Christian präsentiert hat, beim Nettoverschuldungsgrad längst weit über den Richtwerten für Gemeinden. 150% wären gerade noch genügend – und wir sind bei 260%!

Wir zahlen pro Jahr bereits über 20 Millionen Zinsen für unsere Schulden. Der Stadtrat schaut eine Zunahme der Schulden um 4% im Jahr als akzeptabel an. Das finden wir nicht vertretbar.

Schulhäuser (und auch die ganze andere Infrastruktur der Stadt) sind aber natürlich zu bauen und zu erhalten, und das wollen wir auch nicht mit Murren tun, sondern mit Freude! Einzige Lösung ist also folglich, dass wir selbst genügend Eigenkapital aufbauen. Und das Schöne am heutigen Abend finde ich, dass da eine grosse Einigkeit zu dieser Ansicht zu bestehen scheint. Und das geht nur, wenn wir in der Erfolgsrechnung ein möglichst grosses Plus budgetieren.

Die EVP unterstützt heute deshalb Kürzungsanträge, welche dieses Plus fördern. Ziel und Motiv dabei ist, dass wir Geld freispielen wollen für die Investitionen für unsere Stadt. Die Grünen möchten das mit einer Steuererhöhung lösen. Ich glaube, sie haben es sogar gesagt, dass das dann die Reichen tragen müssten. Aber das stimmt nicht. Auch der untere Mittelstand müsste mehr Steuern bezahlen. Natürlich sind das in den Augen von Gutverdienenden nur ein paar Franken. Wir glauben aber, dass das an den Menschen vorbeipolitisiert ist. Alle Leute, die unter der Teuerung, unter den hohen Mieten und unter fehlenden Mindestlöhnen gelitten haben und leiden, sind preissensibel. Eine solche Steuererhöhung, auch von ein paar Franken, kann das Fass zum Überlaufen bringen. Und irgendwann kann man dann den Gürtel einfach fast nicht mehr enger schnallen.

Ein Wort noch zu WoV, das heisst «Wirkungsorientierte Verwaltungsführung»: Die EVP ist klar der Meinung, dass wir an WoV weiterarbeiten müssen. Wie ich fürchte, wird heute Abend das Wort «Leistungsabbau» noch ein paar Mal verwendet werden. Darüber kann das Parlament im Moment aber gar nicht entscheiden, solange sehr viele Leistungen der Stadt im Budget gar nicht als WoV-Ziel abgebildet sind. Somit: Das Parlament hat zwar die Budgethoheit, aber die nötigen Hebel nicht. Im Moment heisst WoV deshalb fast eher: Wo Vertrauen

wir? Vertrauen ist gut; aber nicht, wenn man die Budgethoheit hat und die Verantwortung dafür trägt. WoV in Winterthur braucht Überarbeitung.

In dem Sinne sprechen wir über das Budget 2025 und im Jahr 2025 dann aber auch darüber, wie wir WoV weiterentwickeln können.

S. Kocher (GLP): Auch von meiner Seite besten Dank, Christian, für das detaillierte Vorstellen dieses Budgets. Das Budget der Stadt Winterthur für das Jahr 2025 präsentiert einen Ertragsüberschuss von 9.8 Millionen bei einem stabilen Steuerfuss von 125 Prozent. Auf den ersten Blick sind das erfreuliche Zahlen, die Ruhe und Stabilität suggerieren. Doch aus Sicht der Grünliberalen Partei ist dieser Überschuss eher die Ruhe vor dem Sturm. Dies umso mehr, da dieses positive Ergebnis nur möglich ist, da ausserordentliche Gewinne miteinbezogen wurden, wie die Neubewertung der städtischen Immobilien. Dies ist zwar ein korrektes Vorgehen, doch ohne diese ausserordentlichen Gewinne wäre das Budget im Minus. Der Blick auf den Finanz- und Aufgabenplan (FAP) der Jahre 2025 bis 2028 offenbart, dass wir uns in einer Phase befinden, die dringend konsequentes und nachhaltiges Handeln erfordert.

Es ist unsere Aufgabe, nicht nur die Herausforderungen der Gegenwart zu meistern, sondern auch die Zukunft von unserer Stadt zu sichern. Dabei müssen wir den Haushaltsüberschuss von 9.8 Millionen in einen breiteren Kontext stellen: Er ist kein Grund zur Selbstzufriedenheit, sondern ein Weckruf, um die strukturellen Probleme der Stadtfinanzen anzugehen. Der Stadtrat ist gefordert, sich der Verantwortung zu stellen und zukunftsorientierte Lösungen aufzuzeigen.

Ein Budgetüberschuss von 9.8 Millionen Franken mag beruhigend wirken, doch er täuscht über die langfristigen Risiken hinweg. Die strukturellen Herausforderungen in den Bereichen Bildung, Soziales und Pflegefinanzierung sind unübersehbar. Rund 70 Prozent der Einnahmen der Stadt Winterthur fliessen bereits heute in diese zentralen Aufgabenbereiche – und der Bedarf wächst stetig.

Es ist absehbar, dass die steigende Nachfrage nach Bildungsplätzen und sozialen Unterstützungsleistungen in den kommenden Jahren noch mehr Ressourcen binden wird. Gleichzeitig wird es immer schwieriger, diese Bereiche durch einfache Effizienzsteigerungen kostengünstiger zu gestalten. Umso wichtiger ist es, dass wir uns frühzeitig mit der Frage auseinandersetzen: Wie können wir das Wachstum dieser Ausgaben in geordnete Bahnen lenken, ohne die Qualität der Leistungen zu gefährden?

Ein weiteres zentrales Problem ist die drohende wachsende Verschuldung der Stadt. Diese belastet nicht nur den aktuellen Haushalt, sondern schränkt auch die Handlungsfähigkeit künftiger Generationen erheblich ein. Bereits heute verschlingen die Zins- und Tilgungskosten einen beträchtlichen Anteil unserer Steuereinnahmen. Anders gesagt: Ein Teil der Winterthurer Steuerprocente fliesst direkt in die Schuldzinsen und steht für wichtige Aufgaben wie Bildung, Klimaschutz oder Infrastruktur nicht mehr zur Verfügung.

Mit Blick auf den Finanz- und Aufgabenplan ist klar, dass sich diese Situation weiter verschärfen wird. Ohne gezielte Gegenmassnahmen droht Winterthur in eine finanzielle Abwärtsspirale zu geraten, bei der immer grössere Schuldenberge durch neue Kredite finanziert werden müssen. Das mag kurzfristig machbar erscheinen, ist langfristig jedoch unverantwortlich.

Neben der Verschuldung kommt ein weiterer Faktor hinzu: Der wachsende Investitionsbedarf in Winterthurs Infrastruktur. Ob Schulen, Sport- und Verwaltungsgebäude, Energieversorgung oder Verkehrsinfrastruktur – der Sanierungsstau ist offensichtlich. Viele dieser Projekte sind nicht nur wichtig, sondern zwingend. Wenn dann noch wie beim Schulhaus Steinacker oder beim Schulhaus Langwiesen die Kosten bzw. das Budget um 30% gegenüber den Angaben beim Planungs- und Projektierungskredit steigen und es bei den Erstellungsterminen grosse Verschiebungen nach hinten gibt, ist dies nicht nur finanziell, sondern auch für die Schüler/-innen und die Lehrer/-innen eine unbefriedigende Situation.

Hinzu kommen die Anforderungen, die sich aus den Klimazielen der Stadt Winterthur ergeben. Die Umsetzung des städtischen Energie- und Klimakonzepts ist eine Pflichtaufgabe,

doch sie muss finanziell tragbar gestaltet werden. Darum braucht es Priorisierungen: Welche Projekte bringen uns nicht nur kurzfristig, sondern auch langfristig einen Nutzen?

Wir stehen an einem Scheideweg. Entweder gelingt es uns, die Weichen für eine finanziell stabile Zukunft zu stellen, oder wir hinterlassen künftigen Generationen eine enorme Hypothek. Dabei geht es nicht nur um Zahlen und Bilanzen – es geht um Werte.

Die finanzielle Stabilität einer Stadt ist die Grundlage für ihre Handlungsfähigkeit. Sie entscheidet darüber, ob wir in Zukunft in Bildung, Kultur, Soziales und Klimaschutz investieren können. Eine Verschuldung, die sich Jahr für Jahr steigert, beschränkt nicht nur unseren finanziellen Spielraum, sondern macht uns abhängig – sei es von höheren Steuereinnahmen, Kürzungen oder Fremdfinanzierungen.

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, fordern die Grünliberalen eine Finanzpolitik, die langfristig denkt und nachhaltig handelt. Dazu gehören:

1. Effizienzsteigerungen durch Digitalisierung und Synergien:

Eine moderne Verwaltung muss digital und effizient arbeiten. Durch digitale Lösungen können Prozesse verschlankt und Kosten reduziert werden – ohne die Qualität der Dienstleistungen zu beeinträchtigen. Wichtig: Gleichzeitig müssen Synergien zwischen Abteilungen konsequent genutzt werden. So sollen auch Funktionen wie HR, Beschaffung und Liegenschaften zentral geführt werden, um Synergien zu nutzen.

2. Nachhaltige Investitionen in Klimaschutz und Energie:

Klimaschutz ist keine Zusatzaufgabe, sondern eine Notwendigkeit. Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien amortisieren sich langfristig – ökologisch wie ökonomisch. Das dürfen wir in der Planung nicht ausblenden.

3. Optimierung der sozialen Unterstützungssystemen:

Der Sozialbereich ist zentral für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Doch auch hier gibt es Potenziale zu nutzen, Prozesse zu vereinfachen und effizienter zu gestalten, ohne die Unterstützung der Bedürftigen zu gefährden.

4. Kritische Überprüfung von allen Projekten:

Nicht alle Projekte, die auf dem Papier gut aussehen, sind langfristig sinnvoll. Es braucht Mut, auch einmal «Nein» zu sagen, wenn Investitionen weder finanziell noch ökologisch nachhaltig sind. Zudem sollen auch die Kompetenzen der internen Mitarbeiter genutzt werden und nicht Entscheidungen an externe Berater outgesourct werden. Auch soll die Qualitätssicherung in Projekten laufend kritisch durchgeführt werden, bzw. auch mal etwas gestrichen werden, wie z.B. Lifte in Wohnliegenschaften, wenn sich dies positiv auf die Kosten oder Termine auswirkt.

Der Budgetüberschuss 2025 ist ein positives Signal, aber kein Grund zur Entwarnung. Ohne ein Umdenken und entschlossenes Handeln drohen Winterthur finanzielle Turbulenzen, die den Handlungsspielraum der Stadt erheblich einschränken werden.

Die Grünliberalen setzen sich für eine nachhaltige, ökonomisch und ökologisch verantwortungsvolle Finanzpolitik ein. Wir wollen Winterthur so gestalten, dass wir nicht nur den Bedürfnissen der heutigen Generation gerecht werden, sondern auch den künftigen Generationen eine lebenswerte und finanziell stabile Stadt hinterlassen. Daher streben wir eine operative Null an. Die Gewinne sollen für den Schuldenabbau verwendet werden, damit wir in den nächsten Jahren keine Steuererhöhung brauchen.

Die GLP bedankt sich bei der Verwaltung für ihre Arbeit und wird auf das Budget 2025 eintreten.

Ch. Hartmann (SVP): Aus Sicht der SVP: Wenn man das Budget anschaut, ist es auf den ersten Blick ja gar nicht schlecht: Es gibt keine Steuererhöhung (jedenfalls keine vom Stadtrat beantragte) und es gibt einen Überschuss in der Rechnung. So weit, so gut.

Die Schwierigkeiten zeigen sich ein bisschen, wenn man tiefer ins Budget geht. Das neugegestaltete Buch A – die Finanzrechnung – ist aus unserer Sicht vorbildlich und lässt eine Analyse bis auf relativ tiefe Stufe zu. Es ist konsistent und die Kommentare der Weisung zur Finanz- und Investitionsrechnung sind auf das Wesentliche fokussiert, d.h. man kann mit diesen Kommentaren die Tabellen verstehen. Der Präsident der Aufsichtskommission hat sein

Knowhow auch von dort. Die SVP dankt dem Departement Finanzen und v.a. auch dem Finanzamt für die grosse Arbeit, welche diese Erstellung bedeutet hat.

Schwieriger wird es dagegen, wenn man in das Buch B geht – den Leistungszielen und den Globalkrediten. Das hat aus unserer Sicht mehrere Gründe:

Die Leistungsziele sind mit dem Budget nur lose verbunden und haben manchmal keinen Bezug zur Produktgruppe. Wie man z.B. die Verantwortliche für die Produktgruppe «Städtische Allgemeynkosten und Erlöse» daran messen will, wie viel die Stadt aus der Gewinnausschüttung der Kantonalbank erhält, erschliesst sich uns nicht ganz. Ja, dafür ist das Parlament zuständig, für diese Zieldefinition - aber das macht es auch nicht besser. Wir finden: Das WoV-System ist im Minimum renovationsbedürftig.

Speziell finden wir auch, dass, wenn der Rechtsdienst des Amtes für Baubewilligungen in den Departementsstab verschoben wird, es dann plötzlich für diesen keine Leistungsziele mehr gibt, weil der Departementsstab keine Produktgruppe ist. Das ist zwar richtig angewendet, aber dennoch ein bisschen speziell. Wir finden: Das System WoV ist im Minimum renovationsbedürftig.

Wenn man jetzt anfangen möchte, effektiv die Diskussion zu führen über die Leistungen auf einem Granularitätslevel, bei dem man tatsächlich nicht gleich ein ganzes Amt schliessen muss, wenn man etwas reduzieren möchte, sondern sich effektiv mit den Leistungen intensiv auseinandersetzen möchte, dann ist das sehr schwierig. Die Granularität des Globalkredits ist auf dem Niveau der Produktgruppe in der Regel ein Amt. Z.B. das Sportamt ist eine Produktgruppe. Es hat dann ein Produkt Schützenwiese, ein Produkt Hallenbad und ein Produkt Übrige Sportanlagen. Und wenn man irgendwo bei einer Sportanlage etwas machen möchte, so ist das dann irgendwie ein bisschen schwierig. Wenn man das aber so granular machen möchte, dass man das nötige Zahlenmaterial zur Verfügung hat, dann würde das nach unserer Schätzung eine Verzehnfachung der Produktgruppen und Produkte bedeuten. Und das ist dann, ganz ehrlich gesagt, auch nicht mehr etwas, das wir für handhabbar halten. Wir finden: Das System WoV ist im Minimum renovationsbedürftig.

Helfen würde es natürlich auch (es sind ein paar Ausnahmen, aber es nervt mich, wenn ich ehrlich bin), wenn sich einige – bei weitem nicht alle! – Amtsleiter nicht dagegen wehren würden, wenn man mehr Informationen möchte. Wir finden: Solche Fälle überfordern das Milizparlament.

Trotzdem: Wir haben das Beste gemacht. Wir haben versucht, unseren Job zu machen. Wir haben uns durch die 608 Seiten des Budgets durchgeackert.

Was sind die Feststellungen?

- Das geplante Investitionsvolumen – wir haben es schon einige Male gehört -, sei es im Budget oder im FAP, ist enorm.
- Der Selbstfinanzierungsgrad ist zu tief. Bei den Volumen, die wir gehört haben, gegen 250 – 300 Millionen Investitionen: Wenn man pro 3 investierte Franken 1 Franken Schulden machen muss, dann kann man sich das Schuldenwachstum gleich vorstellen.
- Wir schieben aber bereits schon einen Schuldenberg von fast 10'000 Franken pro Einwohner vor uns her. Das ist dann so gerechnet: Wenn man eine Familie hat mit fünf Köpfen, dann sind es fast 50'000 Franken. Es ist also nicht so, dass wir 10'000 pro Steuerzahler hätten. Zum Glück sind die Zinsen momentan tief. Uns graut vor dem Moment der Zinswende. Die Lösung sind höhere Überschüsse. Ja, da gibt es zwei Wege. Wir haben uns auf die Globalbudgets fokussiert. Wir haben dort, wo die Analysentiefe möglich war mit den Unterlagen, Anträge in die Kommissionen eingebracht.

Wir sind aber der Ansicht, dass dies nicht genügt, um die Finanzen unserer Stadt wieder in sichere Bahnen zu lenken. Die Lösung kann nicht darin liegen, irgendwie die Quartierzentren verlottern zu lassen oder die Server der IT nicht zu erneuern. Aber man kann die eigene Anspruchshaltung revidieren.

Brauchen wir überall nur das Beste vom Besten? Wir müssen weg vom Perfektionismus, weg vom «Winterthurer Finish». Muss jede Richtlinie des Kantons bis zum letzten Komma umge-

setzt werden? Nur, damit niemand sagen kann, man hätte etwas falsch gemacht? Reglementstreue schützt auch; ich habe alles gemacht, ich habe alles aufgeschrieben, ich habe keinen Fehler gemacht.

Dafür braucht es Augenmass auf allen Stufen, Rückendeckung durch die Vorgesetzten auf allen Stufen. Und das geht unserer Meinung nach bis in den Stadtrat.

Wo vermuten wir «Budgetreserven»? Es ist nicht so, dass wir der Meinung sind, da hätte es grosse Positionen, die nicht nötig wären. Das mag es einmal haben, das ist vielleicht dann vielleicht auch eine Frage der politischen Gewichtung. Aber wir sind der Ansicht (und das ist auch ein bisschen die Erfahrung aus Budgetprozessen in sehr grossen Privatorganisationen): Budgetreserven hat es in der Regel in jeder Position ein kleines bisschen. Denn jeder, der 9'500 Franken für etwas braucht, budgetiert 10'000 Franken. Das ist nicht unanständig, das ist irgendwie menschlich. Das Gleiche bei den Investitionen: Wenn man etwas baut für 4.9 Millionen, dann stellt man 5 Millionen ein. Es reicht dann sicher. Und dann gibt es sicher auch noch den Effekt, der dann nicht im Budget durchschlägt, sondern in der Rechnung, das ist der sogenannte Hockey-Stick. Wenn man einen Hockey-Schläger flach legt und sagt, oben ist Januar und unten ist Dezember. In der Regel stellt man dann fest, dass im November/Dezember die Ausgaben ansteigen. Und zwar nicht wegen der betrieblichen Tätigkeit, sondern weil halt noch kleinere Budgetreserven vorhanden sind. Ist das unanständig, dass man etwas noch aufbraucht? Dass man vielleicht noch etwas Schönes macht? Dass man vielleicht etwas noch etwas besser macht als zwingend nötig ist? Nein, es ist nicht unanständig, es ist einfach menschlich. Das passiert überall.

Aber es summiert sich. Und wir glauben, dass es dort ein Potenzial gibt. Es ist aber auch so, dass es ein Potenzial ist, das man so als Parlament nicht findet, egal wie genau wir die 608 Seiten des Budgets anschauen.

R. Tobler (FDP): Vielen Dank an Christian für diese Vorstellung. Und auch vielen Dank an die Mitarbeitenden der Stadt Winterthur, wo ich sicher bin, dass diese das nach bestem Wissen und Gewissen ausgefüllt, kalkuliert und berechnet haben. Ich glaube, das machen alle Personen so, wenn sie ein Budget zusammenstellen; es ist also nicht der Vorwurf an einzelne Mitarbeitende, sondern in den Ausführungen vielleicht der eine oder andere Denkanstoss für den Stadtrat, der das am Schluss dann ja hier präsentiert und verantworten muss.

Eigentlich könnte ich in diesem Jahr etwas Ähnliches erzählen, wie ich es letztes oder vorletztes Jahr gemacht habe, oder Urs Hofer, mein Vorgänger in diesem Thema, in den Jahren vorher. Oder ich könnte einfach die Kollegen und Kolleginnen hier zitieren: Christian Hartmann, der letztes Jahr gesagt hat, der FAP ist tiefrot; oder Sämi Kocher, der sagte, dass es besorgniserregend ist; Franziska, die sagte, wir müssen Kostenverantwortung tragen; oder Andreas Geering, der sagte, dass der FAP ernste Fragen aufwirft.

Wenn ich das jemandem erzähle, dann bringt das draussen auf der Strasse meist nicht so viel. Deshalb versuche ich das heute mal mit etwas mehr high level, so wie ich das jeweils meinen Kollegen und Kolleginnen im Büro oder auf der Strasse auch erkläre, wie es um die Finanzen der Stadt Winterthur steht. Denn man kann sich ja schlecht vorstellen, wie das in der Budgetdiskussion läuft; das kennen die meisten Leute nicht und können sich deshalb kaum vorstellen, wie man das in der Stadt macht. Man weiss, dass die Stadt Winterthur seit Jahren hohe Schulden hat. Die sind ca. bei 1.6 Milliarden Franken, die Verbindlichkeiten, die die Stadt hat. Und das bei 1.6 Milliarden Umsatz. Umsatz, das erkläre ich meinen Kolleginnen und Kollegen auch so, das sind die Zahlungen und Gebühren von allen für die Leistungen, die sie erhalten. Jetzt wissen wir, dass die Schulden in den nächsten Jahren noch mehr ansteigen sollen. Also spätestens dann haben die meisten meiner Kollegen und Kolleginnen schon verstanden, dass es irgendein Problem gibt.

Man kann auch noch weitere Kennzahlen anschauen. Christian hat das hervorragend präsentiert, dass die Eigenkapitalquote oder die Nettoverschuldung auch schon eine gewisse Problematik aufzeigen.

Das Gute an der ganzen Geschichte ist ja: Es gibt Firmen oder Organisationen, wo man das nicht merkt, dass die Lage so düster ist. Glücklicherweise hat der Stadtrat das ja gemerkt und

gesehen bei seiner Finanzstrategie. Er hat gemerkt, die Lage ist besorgniserregend. Er hat das ein bisschen anders formuliert, aber im gleichen Kontext, als er sah, dass die Zahlen, die wir vorlegen, auch im Vergleich zum Kanton, doch ein bisschen problematisch sind.

Und jetzt muss man sich das ein bisschen vorstellen. Man hat nun gemerkt, dass man ein Problem hat. Okay, dann fragen meine Kolleg/-innen jeweils: Und jetzt, was machen wir da? Wir sind da also in dieser Schieflage, und was machen wir da? Der Stadtrat macht wie nichts, um die Lage in den Griff zu kriegen. Man weiss eigentlich, dass man bei Verschuldung besser heute anfängt und nicht morgen. Je länger man zuschaut, das wissen wir alle von der Schuldenberatung, aus dem Fernsehen oder aus dem Umfeld: Umso länger man wartet und die Post einfach nicht öffnet, je schlimmer wird es. Es ist ein bisschen so, wie wir das gesagt haben vorhin, es ist ein bisschen wie die Ruhe vor dem Sturm.

Und die gleiche Frage war es ja auch beim Parlament. Ich bin erst 2.5 Jahre hier. Die einen sind schon länger hier. Man hätte auch da schon die eine oder andere Bremse vielleicht ein bisschen früher anziehen dürfen.

Und so muss man halt als Stadtrat oder linke Parlamentsseite damit rechnen, dass es irgendwann bald den Nuggi lupft, denn jetzt macht es doch den Anschein, dass doch ziemlich alle hier drinnen verstanden haben, dass es eben wirklich ein Problem ist. Und das müssen wir jetzt irgendwie angehen. Und dass es dann wirklich noch Politikerinnen und Politiker gibt, die sagen, das Budget ist eigentlich wirklich gut und positiv und eigentlich okay so – das ist eigentlich schon dramatisch, denn es ist überhaupt nichts ausgeglichen.

Und da muss ich schon sagen an die linke Ratshälfte: Wenn wir jedes Jahr 20 Millionen Schuldzinsen zahlen (Steuererträge und Gebühren zahlen wir einfach als Schuldzinsen) – 20 Millionen! Damit kann sich jeder seinen Fussballrasen machen, damit können wir die FCW-Frauen subventionieren, damit können wir das Stadion bauen, Hallenbäder usw. Ich habe das letztes Mal schon gesagt. Wir könnten mit den 20 Millionen, die wir ausgeben, die wir (überspitzt gesagt) für nichts ausgeben, nämlich nur für Schuldzinsen, die wir in den letzten Jahren aufgebaut haben – das müsste ja, so glaube ich, auch Euch entsprechend stören. Also bei diesen Schuldzinsen, die auch eine Riesensumme sind, die man sich kaum vorstellen kann, wenn ich das meinen Kolleginnen und Kollegen erzähle; Schulden, die wir dann auch unseren zukünftigen Generationen überlassen – da dürften wir uns eigentlich als «Politiker und Politikerinnen der letzten Generation» bezeichnen. Denn wir stehen da wirklich vor grossen Herausforderungen, wie das die Kollegen und Kolleginnen von der Grünen der letzten Generation auch zeigen.

Dann komme ich noch zum Abschluss. Bea hat es schon richtig so angetönt, man könnte es ad absurdum nennen. Ich habe es mir als «Zirkus» aufgeschrieben, was wir jedes Jahr in der Budgetdebatte erleben. Es gibt die Option, dass ich auf das Budget schaue; ich schaue mir die Lage an, sehe, dass es ein Problem ist, und versuche dann, etwas zu machen. Wir in der FDP sitzen dann zwei ganze Tage zusammen und diskutieren miteinander, wo wir etwas sparen könnten, wo wir vielleicht etwas optimieren könnten. Und wir als Parlament, als höchstes Gremium, gehen dann ganz tief hinunter. Wir löchern dann da teilweise die Mitarbeitenden der Stadt mit Detailfragen, die sie wahrscheinlich etwas nervös machen, dass wir jetzt so tief ins Detail gehen und irgendwelche Informationen wollen. Und wir versuchen dann, dort irgendwie 50'000 oder 100'000 Franken zu sparen. Was natürlich ein Tropfen auf den heissen Stein ist.

Und dann heisst es dann meistens, das sei zu tief ins Detail, dass wir uns von so hoch oben so tief hinunter einmischen würden. Irgendwelche Zahlen – wie wollt Ihr wissen, ob es diese Stelle braucht oder nicht braucht? Und das ist ja auch nicht ganz falsch, weil ich ja logischerweise nie so gut den Durchblick habe wie eine Fachperson im entsprechenden Departement. Und auf der anderen Seite kann ich kommen und sagen, ich möchte einfach pauschal eine Kürzung. Ich sehe, es ist ziemlich gewachsen und ich möchte einfach pauschal um 100'000 Franken kürzen. Ich sage aber nicht wo, sondern das kann die entsprechende Fachperson selbst festlegen. Das ist das, was ich mir eigentlich wünschen würde, wenn der Vorgesetzte kommt und sagt, man müsse sparen. Dann kommt aber immer das Argument, das ginge nicht, man könne nicht einfach high level sagen, man müsse da ein bisschen sparen. Aber Ihr

kennt das auch: Wenn Ihr in die Ferien wollt, dann gibt es irgendwo halt eine Budgetvorgabe. Wenn Ihr etwas Tolles seht, muss man ein bisschen sparen dafür – es kann jeder selbst entscheiden, ob es beim Hotel, beim Flug oder irgendwo sonst ist.

Es heisst also, man kann auch hier sagen, dass wir als Milizpolitikerinnen und -politiker das so gar nicht bewältigen können. Oder wie es Christian Hartmann richtig und schön zwei, drei, viel Mal gesagt hat: Die WoV sind eigentlich sanierungsbedürftig.

Ja, und wir alle wissen, dass es natürlich viel mehr Spass macht, Geld auszugeben als Geld zu sparen. Das ist völlig richtig, das ist auch bei mir so und auch bei allen anderen FDPlern und vermutlich auch bei allen anderen Menschen hier auch so – es ist aber in der heutigen Situation so, dass wir nicht mehr über 50'000 oder 100'000 Franken in irgendwelchen Produktgruppen reden müssen und dort noch irgendwas versuchen zu sparen. Denn wie gesagt, ist es ein Tropfen auf den heissen Stein.

Und deshalb auch der entsprechende Antrag, der nachher noch kommt, aus der «Finanziellen Nachhaltigkeits-Allianz», wie ich sie nennen würde, heute genau das Richtige. Aber man muss auch sagen, in der aktuellen Lage würden wir von der FDP uns vom Stadtrat mehr Verantwortung bei der Budgetplanung erhoffen – nicht nur für uns, sondern auch für die zukünftigen Personen, die hier drinnen sitzen, die dann vielleicht einmal in den Stadtrat nachrutschen und dort dann vielleicht einen finanziellen Schiffbruch antreffen.

Und damit treten wir auf die heutige Budgetdiskussion ein. Vielen Dank.

M. Gnesa (SP): Der Vorwurf, den wir nun wieder gehört haben, dass wir uns dem Sparen verwehren, nehmen wir gerne auf. Ja, wir haben es gehört, wir haben viele Herausforderungen, welche in den nächsten Jahren auf uns zukommen. Beispielsweise steigende Kosten in der Bildung oder in der Langzeitpflege. Diese Kosten, das hat Bea bereits erwähnt, können wir zu einem grossen Teil auf Gemeindeebene nicht beeinflussen.

Hinzu kommt nun die Tatsache, dass Bund und Kanton zum einen drastische Sparpakete angekündigt haben, welche dazu führen werden, dass weitere Kosten auf die Gemeinden abgewälzt werden. Gleichzeitig plant der Kanton Zürich mit der Steuergesetzänderung weitere Steuergeschenke an die Konzerne. Während die Gewinne von Konzernen tiefer besteuert werden sollen, soll gleichzeitig die Dividendenbesteuerung nicht angepasst werden.

Die Auswirkungen sind mit einem nachhaltigen Einnahmeausfall von über 9 Millionen Franken für die Stadt Winterthur erheblich. Dieser massive Einnahmeausfall wird zulasten der Winterthurer Bevölkerung gehen.

Von der Steuergesetzänderung profitieren vor allem Grosskonzerne und Grossaktionäre. Wie werden wir in Winterthur die Mindereinnahmen kompensieren? Wer bezahlt die Steuergeschenke für Unternehmen und Grossaktionäre? Erhöhen wir bei uns die Steuern oder schnüren wir drastische Sparpakete?

Wenn wir auf frühere Steuerausfälle zurückschauen, sehen wir, was das bedeuten kann.

2016 fehlten 40 Millionen Franken aufgrund von Steuerausfällen, die aus diversen Steuergeschenken resultierten. Wir von Seiten der SP wollen sicher nicht, dass sich das wiederholt.

Deshalb sind wir alle hier im Parlament, genauso wie der Stadtrat, in der Pflicht, sich auf kantonaler und nationaler Ebene dafür einzusetzen, dass es nicht noch mehr Sparmassnahmen und Steuergeschenke auf dem Rücken der Gemeinden gibt. Wir in Winterthur haben hohe Zentrumslasten und eine wachsende Bevölkerung. Es liegt an allen politischen Parteien in Winterthur, zusammenzustehen und sich gemeinsam für eine attraktive Stadt einzusetzen.

M. Wackerlin (SVP): Ich habe eigentlich gedacht, ich könne heute schweigen – aber nachdem die SP offensichtlich im Wahlkampfmodus ist und Marilena Gnesa da nochmals genau dasselbe sagt wie Bea Helbling schon vorher und eigentlich die gleichen Fake News verbreitet, muss man da schon mal dagegen heben.

Ich möchte einfach die Rhetorik zurückweisen von Steuergeschenken an Konzerne. Steuern ist etwas, das man einem Konzern wegnimmt. Wenn man jemandem etwas wegnimmt und man nimmt nachher weniger weg, ist das kein Geschenk. Ich möchte v.a. auch Richtung Medien darauf hinweisen, dass man da bitte auf die korrekten Formulierungen achtet.

Dann vielleicht noch ein bisschen Richtung Bea Helbling: Der Steuerfuss ist natürlich nicht einfach beliebig nach den Wünschen, die wir jetzt da machen. Jeder Haushalt, und das hat eigentlich Franziska Kramer sehr schön auf den Punkt gebracht, muss priorisieren, was er ausgibt und was er einnimmt. Am Schluss haben wir gewisse Einnahmen. Wenn wir mit den Steuern beliebig hinaufgehen, dann kommen eben nachher die bösen Grosskonzerne nicht mehr zu uns und zahlen uns gar keine Steuern mehr. Ich denke, die Richtung ist schon gut, dass wir schauen, dass wir die Schulden tief halten, dass wir schauen, dass wir das Ganze in den Griff bekommen.

Und ich denke, jetzt kann ich auch ruhig sein, denn meine Kollegen haben da gute Arbeit geleistet. Merci vielmals.

A. Büeler (Grüne/AL): Auch von mir noch eine Replik an die Finanzielle Nachhaltigkeits-Allianz: Wir wären auch gerne bereit, über einen glaubwürdigen Sondereffekt Schulden abzubauen. Alleine, wir glauben es Euch nicht, dass das wirklich Eure erste Priorität ist. Denn sobald nur ein bisschen Gewinn resultiert, folgend postwendend Steuersenkungsbegehren. Wir haben es gehört: Ohne Not haben Eure bürgerlichen Kantonsvertreter beschlossen, eine kantonale Gewinnsteuersenkung durchzubringen, die 9 Millionen Franken Ausfall pro Jahr bringt, alleine für die Stadt Winterthur. Eure kompletten Kürzungsanträge heute decken noch nicht einmal diese Mindereinnahmen.

Oder etwas anschaulicher ausgedrückt: Drei Hallenbad-Projekte.

Zum Thema Geschenk oder eben kein Geschenk: Wir schenken diesen Unternehmen eine gute Umgebung. Sie arbeiten gerne im Kanton Zürich, der Kanton Zürich boomt. Und deshalb haben wir es nicht nötig, mit Unternehmenssteuerreformen noch mehr Firmen anzulocken. Das bedeutet ein noch grösseres Wachstum. Und da zitiere ich Iris Kuster: Wie stark wollen wir denn noch wachsen?

Einfach zu diesem Thema: Wir müssen auch die Einnahmenseite anschauen. Und deshalb auch unser Steuererhöhungsantrag. Man muss beides anschauen, wenn man ernsthaft Schulden abbauen möchte. Danke.

R. Tobler (FDP): Nur noch ganz kurz als Vertreter der Nachhaltigkeits-Finanz-Allianz: Man muss natürlich schon sagen, das ist jetzt sehr weit hergeholt und sehr absurd, was Du da gerade erzählt hast. Wenn wir die Steuern senken hätten wollen mit allen Mitteln, dann hätten wir dieses Jahr vermutlich ja einen Steuersenkungsantrag gestellt, mit dem Gewinn, der sozusagen ausgewiesen ist. Von daher ist das sehr weit hergeholt.

Ich kann mich auch nicht erinnern, dass die FDP in den letzten Jahren einen Antrag gestellt hätte zur Steuersenkung hier in Winterthur. Und vielleicht noch als kleine Bemerkung, weil es vielleicht nicht alle wissen hier drinnen – und vielleicht können wir auch das Votum von Marc Wäckerlin nochmals wiederholen mit diesen Steuergeschenken, damit das dann sicher bei allen tief gespeichert ist. Genau gleich wichtig ist aber: Wir haben schon einen absolut hohen, ultrahohen Steuersatz. Es ist also nicht so, dass wir da einen wahnsinnigen Spielraum haben. Und es ist ja auch nicht so, dass wir in den Leistungen 100 x besser sind als andere Städte im Kanton Zürich oder im grösseren Umkreis.

A. Büeler (Grüne/AL): Es ist einfach ein Punkt, den Du wahrscheinlich nicht verstanden hast, Raphael: Und zwar, dass wir nicht im luftleeren Raum politisieren. Wenn Euch das wirklich ein Anliegen ist mit den Stadtfinanzen, dann müsst Ihr auch mit Euren Kantonsräten sprechen, denn diese haben diese Steuersenkung durchgebracht. Das gehört dazu bei diesem Thema. Danke.

Parlamentspräsident F. Helg: Ich sehe, dass die Diskussion zur Einleitung dieser Budgetdebatte fertig ist, was die Parlamentsmitglieder betrifft. Ich gebe das Wort dem Finanzvorsteher Kaspar Bopp.

Stadtrat K. Bopp: Ich starte mit dem traditionellen Dank an den Referenten für die Vorstellung dieses nicht einfachen Geschäfts mit tatsächlich sehr vielen Seiten. Ich erlaube mir aber auch, bei einem Punkt, den Du selbst auch weisst, ein bisschen zu widersprechen: Selbstverständlich ist es nicht so, dass diesen Steuern keine Leistungen gegenüberstehen. Und ich gehe noch ein bisschen weiter: Ich glaube, es ist mehr falsch, als man auf den ersten Blick denkt. Ich glaube nämlich, dass es sogar so ist, dass man – weltweit betrachtet – wenig Orte findet auf dieser Welt, wo man so viel erhält für die Steuern, die man zahlt, wie in Winterthur. Ich möchte mich auch für alle anderen Beiträge und die ganze Diskussion bedanken, die eine grosse Spannweite hatte zwischen sachlichen Beiträgen und Bern einfach mit Markus Somm. Da sehe ich ein Lächeln, das am richtigen Ort platziert ist...

Aber um inhaltlich noch ein bisschen mehr darauf einzugehen, müssen wir noch ein bisschen ausweiten. Ich habe ein sehr spannendes Interview gelesen im Tagesanzeiger letzte Woche mit dem Titel «Radikaler Bürokratieabbau gehört zum Dümmden, was eine Gesellschaft machen kann». Markus Hinterleitner, Politologe, der das so in einem Interview sagte. Er sagt, Bürokratie ist nicht nur ein notwendiges Übel, sondern eine unverzichtbare Voraussetzung für die Umsetzung demokratischer Entscheide. Weiter kommt er zum Schluss (und jetzt wird es wirklich spannend): Ohne eine leistungsstarke Verwaltung können politische Beschlüsse nicht umgesetzt werden, das Ergebnis ist eine Abwärtsspirale von ineffizienter Regulierung, fehlendem Schutz und wachsendem gesellschaftlichem Unmut. Und auf die Frage angesprochen, weshalb die Verwaltungen immer weiter wachsen, sagt er: Analysen zeigen, dass die Aufgaben der Verwaltungen schneller wachsen als ihre Ressourcen. Unsere Verwaltungen sind heute effizienter als früher, überflüssige Kapazitäten gibt es fast keine mehr. Was bleibt, sind Einzelfälle; aber was zählt, das ist das Gesamtbild.

Ich bin überzeugt, diese Analyse trifft auch auf Winterthur zu. Die Lasten, welche die Gemeinden tragen, steigen immer weiter, während Steuerreformen immer wieder die Einnahmen senken. Wir haben es gehört.

Ich komme zum Schluss: Eine leistungsstarke Verwaltung ist entscheidend. Verwaltungen sind heute effizienter als früher.

Jetzt geht es aber um unser Budget, und deshalb versuche ich auch noch den Schwenk zu machen auf die Stadt Winterthur: Ich muss wirklich sagen, auch nach der Beratung und dieser Eintretensdebatte, wir haben Euch ein wirklich gutes Budget vorlegen können. Es ist vor allem deshalb ein gutes Budget, weil wir – der Stadtrat und die Verwaltung – über viele Monate hart und mit viel Sorgfalt daran gearbeitet haben. Es ist alles andere als selbstverständlich, dass dabei auch ein so erfreuliches Resultat herausgeschaut hat. Der Steuerfuss soll stabil bleiben bei 125% - etwas, was bei derart steigenden Kosten nicht selbstverständlich ist. Mehr noch: Wir erzielen damit sogar einen Ertragsüberschuss von knapp 10 Millionen Franken, was uns hilft, die Investitionen der wachsenden Stadt zu finanzieren.

Die geplanten Investitionen sind sehr hoch, sie sind aber in dieser Höhe auch sehr wichtig. Wir wollen insbesondere in Bildung, in die Energie- und Klima-Ziele und im Allgemeinen in die weitere Infrastruktur investieren. Das ist entscheidend für die Lebensqualität in der wachsenden Stadt. Davon sind wir überzeugt.

Der FAP, da gebe ich Ihnen Recht, ist noch nicht da, wo wir ihn haben wollen und haben müssen, wenn er dann zum Budget wird. Der Stadtrat und die Verwaltung haben aber in der Vergangenheit immer wieder gezeigt, dass wir in der Lage sind, mit diesen Herausforderungen umzugehen und zum entscheidenden Zeitpunkt auch Lösungen finden – selbstverständlich zusammen mit Ihnen und Euch.

Zusammenfassend: Inhaltlich ein gutes Budget, das Ihr mit gutem Gewissen auch ohne nur eine einzige Änderung beschliessen könntet. Aber andererseits ist der Gestaltungsanspruch des Parlaments diesbezüglich legitim und die Budgethoheit undelegierbar bei Euch.

Deshalb haben die Sachkommissionen, der Stadtrat und die Verwaltung in den vergangenen Monaten viel Zeit und Aufwand in die Budgetberatung investiert. Und deshalb darf ich mich auch bei Euch allen bedanken für Euren Einsatz im Rahmen dieses Budgets. Jede Frage von Euch, die dazu diente, das Budget besser zu verstehen, ist wertvoll und wir beantworten sie

sehr gerne. Zahlen alleine reichen eben nicht aus, man muss sie im Detail verstehen und ihre Zusammenhänge.

Sie kennen ja das Beispiel sicher mit den Feuerwehrleuten und dem Schadenmass. Es ist wichtig, deshalb erzähle ich das ganz kurz. Man kann aus den Zahlen von Schadenereignissen entnehmen: Je mehr Feuerwehrleute entsendet werden zu einem Brand, desto höher ist am Schluss der finanzielle Schaden am Gebäude. Jetzt kommt aber trotzdem niemand auf die Idee, aufgrund dieser Kenntnis zu sagen beim nächsten Brandereignis, dass man einfach weniger Feuerwehrleute schicken soll, dann werde der Schaden am Schluss kleiner sein. Dieses Beispiel eignet sich deshalb so gut, weil der Fehlschluss da offensichtlich ist. In der Realität sind die Fehlschlüsse aber meist nicht ganz so offensichtlich. Man muss sich deshalb intensiv mit den Zahlen und den Zusammenhängen auseinandersetzen. Und genau dafür ist die Kommissionsberatung da und genau deshalb sollten Kürzungen eben nicht alleine mit Excel-Wissenschaft begründet werden. Die Budgetarbeit in den Sachkommissionen ist wichtig und wertvoll. Und deshalb erlaube ich mir, mit einem Wunsch an Sie, an Euch zu schliessen: Führt diese gute, wertvolle Arbeit aus den Sachkommissionen heute Abend und in einer Woche weiter – zum Wohl der Stadt Winterthur, zum Wohl der Menschen, die hier leben. Besten Dank.

Parlamentspräsident F. Helg: Besten Dank. Damit können wir jetzt zur Detailberatung überleiten und da gemäss Drehbuch einsteigen. Ich werde das so handhaben, dass ich jeweils die einzelnen Produktgruppen aufrufen werde, also auch diejenigen, die nicht von Änderungen betroffen sind, so dass man dort allenfalls noch ein Votum abgeben könnte, wenn das nötig wäre.

Departement Präsidiales

PG Personalamt: Keine Anträge oder Bemerkungen, so genehmigt.

PG Stadtentwicklung: Keine Anträge oder Bemerkungen, so genehmigt.

PG Subventionsverträge und Beiträge an Dritte: Da sind zwei Anträge angemeldet, zwei Fraktionsanträge der SP. Wir beraten diese gemeinsam und stimmen danach getrennt darüber ab. Ich bitte Gabi Stritt, diese Anträge zu begründen.

G. Stritt (SP): Die SP stellt den Antrag, die Erhöhung des Budgets um 100'000 Franken in der Produktgruppe 157 Subventionsverträge und Beiträge an Dritte, zugunsten des Produkts 2, projektbezogene Beiträge.

Die Begründung: Im Budget 2024 sind die projektbezogenen Beiträge um 100'000 Franken gekürzt worden. Diese Reduktion soll im Budget 2025 rückgängig gemacht werden. Die projektbezogenen Beiträge kommen einer Vielfalt von Kulturinstitutionen zugute. Diese Beiträge ermöglichen noch nicht etablierten Projekten einen Start, unterstützen aber auch innovative Projekte und Neuentwicklungen. Was für eine bunte Mischung von Projekten unterstützt werden, kann man im Geschäftsbericht der Kultur sehen.

Im 2025 und in den Folgejahren, das haben wir vorhin auch gehört bei den Erläuterungen, stehen überall, aber auch bei der Kultur, massive Abschreibungen an. Das aufgrund der Sanierung des Stadttheaters, der Villa Flora, des Museum Oskar Reinhart und von weiteren Immobilien. Diese Kosten kommen den Kulturschaffenden, insbesondere den kleinen Organisationen, überhaupt nicht zugute, müssen aber im Budget irgendwie eingerechnet werden. In der Kultur fallen diese Ausgaben extrem ins Gewicht und gehen speziell zulasten von kleineren Projekten. Es ist eine Realität, dass diese Abschreibungen auch deshalb so hoch sind, da während der Sparjahre Unterhaltskosten ausgesetzt wurden bzw. man grosse Reduktionen gemacht hatte. Jetzt fallen gleichzeitig mit den verschiedenen Sanierungsprojekten auch hohe Unterhaltskosten an, die zum Teil auch mit Abschreibungen verbunden sind, weil sie als Investition gelten.

Diejenigen Departemente, die über Immobilien verfügen, haben keinerlei Möglichkeit, auf diese Abschreibungskosten Einfluss zu nehmen, und sie werden in den Budgets eingerechnet. In Bereichen, wo hauptsächlich gebundene Kosten vorkommen, werden diese Abschreibungen einfach zusätzlich übernommen. Im Kulturbudget allerdings werden diese Kosten auf die restlichen Ausgaben abgewälzt. Davon speziell betroffen sind die projektbezogenen Beiträge, an denen eine Vielzahl von Organisationen daran hängt. Deshalb erachten wir diese Erhöhung zumindest als einen kleinen Beitrag, der das Ganze ein bisschen abfedern soll.

Parlamentspräsident F. Helg: Die Rednerreihenfolge richtet sich danach, dass wir zuerst die Mitglieder der BSKK zu Wort kommen lassen. Gemeldet hat sich André Zuraikat (Die Mitte/EDU).

A. Zuraikat (Die Mitte/EDU): Wir von der Mitte/EDU-Fraktion können die Erhöhung der beiden Beträge nicht nachvollziehen. Die Finanzlage der Stadt Winterthur erlaubt es uns einfach nicht, dass wir noch mehr Beiträge sprechen können. Dies hat nichts mit allfälliger mangelnder Wertschätzung zu tun. Im Gegenteil, dieses Jahr und letztes Jahr haben wir schon sehr viel gemacht für die Kulturstadt Winterthur. Wir haben pro Jahr 700'000 Franken mehr gesprochen für die Subventionsverträge, wir haben eine Kulturförderungsverordnung seit letztem Jahr – wir haben wirklich sehr viel machen und leisten dürfen für die Kulturstadt Winterthur.

Ausserdem vertrauen wir dem Stadtrat, was er beantragt hat, und seine Begründung erachten wir als plausibel. Aus diesen Gründen werden wir den Erhöhungsantrag seitens SP-Fraktion nicht unterstützen. Vielen Dank.

M. Lischer (Grüne/AL): Winterthurs Kultur ist vielfältig und bunt. Es gibt die grossen bekannten und die kleinen, weniger sichtbaren Institutionen, die aber mit ihren Projekten ebenso wertvolle Kulturangebote zeigen. Wenn jetzt aber die Grossen zurzeit viel Geld brauchen, weil ihre Gebäuderenovationen momentan viel Geld verschlingen, darf das nicht einfach zu Lasten der kleinen Projekte gehen, wie das seit der Kürzung vor einem Jahr der Fall ist. Gerade dank der bunten Vielfalt im Kulturbereich ist Winterthur eine sehr lebenswerte Stadt und das soll weiterhin möglich sein.

Wir von der Grünen/AL-Fraktion stimmen deshalb dem Antrag der SP zu.

D. Roth-Nater (EVP): Bereits in der Kommission hat der zuständige Stadtrat diese Erhöhung ausgeschlagen. Wir gehen davon aus, dass sich das Departement Präsidiales auch diesen Budgetposten exakt überlegt hat und halten uns an das, was vorgeschlagen ist.

D. Romay (FDP): Es wurde schon vieles gesagt. Es ist nicht so, dass wir nichts für die Kultur machen und nichts geben. Uns ist diese Kultur auch wichtig. Wir haben im Budget der Kulturorganisationen von 2024 auf 2025 bereits 700'000 Franken erhöht, bezahlen immer noch 650'000 Franken projektbezogene Beiträge, dazu kommt auch noch ein Budget für Kunst am Bau, das nicht ausgewiesen ist.

Im Weiteren wurden beim zweiten Antrag, der dann kommt für Kunstkäufe, 2023 62'000 Franken getätigt. 2024 und 2025 sehen wieder 60'000 Franken vor im Budget und die Situation ist also insofern ziemlich unverändert. Und die operativen Ziele bleiben ja gleich.

Im Globalkredit 2024 bis 2025 haben wir entsprechend eine totale Erhöhung von 821'000 Franken. Und wenn man den FAP anschaut und schaut, was wir da gemacht haben: Von 2024 bis 2027 erhöhen wir voraussichtlich um 2.35 Millionen. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab.

Stadtpräsident M. Künzle: Vielleicht etwas Grundsätzliches, wenn solche Anträge auf Erhöhung kommen: Ich danke für das Votum, dass unsere Kultur sehr vielfältig ist, sehr wertvoll ist und sehr bunt ist. Das stimmt alles.

Aber wir haben, wie es Kaspar gesagt hat, intensive Budgetberatungen gehabt mit dem Stadtrat. Und wir haben uns sehr wohl und sehr genau diesen Antrag überlegt, den wir dem Parlament stellen.

Natürlich ist es für jede unserer Verwaltungseinheiten schön, wenn mehr Geld zur Verfügung steht. Auch wir haben ganz viele Ideen, die wir umsetzen könnten. Aber wir halten uns an den Antrag, den wir im Stadtrat diskutiert und justiert haben. Und das, was wir am Schluss sorgfältig auf den Tisch gelegt haben.

Und deshalb: Danke vielmals für dieses Ansinnen, SP-Fraktion und Grüne, aber ich muss es ablehnen.

Parlamentspräsident F. Helg: Damit kommen wir zu den Abstimmungen. Hier noch der Hinweis, da beide Anträge eine Erhöhung des Globalbudgets anstreben, gilt das erhöhte Quorum. Es braucht also eine Mehrheit der Mitglieder des Parlaments, also 31 Stimmen.

Antrag A1 («erhöhtes Quorum»), Fraktion SP: Erhöhung des Globalkredits um CHF 100'000. Abstimmungsresultat: Der Antrag wird mit 22:32 bei 0 Enthaltungen abgelehnt.

Antrag A2 («erhöhtes Quorum»), Fraktion SP: Erhöhung des Globalkredits um CHF 10'000. Abstimmungsergebnis: Der Antrag wird mit 21:33 bei 0 Enthaltungen abgelehnt.

Damit können wir die PG Subventionsverträge und Beiträge an Dritte abschliessen.

PG Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten: Keine Anträge oder Bemerkungen, so genehmigt.

PG Bibliotheken: Keine Anträge oder Bemerkungen, so genehmigt.

PG Rechtspflege: Keine Anträge oder Bemerkungen, so genehmigt.

Damit ist das Departement Präsidiales abgeschlossen.

Departement Finanzen

PG Finanzamt: Keine Anträge oder Bemerkungen, so genehmigt.

PG Informatikdienste IDW: Es gibt einen Kommissionsantrag, der begründet wird durch Andreas Büeler.

A. Büeler (AK): Die Aufsichtskommission beantragt eine Reduktion vom Globalkredit um 150'000 Franken bei der Produktgruppe Informatikdienste.

Begründung: Für eine Mehrheit der AK ist ein Stellenwachstum von 5.5 Stellen bzw. von rund 7 Prozent aktuell nicht nachvollziehbar. Zumal ja auch noch die Anzahl der Auszubildenden erhöht wird. Die Mitte würde auf die Submissionsstelle verzichten; so werden in der Verwaltung an mindestens zwei Orten Fachstellen zum gleichen Thema aufgebaut. Bevor mehrere dezentrale Stellen aufgebaut werden, brauche es ein klares städtisches Konzept zum Thema Submissionen. Es handelt sich eigentlich ein Stellenkürzungsantrag, bei dem aber der Stadt überlassen wird, welche Stelle sie streicht.

Die AK hat dem Antrag mit 6:5 zugestimmt.

A. Büeler (Grüne/AL): Effizienzsteigerung durch Digitalisierung (Zitat GLP) – wenn man das so will, dann sollte in diesem strategisch wichtigen Bereich das Stellenwachstum grösser sein als im Schnitt. Die Submissionen werden auch im Bereich Informatik immer komplexer und erfordern spezifisches IT-Fachwissen, das zur IDW gehört.

Wenn man hier spart und unsauber submittiert, besteht ein hohes Risiko, dass man später ein Mehrfaches vom Gesparten für juristische Streitereien ausgibt.

Die IDW hat uns auch glaubhaft aufgezeigt, dass die Informatikkosten im Städtevergleich schon fast billig sind. Die IDW möchte zudem auch Doppelspurigkeiten bei den Ämtern abbauen (Stichwort Schatten-IT). Für das und um den Anschluss nicht zu verpassen, braucht die IDW genügend Ressourcen. Deshalb lehnen wir von der Fraktion Grüne/AL diesen Antrag ab.

B. Helbling (SP): Wir hatten in der AK eine vertiefte Information der IDW. Die beantragten Stellenerhöhungen wurden wohlüberlegt gemacht, das hat man gut gemerkt auch bei den Informationen, was alles nötig ist in den nächsten Jahren. Es sind für uns ganz klar keine «Wünsch dir was»-Stellen, sondern Stellen, welche wirklich sinnvoll eingesetzt werden. Vor allem werden neu mehr Lernende ausgebildet, was wir als positiv sehen, was aber auch Ressourcen braucht. Die IT ist wichtig für alle Abteilungen der Verwaltung und die Kosten werden weiterverrechnet.

Wir sprechen hier drinnen immer wieder von Digitalisierung. Wir fordern die Verwaltung auf, papierloser zu werden - und gleichzeitig kürzen wir bei der IDW immer wieder die Stellen. Das ist einfach unlogisch. Wir unterstützen deshalb den Kürzungsantrag nicht.

F. Kramer (EVP): Wir schätzen die Arbeit der IDW sehr und wir finden, dass sie gut unterwegs sind. Gerne unterstützen wir deshalb den Aufbau von 4 Stellen. Die IDW hat zwischen 2018 und 2025 von 57 auf 82 Stellen aufgestockt, also um über 40% in 7 Jahren. Da ist es einfach eine Frage, wie Ihr das finanzieren wollt. Die Arbeitsplatzkosten sind in Ordnung, das ergibt sich aus den WoV-Zielen. Die hohen Kosten entstehen in diesem Fall durch das, was die Departemente zusätzlich zu den Arbeitsplätzen bei der IDW bestellen. Da fordern wir den Stadtrat auf, sich abzusprechen, anstatt 7 Digitalisierungssuppen zu kochen. Wir sehen da echtes Potenzial und unterstützen die Kürzung des Globalkredits um 150'000 Franken.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Wir von der Mitte/EDU sind überzeugt, ein Stellenaufbau von 4.5 Stellen muss genügen – in Anbetracht der aktuellen, aber vor allem der zukünftigen finanziellen Situation. Denn der Aufbau beträgt nach unseren Berechnungen immer noch wesentlich mehr als Teuerung und Wachstum der Stadt. Und ich weiss, der Stadtrat hört dieses Argument nicht gerne, aber für uns ist es ein wichtiger und nachvollziehbarer Indikator. Und Bea, zum Reduzieren der Stellen: Wir hatten im Ist 2023 72 Stellen und mit dem, was wir bewilligen, haben wir immer noch 82 Stellen. Das ist in zwei Jahren ein Wachstum von 10 Stellen.

Und ich möchte doch noch darauf hinweisen und den Antrag der AK in Relation zu stellen zum Budget 2025 für die IDW: Das sind nämlich rund 30 Millionen, die da budgetiert sind. Und das notabene vom Budget 2024 zum Budget 2025, das um 2 Millionen gestiegen ist. Wir schätzen es, dass das WoV langsam so, wie es nach unserem Verständnis angedacht ist, gelebt wird. Und wir nicht ausführen müssen, welche Stelle wir streichen wollen, sondern dass diese Aufgabe der Stadtrat und die Verwaltung übernehmen und so den WoV-Gedanken umsetzen. Danke.

Ch. Hartmann (SVP): Es ist, glaube ich, alles gesagt, nur noch nicht ganz von jedem. Die SVP schliesst sich gerne dem Votum der anderen Volkspartei an.

Eine Replik noch zu Bea: Wenn man immer sagt, dass, wenn wir einen Erhöhungsantrag des Stadtrats reduzieren wollen, sei das gespart – es wird nichts nützen, aber ich sage es gerne noch ein paar Mal: Das Argument wird nicht besser, wenn man es häufig bringt. Wir sind heute bereit, in der IDW 4.5 Stellen aufzubauen. Und uns ist nicht ganz klar, inwiefern das gespart ist.

S. Kocher (GLP): Wir teilen weiterhin die Einschätzung und Begründung der Aufsichtskommission. Gerade beim Thema Submissionen verlangen wir seit Jahren eine bereichsübergreifende gemeinsame Strategie.

Die Nutzung von Synergien erhöht die Effizienz, indem Ressourcen optimal eingesetzt und Doppelspurigkeiten vermieden werden, was direkt zu Kosteneinsparungen führt. Die GLP ist überzeugt, dass die Bündelung von Fachwissen und abgestimmte Submissionen zusätzlich zu einer Steigerung der Qualität und Effektivität führt und einheitliche Strukturen fördert.

Die GLP unterstützt den Antrag

R. Tobler (FDP): Wir von der FDP unterstützen die IDW beim Aufbau von neuen Stellen. Digitalisierung und die Stärkung der IDW in der Stadtverwaltung ist absolut zentral und ich setze da persönlich auch viel Hoffnung in den neuen Chef der IDW, der heute Abend ja auch hier ist. Ich traue ihm auch zu, dass er das Thema der IT in der Stadt Winterthur gut voranbringen wird. Und aus diesem Grund heissen wir die 4.5 Stellen Wachstum in der IDW natürlich gut und folgen dem Antrag der AK.

Und wir finden es auch gut und richtig, dass die IDW selbständig entscheiden kann, wo am Schluss gespart wird.

Vielleicht auch noch schnell ein anderes Wort zu Bea; ich wiederhole nicht das, was Christian gesagt hat, obwohl das natürlich auch absolut korrekt ist. Wenn Du von papierlos sprichst, dann muss ich schon sagen: Dort, wo die Stadt jetzt ist (das ist allen aufgefallen bei uns in der AK), nämlich bei 11'000 Briefen, die pro Woche eintreffen – auch das ist etwas, wenn man das auf der Strasse erzählt, da könnte ich auch wieder viel ausführen -, dann braucht man vorerst eigentlich keine zusätzliche finanzielle oder sonstige Ressourcen, um dort ein bisschen, ein bisschen digitaler zu werden. Es braucht nämlich nur den Willen des Stadtrats in allen Departementen und dann braucht es den Willen von allen Mitarbeitenden: Dass man sich nämlich erstens fragt bei jedem Brief, den ich verschicke, ob ich das auch per e-mail machen kann oder sonst auf einem digitalen Weg; denn jeder Brief, den ich herausschicke, gibt meistens oder oft einen Brief zurück. Und zweitens kann ich mir überlegen bei all den 11'000 Briefen pro Woche (man muss sich überlegen, was das für eine Zahl ist!): Dann bringt nämlich ein externes Scan-Center auch nicht wahnsinnig viel. Das kostet einfach etwas, digitalisiert aber leider gar nichts. Sondern dann müsste man sich einfach überlegen, ob man dem Absender ein e-mail zurückschickt und ihn fragt, ob er das nächstes Mal per Mail machen könnte. Wenn ich das systematisch machen würde über 1-2 Jahre, hätte ich von diesen Briefen schon ganz viel digitalisiert. Dafür braucht es weder ein Projekt noch sonst etwas. Vielen Dank.

Parlamentspräsident F. Helg: Dann gibt es keine Voten mehr aus dem Plenum, das Wort ist damit bei Kaspar Bopp als zuständigem Stadtrat.

Stadtrat K. Bopp: Es ist klar, die Meinungen sind gemacht und ich bringe Sie nicht mehr davon ab, diese Stelle herauszukürzen. Ich bin insofern bei Iris Kuster beim WoV-Gedanken. Der WoV-Gedanke geht aber so weit, dass Ihr grundsätzlich den Globalkredit kürzt und nicht die Stellen kürzt. Aber ansonsten bin ich mit den WoV-Überlegungen von Iris natürlich einverstanden.

Beim Eintreten gab es mehrere Voten zum Thema Effizienzsteigerungen im Zusammenhang mit der Digitalisierung. Ich habe bereits Markus Hinterleitner aus seinem Interview zitiert. Und er hat in diesem Interview offensichtlich sehr viel Relevantes für die Stadt Winterthur gesagt. Er hat dort nämlich auch noch Folgendes gesagt: «Die Digitalisierung bietet grosse Chancen für mehr Effizienz, aber auch das ist kein Gratis-Lunch. Neue Technologien einführen kostet und braucht zusätzliche Fachleute.» Und um das geht es hier. Mehr muss ich dazu nicht sagen.

Parlamentspräsident F. Helg: Wir kommen zur Abstimmung.

Antrag A3, AK: Reduktion des Globalkredits um CHF 150'000 (Reduktion Stellenwachstum).

Abstimmungsergebnis: Dem Antrag wird mit 33:21 bei 0 Enthaltungen zugestimmt. Damit ist diese Produktegruppe abgeschlossen und das ist jetzt auch der beste Zeitpunkt, um in die Nachspeisepause zu gehen. Die Sitzung ist geschlossen. Besten Dank und guten Appetit!

Nachspeisepause.

Parlamentspräsident F. Helg: Ich begrüsse alle zur Abendsitzung. Wir sind mitten im Budget und führen die Beratungen weiter. Wir sind im Finanzdepartement.

PG Steuerbezug: Keine Anträge oder Bemerkungen, so genehmigt.

PG Immobilien: Keine Anträge oder Bemerkungen, so genehmigt.

PG Städtische Allgemerkosten/Erlöse: Wir haben das in der Parlamentsleitung vorbesprochen und beschlossen, dass wir das so handhaben werden, dass wir die Anträge 4 und 6 zusammen beraten, aber dann natürlich getrennt abstimmen, denn beim einen geht es um die Teuerung und beim anderen um zusätzliche Lohnmassnahmen, also um Massnahmen für das Personal. Und dann anschliessend den Antrag 5 separat, bei dem es um die Pauschkürzung geht.

Jan Ehrbar hat gesagt, dass er bei der Beratung von Antrag 4 und 6 in den Ausstand treten wird.

Wir beginnen mit der Beratung zu Antrag 4 und 6. Der Antrag 4 ist ein Antrag der AK, er wird vertreten durch Michael Zundel. Antrag 6 wird danach von der SP-Fraktion vorgestellt. Ich bitte Michael Zundel, den Antrag 4 im Namen der AK vorzustellen.

M. Zundel (AK): Ich werde diesen Antrag ganz kurz begründen, denn wahrscheinlich wissen alle, um was es geht. Es geht um die Reduktion aufgrund der geringer ausgefallenen als angenommenen Jahresteuern, was eine Reduktion im Globalbudget von 1.5 Millionen Franken beträgt.

Parlamentspräsident F. Helg: Der Antrag der SP-Fraktion, Erhöhung des Globalkredits für zusätzliche Lohnmassnahmen, wird von Regula Keller vorgestellt.

R. Keller (SP): Die SP beantragt eine Erhöhung der Lohnmassnahmen von 0.5 auf 1% und entsprechend höhere Ausgaben beim Personalaufwand auf diesem Konto um 1.5 Millionen. Die Lebenshaltungskosten sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen und die Teuerung ist von der Stadt als Arbeitgeberin nicht ausgeglichen worden oder nicht voll ausgeglichen worden, so dass v.a. Wenigverdienende oder Leute in den unteren Lohnklassen faktisch eigentlich eine Lohninbusse hatten, was eben gerade bei niedrigen Löhnen eine grosse Belastung darstellt. Aus diesem Grund möchten wir dieses Jahr diese Einbusse ausgleichen und haben besonders die wenig verdienenden Menschen, die bei der Stadt angestellt sind, im Auge. Und wir sehen diese Massnahme auch als einen Beitrag zu sozialer Fairness.

Ein weiterer Grund für den Antrag zur Erhöhung dieses Kredits für die Lohnmassnahmen ist auch, dass wir als Arbeitgeberin natürlich auch in Konkurrenz mit anderen Arbeitgebenden. Wir möchten auch attraktiv bleiben. Es ist für uns auch nicht zuletzt ein Zeichen der Wertschätzung gegenüber den Mitarbeitenden, dass wir sagen, dass wir in diesem Jahr einen höheren Teuerungsausgleich ausrichten möchten.

Parlamentspräsident F. Helg: Dann ist die Diskussion zu den beiden Anträgen 4 und 6 eröffnet. Zuerst hat das Wort Iris Kuster.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Zum Antrag A4 sage ich nichts, aber zur Erhöhung der Lohnmassnahmen

Nach meinem Verständnis sind die steigenden Lebenshaltungskosten grundsätzlich durch die Teuerung abgebildet und die gewähren wir ja, trotz unsicheren finanziellen Perspektiven für die Zukunft.

Und noch eine Klarstellung zur Mär, dass die Privatwirtschaft besser bezahle: Der Vergleich des Bundesamtes für Statistik vom März 2024 zeigt klar: Der Medianlohn im öffentlichen Sektor ist um einiges höher als in der Privatwirtschaft.

Die SP betreibt hier wieder einmal klassische Klientelpolitik: Viel für wenige Privilegierte bezahlt durch alle. Klassenkampf heute ist nicht mehr Arbeitnehmer gegen Arbeitgeber, sondern Mitarbeitende bei der öffentlichen Hand gegen Mitarbeitende in Unternehmen, die sich im freien Wettbewerb bewähren müssen.

Aus all diesen Gründen lehnen wir von der Mitte/EDU diesen Antrag ab.

S. Kocher (GLP): Das Thema Teuerung unterliegt einem klar definierten Prozess. Diese Anpassung korrigiert am Ende eine Fehleinschätzung aus dem Budgetprozess. Diese gilt es aus Sicht der GLP zu korrigieren, unabhängig, ob es zu einer Kürzung oder zu einer Erhöhung führt. An dieses Vorgehen hat sich die GLP bereits in den letzten Jahren verlässlich gehalten. Wichtig festzuhalten ist, dass es keine Kürzung bei den Löhnen ist, da der volle zustehende Teuerungsausgleich genehmigt wird. Es ist lediglich eine Korrektur von der falschen Annahme im Budget des Stadtrates. Wir schätzen die Arbeit von allen Mitarbeitenden sehr. Doch Wertschätzung muss auch nachhaltig gestaltet sein und ist nicht auf finanzielle Aspekte reduziert. Die Stadt Winterthur braucht gezielte Massnahmen und keine pauschale Erhöhung mit der Giesskanne, die den finanziellen Spielraum einengt. Deshalb lehnen wir den SP-Antrag ab und werden den AK-Antrag unterstützen.

M. Zundel (Grüne/AL): Ich werde zum Antrag A4 auch nichts sagen, aber zum A6 ganz kurz sprechen: Wir können dem Antrag der SP nur zustimmen und unterstützen diesen auch so. Wenn man als Stadt weiterhin eine hohe Lebensqualität für seine Bevölkerung bieten will, muss man auch das dazu benötigte Personal gerecht entlohnen, um die geforderte Qualität auf dem Arbeitsmarkt auch zu finden.

F. Kramer (EVP): Wir bezahlen die Teuerung, das ist unbestritten. Die Pensionskasse wurde dieses Jahr saniert – endlich! -, was den Mitarbeitenden klar zugutekommt. Im Budget sind auch richtigerweise Gelder für Lohnerhöhungen eingestellt, so dass man im vorgesehenen Lohnband aufsteigen kann.

Wir glauben aber, dass dieser Giesskannen-Antrag teuer ist und wenig bringt. Wir lehnen ihn deshalb ab.

Stadtrat K. Bopp: Ein weiteres Mal ganz kurz zu diesen zwei Anträgen aus Sicht des Stadtrats: Der Antrag A4 zur Kürzung des Globalkredits entspricht dem Personalstatut und ohnehin der Intention, die der Stadtrat hatte. Wenn diese Kürzung nicht gekommen wäre, hätten wir das Geld auch nicht verteilt, sondern in den Städtischen Allgemeynkosten liegenlassen. Von daher ist dieser Antrag für uns so in Ordnung.

Der zweite Antrag der SP, die Erhöhung, unterstützen wir nicht. Wie beim Eintreten gesagt, halten wir unser Budget für gut und ausgewogen. Besten Dank.

Parlamentspräsident F. Helg: Damit sind wir schon abstimmungsreif. Wir stimmen über die Anträge getrennt ab.

Antrag A4, AK: Reduktion des Globalkredits um CHF 1'500'000 (Jahresteuern).

Abstimmungsergebnis: Der Antrag wird mit 53:0 bei 0 Enthaltungen einstimmig genehmigt.

Antrag A6 («erhöhtes Quorum»), Fraktion SP: Erhöhung des Globalkredits um CHF 1'500'000 (Lohnmassnahmen).

Abstimmungsresultat: Der Antrag wird mit 22:31 bei 0 Enthaltungen abgelehnt.

Wir kommen zurück zum Antrag 5, das ist der Globalantrag um 7 Millionen Kürzung. Es ist ein Kommissionsantrag der AK, er wird vom Kommissionsreferenten Michael Zundel vorgestellt.

M. Zundel (AK): Ich lese den Antrag aus der AK vor: Die Planung für die kommenden Jahre sieht ein hohes Volumen an Investitionen vor. Die momentan noch relativ gute Finanzlage muss zum Anlass genommen werden, Schulden abzubauen, um eine bessere Ausgangslage für die Finanzierung künftiger Vorhaben zu schaffen. Das budgetierte Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit ist daher auszugleichen und das budgetierte Ergebnis aus Finanzierung vollumfänglich zum Schuldenabbau zu verwenden.

Dem Stadtrat wird empfohlen, bei folgenden Konti den Kostenanstieg zu reduzieren: Konto 3130, Dienstleistungen Dritter, und Konto 3132, Honorare externe Beratungen, Gutachten, Fachexpertisen. Eine Begrenzung des Kostenanstiegs in jenen Produktgruppen, welche einen Anstieg budgetieren auf z.B. 3%, würde bereits eine Einsparung von 6 Millionen ergeben.

Ausserdem wird dem Stadtrat die Zentralisierung folgender Aufgaben (analog der Zentralisierung im HR-Bereich) empfohlen:

- Kommunikation der Departemente
- Liegenschaftenverwaltung für Objekte des Verwaltungsvermögens
- Beschaffung von IT-Fachapplikationen der Departemente

Dieser Antrag wurde in der AK mit 6:5 Stimmen angenommen.

R. Keller (SP): Die Fraktion der SP ist entschieden dagegen, dass man den Globalkredit bei den städtischen Allgemeynkosten – notabene ist das ein Sammelkonto - pauschal um 7 Millionen kürzen will.

Dieser Antrag mag vielleicht auf den allerersten Blick ein bisschen etwas Pragmatisches haben, aber er ist weder durchgedacht noch ist er aus unserer Sicht zu verantworten. Er gefährdet nämlich nicht nur Leistungen, welche die Stadt erbringt, sondern er stellt eben auch grundsätzlich die Funktionsweise des Parlaments in Frage. Und für mich gibt es zwei Argumente, weshalb die SP diesen Antrag als eine ausgesprochen schlechte Idee empfindet:

Die pauschale Kürzung greift in einen sorgfältig und verantwortungsvoll durchgeführten Budgetprozess ein, das hat Kaspar Bopp vorhin schon gesagt. Er geht davon aus, dass im Budget grundsätzlich Luft von 7 Millionen drin ist, welche die Verwaltungsabteilungen sozusagen nonchalant einbudgetiert haben und die der Stadtrat, weil er quasi auch nicht so kompetent ist, bei seiner Diskussion ebenso nonchalant übersehen hat oder sich gedacht hat, das sei doch egal. Christian hat das netterweise als «rein menschlich» bezeichnet. Aus unserer Sicht ist die Geschichte mit dem Vorrat sammeln durch die Verwaltung im Budget eine riesige Erfindung oder eine Mär, die dadurch, dass man sie jedes Jahr wiederholt, auch nicht unbedingt wahrer wird. Und sie zeigt v.a. eine aus meiner Sicht absolut inakzeptable Haltung gegenüber den budgetierenden Stellen.

Und der zweite Grund, ein sehr wichtiger Grund, für mich ist auch, dass der pauschale Kürzungsantrag ein Zeichen für fehlende politische Verantwortungsbereitschaft ist. Wir sind vom Volk gewählt und haben den Auftrag, uns mit dem Budget auseinanderzusetzen – mit allen Details und mit allen Konsequenzen. Die Aufgabe der Kommissionen besteht darin, dass das Budget angeschaut wird, dass die Abteilungen gefragt werden, was genau hinter dem Budget steht. Es geht darum, Fragen zu stellen, Informationen zu sammeln, fundierte Entscheidungen zu treffen, Anträge zu stellen, um das Budget zu kürzen für weniger oder vielleicht auch mehr Ausgaben, und auch darum zu sagen, wo diese Leistungen reduziert werden sollen. Und ja, Christian, vielleicht trifft es auch ein marodes Quartierzentrum – falls Ihr das so möchtet.

Mit dem Vorschlag der pauschalen Budgetkürzung bei den städtischen Allgemeynkosten übersteuert die AK sozusagen die Sachkommissionen und delegiert die parlamentarische Verantwortung an den Stadtrat mit der für eine Legislative ziemlich beschämenden Argumentation, dass der Stadtrat doch am besten wisse, wo er sparen könne. Das Parlament erklärt sich sozusagen als inkompetent und überfordert (dieses Wort ist auch heute Abend gefallen), mit dem Auftrag, für das es eigentlich verantwortlich ist. Und ja, Christian, wenn WoV nicht stimmt, dann müssen wir halt WoV anpacken. Und dann ist das die Pflicht des Parlaments, das zu initiieren.

Der Antrag suggeriert auch, dass Geld irgendwo nutzlos ausgegeben wird und die Stadträte oder die Verwaltung eigentlich schon wissen, wo sie diese unnützen Ausgaben für externe Leistungen dann kürzen können.

Und auf diesen Punkt möchte ich noch etwas näher eingehen mit einem Beispiel. Die Befürworter der Kürzung empfehlen dem Stadtrat, die 7 Millionen bei den Konten 3130, Dienstleistungen Dritter und Honorare und Beratungen zu kürzen. Geht man ein bisschen in die Details des Budgets oder dieser Kontengruppen, z.B. in der Produktegruppe Individuelle Unterstützung, bei dem die Antragstellenden sagen, da gäbe es ein deutliches Sparpotenzial, so stellt man Folgendes fest: Bei diesen Beiträgen geht es z.B. um die Integrationsagenda des Kantons Zürich zur Integration von geflüchteten Menschen, zu der die Stadt einen wesentlichen Teil beiträgt. Die Beiträge werden grösstenteils durch den Kanton wieder an die Stadt Winterthur zurückerstattet und schlagen sich bei den Erträgen der Stadt wieder nieder. Was Winterthur also in der Produktegruppe Individuelle Unterstützung und auf dem Konto 3130 nicht ausgibt, bekommt es vom Kanton auch nicht wieder zurück. Eine Kürzung hier könnte man schon machen und auf dem Papier wären dann vielleicht 1 oder 2 Millionen beim Aufwand gespart; aber es wäre nicht wirklich eine Ersparnis, weil man nämlich auf der Einnahmenseite genau dieses Geld auch nicht bekommen würde. Und es gibt ganz viele solche Beispiele, wo Ihr sagen würdet, da kann man doch etwas kürzen, wo Ihr aber schlicht zu wenig in die Tiefe dieser Ausgaben geschaut habt und deshalb eigentlich total absurde Vorstellungen davon habt, wo man kürzen kann.

Das erläuterte Beispiel zeigt auch, dass Ihr wirklich einen ein bisschen eingeschränkten Blick habt, wenn Ihr einfach nur auf den Aufwand schaut. Ihr müsst Euch unbedingt auch mit den Einnahmen auseinandersetzen. Und bei diesem Beispiel ist auch besonders absurd, dass die Antragstellenden diese Kürzung bei dieser Produktegruppe als Ausgangslage für ihre Kürzung des Budget 2024 genommen haben und sagen, es gäbe doch da einen kürzbaren Anstieg, weil das Budget zugenommen hat. Wenn man die Rechnung 2023 anschaut, merkt man aber, dass es gar nicht zugenommen hat. Es gibt nichts zu kürzen. Es gibt keine höheren Ausgaben bei dieser Integrationsagenda oder bei der Individuellen Unterstützung.

Und nicht zuletzt: Kürzungen, die z.B. in diesem Bereich gemacht würden, wären nicht einfach ein technischer Akt, bei dem man auf dem Papier irgendwelches Geld zusammenspart; sondern sie betreffen Menschen. Menschen, die geflüchtet sind, und die gesamte Gesellschaft. Eine Kürzung da hätte Konsequenzen für alle in der Stadt Winterthur.

Und nun noch zum Abschluss: Meine und unsere grösste Frage und Sorge ist eigentlich: Was bedeutet diese Verschiebung der Verantwortung für das Budget vom Parlament auf den Stadtrat? Kommen diese Parteien nächstes Jahr mit einem Kürzungsantrag bei den Städtischen Allgemeynkosten von z.B. 15 Millionen? Vielleicht könnte man übernächstes Jahr auch sagen, ja, 30 Millionen wären vielleicht auch nicht schlecht, schaut doch mal, wo Ihr dieses Geld zusammensparen könnt.

Geschätzte Anwesende, ein Nein zu diesem Kürzungsantrag ist nicht nur ein Nein zu diesen 7 Millionen, sondern auch ein Nein gegen die Aushebelung unseres parlamentarischen Systems.

Ch. Hartmann (SVP): Ich glaube, ich werde heute den ganzen Abend angesprochen... Vielen Dank, Regula, ich denke, es tut gut, wenn man sich den ganzen Frust einmal von der Leber redet.

Ich glaube, wir haben eine unterschiedliche Art bezüglich der Verantwortung bzw. der Definition davon. Wenn man den Antrag der Aufsichtskommission liest, dann ist es nicht so, dass wir sagen, man müsse irgendwo bei den Flüchtlingen sparen oder so. Sondern wir vermuten – auch aufgrund von fehlender Transparenz (Transparenz, die man herstellen könnte, wenn die Analysephase 2 Monate wäre – aber so, wie der Prozess aufgesetzt ist, ist es einfach schwierig, sehr in die Tiefe zu gehen). Aber wir lassen dem Stadtrat ja auch frei, das irgendwo anders zu machen. Es ist einfach dort, wo wir Potenzial vermuten.

Und wie ich gesagt habe in der Eintretensdebatte: Wir sehen noch viel mehr Potenzial in den kleinen Kreditresten, Budgetaufrundungen und so. Das ist etwas, was unmöglich herauszufinden ist. Ich gehe, um es etwas deutlicher zu sagen als in der Eintretensdebatte, davon aus, dass der Budgetierungsprozess, so wie wir ihn jetzt machen, Schrott ist. Er kann nicht zum Ziel führen.

Der Weg, den Du, Regula, aufgezeigt hast in Deiner Argumentation, das ist der idealtypische Weg zum Gehen. Einverstanden. Jahre von Erfahrung zeigen einfach: Er ist so nicht umsetzbar. Und ja, dann muss man die Regeln ändern. Dieser Ansicht bin ich auch. Und ich würde der Aufsichtskommission sehr empfehlen, in der nächsten Zeit anzufangen, an dem zu arbeiten.

Der Weg, den wir gewählt haben, ist eigentlich der Weg der Anwendung des mildesten Mittels. Was könnten wir denn sonst machen? Wir könnten das Budget zurückweisen mit dem Auftrag, 7 Millionen zu sparen. Damit wärt Ihr auch nicht happy. Das haben wir gemacht vor einigen Jahren und wir sind der Ansicht, es ist eigentlich kein guter Weg. Er hat nämlich Nebenwirkungen. Die Nebenwirkung ist, dass wir am 1. Januar kein Budget haben und dass die Stadt mit einem Notbudget agieren muss. Das wollen wir nicht.

Der zweite Weg ist, dass wir sagen, wir sparen bei jeder Produktegruppe X%. Das kann man machen. Ich würde dem «Rasenmäher-Methode» sagen. Das funktioniert. Der Nachteil dieser Methode ist, dass es mit Garantie die Falschen trifft.

Also haben wir den Weg gewählt, den wir jetzt gehen. Und wenn man das Konzept des best owner nimmt, also von dem, der am besten zuständig ist, der die besten Fachkenntnisse hat im Detail, dann ist es wahrscheinlich die Verwaltung zusammen mit dem Stadtrat.

Wir sind tatsächlich der Meinung, dass das Ergebnis der Stadt besser werden muss. Wir haben Vorschläge und Anträge gemacht in den Kommissionen, wir machen Anträge hier im Rat – und wir stellen den Antrag, den wir jetzt gestellt haben. Wir sind der Meinung, wir übernehmen damit sehr wohl Verantwortung für die mittelfristige finanzielle Entwicklung der Stadt Winterthur. Und ich bitte Sie deshalb, diesem Antrag zuzustimmen.

F. Kramer (EVP): Heute Abend übernehmen alle vom Parlament - egal mit welchem Entscheid betreffend Pauschalkürzung – Verantwortung. Jeder übernimmt Verantwortung für das Budget der Stadt und muss diese Verantwortung übernehmen. Es stimmt, dass Globalkürzung in der Lehre umstritten ist. Lehrmeinungen machen aber keine saubere Unterscheidung zwischen Gemeinden mit Globalbudgets und solchen ohne. Dass eine Gemeinde ohne ein Globalbudget keine Globalkürzung machen kann, ist ja klar. Bei uns aber ist die Globalkürzung die Essenz des Systems. Wir schauen die Kürzung deshalb als zulässig an. Das machen wir ganz klar in der Meinung, dass wir in Winterthur am Globalbudget weiterarbeiten müssen, um die heutigen Schwächen aufzuheben. Das Globalbudget ist im Gemeindegesetz in einem einzigen Artikel geregelt, nur sehr rudimentär. Im Kommentar dazu steht, dass WoV auf der Möglichkeit beruht, die Leistungsseite direkt zu steuern. Und da kommen wir an die Grenzen mit unserem Globalbudget.

Im Budgetbuch B werden nicht alle Aufgaben der Stadt abgebildet. Beispielsweise betreibt fast jedes Departement eine Kommunikationsstelle. Wenn ich das richtig gesehen habe, erwähnt das in den Leistungszielen nur Stadtbuss neben der Stadtkanzlei, wo die Kommunikation angesiedelt ist. Ist die Leistungsseite nicht abgebildet, kann das Parlament aber auch nicht steuern. Die Vorgabe von WoV, dass hinter jeder budgetierten Ausgabe eine Leistung steht, können wir in vielen Bereichen nicht überprüfen und damit auch nicht steuern. Wo die

Stadt Leistungen erbringt, erfährt das Parlament manchmal nur zufällig. Die parlamentarischen Zielvorgaben sind nicht korrekt auf den Globalkredit abgestimmt.

Die Finanzhaushaltsverordnung kann vom Parlament Stand heute so gar nicht umgesetzt werden.

Als EVP sind wir gewillt, zusammen mit dem Stadtrat Lösungen zu suchen, wie wir WoV für alle befriedigend weiterentwickeln können. Für den Moment heisst das aber, dass es aus unserer Sicht sachgerecht ist, einen Blick auf das Ganze zu haben. Das ist unsere Kompetenz und das ist unsere Zuständigkeit.

Und da scheinen wir uns als Parlament ja auch einig zu sein, dass wir Eigenkapital äufnen müssen und entsprechend ein besseres Ergebnis in der Erfolgsrechnung brauchen. Die Umsetzung muss dieses Jahr aus der Sicht der EVP durch eine Kürzung der Ausgaben erfolgen. Wir als EVP sehen auch noch Sparpotenzial in der Stadtentwicklung. Die Kosten der Stadtentwicklung haben sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Das noch zu der ganzen Sache mit diesen Konti. Klar, die einzelnen Jahre sind aufgrund von Reorganisationen nicht uneingeschränkt vergleichbar. Aber es braucht aus unserer Sicht eine Kostenreduktion. Nicht bei der sozialen Stadtentwicklung, die in unseren Augen essenziell ist, aber z.B. bei Smart City. Das haben wir so einfach nie durch das Parlament durchgebracht.

Natürlich müssen wir die Digitalisierung vorantreiben. Wir dürfen dabei aber stärker davon profitieren, was andere Städte schon ausprobiert haben. So schlagen wir dem Stadtrat auch da vor, nochmals über die Bücher zu gehen. Und diese Vorschläge machen wir, weil die Lehre sagt, man solle bei einer solchen Globalkürzung Vorschläge machen.

Gemäss Art. 35 unserer Gemeindeordnung trägt der Stadtrat die Verantwortung für den Gemeindehaushalt. Wir als Parlament nehmen unsere Verantwortung wahr und genehmigen das Budget mit dieser Globalkürzung. Der Stadtrat muss sagen, wie er das umsetzt. Dem Parlament fehlt der Einblick. In Ziffer 5 des Beschlussantrags ermächtigen wir dann den Stadtrat auch, die eingestellten Positionen zu verteilen. Die Verteilung ist also auch technisch möglich.

M. Zundel (Grüne/AL): Mit diesem Antrag kaufen wir die Katze im Sack - oder eben wir verkaufen sie. Gerne würde ich damit drohen, dass Sitzbänke und Schülerreisen gestrichen werden. Jedoch können wir das momentan nicht wissen und die Stadt weiss es auch noch nicht. Der Antrag geht von einem Misstrauen aus. Ein Misstrauen, dass das Budget immer mit noch mit ein wenig Fett am Fleisch präsentiert wird, welches jetzt abgespeckt werden soll. Diese Unterstellung an die Verwaltung teilen wir nicht und finden, dass man hier einen gefährlichen Anreiz schafft für die Zukunft, so dass aus Angst vor einer Fett-weg-Kur dann doch mal eine kleine Reserve daraufgepackt wird, damit man nach der Budgetdebatte dann doch noch heil durch das kommende Jahr kommt.

Die Fraktion Grüne/AL lehnt diesen Antrag entschlossen ab und bittet den Stadtrat, eine solche Pauschalkürzung rechtlich zu prüfen und ist gespannt, was dabei herauskommt. Vielleicht werden wir die Budgetdebatten der Zukunft aufgrund dieses Antrags deutlich kürzer durchführen können.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Ich kann mich eigentlich meinen Vorredner/-innen Christian und Franziska in allen Punkten anschliessen. Vielleicht noch ergänzend: Ich habe ja schon im Eintretensvotum ausgeführt, dass es für die Mitte/EDU-Fraktion wichtig ist, dass wir ein ausgeglichenes Ergebnis in der operativen Rechnung. Wir schauen auf die Cash-Betrachtung, ganz nach dem Grundsatz «Nur Bares ist Wahres» oder anders gesagt: Mit einem buchhalterischem Aufwertungsgewinn kann ich weder Löhne noch Sozialhilfegelder und auch keine Kultursubventionen bezahlen.

Und wir wollen, dass dieses Loch in der städtischen Kasse nicht einfach gedeckt wird, indem man sich weiterverschuldet. Wir sind gegen das Prinzip «buy now and pay later». Wir haben unsere Verantwortung wahrgenommen, einzelne Positionen identifiziert, zu welchen Anträge gestellt wurden und über die wir abgestimmt haben oder abstimmen werden.

Und bei der Differenz sind wir der Ansicht, dass der Stadtrat und die Verwaltung deutlich besser geeignet sind, die notwendigen Massnahmen zu identifizieren, damit diese Summe eingespart werden kann. Sowohl der Stadtrat wie auch die Verwaltung kennen oder sollten die jeweiligen Kostenstellen im Detail kennen, damit sie die notwendigen Einsparungen vornehmen können. Christian hat das in seinem Eintretensvotum eindrücklich geschildert. Damit der Stadtrat aber, wie Du gesagt hast, Michael, nicht auf dumme Ideen kommt, wie Schulreisen zu streichen oder Bänkli im Wald oder in Pärken abzubauen oder andere Folterinstrumente gegenüber dem Steuerzahler zu ergreifen, zeigt der Antrag auf, bei welchen konkreten Ausgabenposten wir kürzen würden.

Und diese wurden schon mehrmals erwähnt. Hier vielleicht einfach noch, Regula: Die Honorare Externe Beratungen. Also wenn ich diese Zahlen anschau von 2023, sind diese wesentlich teurer. Gemäss Budgetbuch hatten wir 2023 8.5 Millionen und wir sind jetzt bei 13.3 Millionen. Und das sind die externen Honorare, nicht Dienstleistungen Dritter.

Gesagt wurde auch, dass wir nicht mehrköpfige Kommunikationsabteilungen überall brauchen. Und es braucht auch nicht jedes Departement eine individuelle Fachapplikation in der Informatik. Da kann man mit Standardisierung und besseren Beschaffungsprozessen sicher die Kosten senken. Und es ist nicht Aufgabe des Parlaments zu sagen, wie dies gemacht werden soll; wir sagen aber, dass wir bei diesen Kostenarten sparen wollen.

Und unbestritten ist, das hat ja Kaspar Bopp vorhin auch erwähnt: Das Parlament hat die Budgetkompetenz und diese kann nicht an die Exekutive übertragen werden. Unser Verständnis der Budgetkompetenz ist, dass das Parlament die grossen Linien vorgibt. Und da haben wir auch schon mehrmals gesagt: Setzt Euch doch mit uns vor dem Sommer zusammen und wir einigen uns auf die grossen Linien. Das Stadtparlament muss die Prioritäten festlegen und muss auch nicht in der Lage, alles im Detail zu kennen.

Der heutige Antrag ist genügend spezifiziert, wo gespart werden soll. Der einzige Unterschied zu den früheren Jahren besteht darin, dass wir nicht über Kostenstellen, sondern Kostenarten sprechen. Jetzt ist es Aufgabe des Stadtrates, diese Kürzungen bei den Kostenarten auf die Kostenstellen herunterzubrechen – eigentlich eine klassische Managementaufgabe.

Wir von der Mitte/EDU stimmen dem Antrag zu und ich hoffe schon, dass der Stadtrat diese Challenge annimmt und die Einsparungen realisiert - und nicht den Rechtsweg beschreitet.

R. Tobler (FDP): Wir haben es von den Vorrednern und auch bei den Eintretensvoten schon ein bisschen gehört, ich sage es aber gerne nochmals, damit es sicher alle speichern können. Die finanzielle Lage der Stadt Winterthur ist besorgniserregend und weil da eine grosse Mehrheit des Rats die Verantwortung für Winterthur übernimmt, haben wir den Antrag entsprechend so über die AK gestellt. Und es ist absolut kein Fettweg-Antrag, sondern wenn ich die finanzielle Lage der Stadt anschau, dann sehe ich da kein einziges Gramm Fett oder Polster in unseren finanziellen Kennzahlen.

Und dass der Antrag beim Stadtrat – wie übrigens jeder andere Antrag zum Sparen, egal, ob er ganz hoch oder ganz tief ist – nicht gut ankommt, ist natürlich klar. Aber die Wahrheit ist leider auch, dass der Stadtrat sich da selbst an der Nase nehmen muss. Man könnte ja auch sagen: Wie kommt der Stadtrat überhaupt selbst nicht darauf, dass er die Schulden nicht reduzieren will? Wie gesagt, wir bezahlen sehr viel Schuldzinsen aus unseren Steuererträgen. Oder man kann sich auch fragen, wie der Stadtrat darauf kommt, dass er uns ein negatives operatives Budget vorlegt, das die Situation noch verschlechtern lassen wird.

Und auf der anderen Seite muss man der Nachhaltigkeits-Finanz-Allianz, wie wir sie heute nennen, ja auch ein Lob aussprechen, denn dieser Antrag ist aus meiner Sicht einer der absolut besten in den letzten Jahren.

Erstens, weil wir etwas gegen die schlechte Lage der Stadt Winterthur machen. Ich glaube, das ist dringend notwendig. Besser heute als morgen, ich glaube, das ist klar; und da gibt es ja auch keine Lösungen oder Antworten der Gegner. Und auf der anderen Seite hat man das auch schon gesagt, «buy now, pay later» ist ein ganz schlechtes System. Oder um es in den

Worten von jemandem zu sagen, den ich wie Kaspar Bopp vorhin zitiere: «Es ist naiv zu glauben, dass Schulden keine Konsequenzen haben. Früher oder später zahlt immer jemand.» Das hat mein Kollege Markus Somm gesagt.

Der zweite Punkt, weshalb das ein sehr guter Antrag ist: Weil wir als Parlament, sozusagen als Kontrollorgan der Stadtregierung, ja eben nicht zu tief ins Detail gehen sollten. Da gibt es verschiedene Meinungen darüber. Und da sollte sich der Stadtrat fast schon bedanken dafür, dass wir einen Antrag stellen auf dieser Flughöhe, bei dem nachher – das wurde auch schon gesagt –, der Stadtrat grösstmögliche Freiheit hat, zusammen mit seinen Mitarbeitenden selbst festlegen kann oder uns einen Vorschlag machen kann, wo das genau geschehen soll. Nämlich genau so, wie es bei jeder anderen Organisation auch funktionieren würde. Und das war eigentlich die Aufgabe des Stadtrats, aber leider haben wir das da ja verpasst. Wir haben das schon einige Male gesagt in unseren Voten, früher auch schon Urs Hofer, mit dem klaren Prioritäten setzen.

Und wenn sich der Stadtrat schon bedanken dürfte, dann dürfte er sich auch noch dafür bedanken, dass der Antrag schon extrem früh kam. Es wurde einmal erwähnt, dass er sehr spät gekommen sei. Das stimmt nicht: Der Antrag kam sehr früh und sehr transparent. Es war dem Stadtrat eigentlich schon von Beginn der Budgetdebatte an klar, dass ein Teil des Parlaments, ein grösserer Teil des Parlaments, mit dem Budget, mit dieser Finanzsituation, nicht zufrieden ist.

Und aus diesem Grund unterstützt die FDP den Antrag aus der AK. Vielen Dank.

S. Kocher (GLP): Das Budget 2025 gibt uns auf den ersten Blick zwar Grund zur Zuversicht – doch hinter den Zahlen stehen Herausforderungen, die wir nicht ignorieren dürfen. Ich habe es in der Eintretensdebatte schon detailliert beleuchtet und auch meine Vorredner/-innen haben das in den letzten Voten jetzt entsprechend gesagt. Die finanziellen Aussichten unserer Stadt sind geprägt von einem hohen Investitionsbedarf, wachsenden Verpflichtungen und einer angespannten Schuldsituation. Genau darum erfordert es jetzt klare Prioritäten und entschlossenes Handeln vom Stadtrat.

Die Grünliberale Fraktion unterstützt den Kürzungsantrag zur Reduktion des Globalkredits um 7 Millionen Franken. Es ist eine Investition in die finanzielle Handlungsfähigkeit von morgen. Wir sind deshalb der festen Überzeugung, dass langfristige finanzielle Stabilität ein solches Vorgehen fordert – und wie es Franziska sehr gut zusammengefasst hat, auch zulässig ist. Besten Dank.

B. Zäch (SP): Wir haben jetzt von bürgerlicher Seite sehr viel über Verantwortung gehört und wie eine Mehrheit in der AK ganz mutig diese Verantwortung wahrnimmt. Ich habe mehr herausgehört: Eine massive Überforderung und irgendwie auch einen Frust darüber, dass man merkt, dass man sich da überfordert – und damit den Ball an den Stadtrat zurückschiebt.

Es scheint, dass beim grossen Überblick über die Finanzen, den sich einige in der AK zurzeit zumuten, ein bisschen die Kompetenz verlorengelassen, sich mit den konkreten Auswirkungen von Sparideen zu befassen. Ein paar Fakten aus der SBK sind darum vielleicht nützlich, um verständlich zu machen, was die Mehrheit der AK da so locker beantragt.

Im Amt für Städtebau werden über die zweistelligen 31er-Konti (also auch 3130 und 3132) sämtliche externen Leistungen bezogen, die z.B. im Rahmen von planerischen Grossprojekten bezogen werden. Es geht z.B. um hochspezialisierte Abklärungen bei Gestaltungsplänen, wo private Bauträger (worum es in der Regel geht) sich darauf verlassen müssen, dass die Stadt nicht aus finanziellen Gründen Projekte verzögern muss, weil Leute, die sich selbst als Interessenvertreter der Wirtschaft verstehen, finden, man könne da mit einem Federstrich die dazu nötigen Mittel zusammenstreichen.

Ziemlich absurd wird es im Tiefbau, wo bei einem Projekt wie die Erschliessungsstrasse Neuhegi/Grüze unter anderem umfangreiche geologische Gutachten zur Variantenklärung benötigt werden, damit es beim Tunnelbau keine bösen Überraschungen gibt. Und das ist nur ein Beispiel. Da kann man nur fragen: «Im Ernst, liebe Kolleginnen und Kollegen auf der rechten Ratsseite? Da wollt Ihr sparen?»

Jetzt höre ich aber natürlich schon Einwände: «Nein, nein, man kann ja priorisieren, das ist aber nicht unsere Sache, sondern der Stadtrat und die Verwaltung sollen das machen» und «wir wollen ja nur die Steigerung begrenzen und nichts kürzen». Aber es hilft halt schon, wenn man nicht vom Sitzungszimmer der AK aus grosse Ideen in die Luft wirft, sondern in den Sachkommissionen, die da übrigens massiv geringgeschätzt werden, die Fach-Informationen aufnimmt und deshalb weiss, dass bereits mehrfach priorisiert wurde, bevor die Projekte überhaupt in die Kommissionen kommen. Und der Zuwachs der Kosten – es ist nun wirklich mehr als banal – ganz einfach deshalb entsteht, weil von Privaten und auch von städtischen Bauträgern einfach mehr Leistungen bestellt werden. Und zwar v.a. auch von Privaten. Das hat übrigens nicht viel mit der zur Zeit lahrenden Baukonjunktur zu tun (auch das ist eine Mär, die gerne erzählt wird), weil planerische Leistungen natürlich benötigt werden, bevor irgendeine Baumaschine auffährt. Und das sind die Leistungen, die mit diesem Antrag eigentlich in Frage gestellt werden.

Dieser AK-Antrag ist ganz besonders unausgegoren und zudem ahnungslos, was die Folgen betrifft. Und wenn man, um dem Stadtrat auf die Sprünge zu helfen, und quasi «gemäss Lehre», wie es Franziska Kramer-Schwob gesagt hat, den Vorschlag macht, per Budgetbeschluss auch noch rasch die ganze Liegenschaftsverwaltung im Verwaltungsvermögen zu zentralisieren – was ein mehrjähriges Projekt bedeuten würde und natürlich überhaupt keine Auswirkungen hat auf das Budget 2025 –, so darf man doch schwer an der Seriosität solcher Vorschläge zweifeln.

Und wenn Raphael Tobler und andere jetzt von einer nachhaltigen Finanz-Allianz sprechen, dann würde ich doch sagen, es ist eine nicht nachhaltige Überforderungs-Allianz.

Ch. Hartmann (SVP): Lieber Benedikt, ich nehme zur Kenntnis, dass Du der AK jetzt die Frechheit zurückzahlst, dass sie einen Mitbericht gemacht hat zum Obertor. Das kann ich individuell sehr gut verstehen.

Aus Sicht der SP kann man nie sparen – und zwar nirgends. Das hat mir ein anderes geschätztes Mitglied, mit dem ich in der Stadtbaukommission war, sogar einmal bestätigt. Also nicht Du.

Wir sprechen da von 7 Millionen von fast 1'700 Millionen Ausgaben. Natürlich, da ist etwas gebunden und dort wird etwas refinanziert und so, aber es soll mir niemand sagen, dass das die Stadt Winterthur operativ irgendwie flachlegt. Das ist ganz einfach eine etwas unfaire Unterstellung. Ich verstehe alle Emotionen am Thema, aber die Vorwürfe, es sei nicht durchgedacht... Schau mal, es ist so: Jetzt, wo wir Vorschläge gemacht haben, wo man sparen kann, jetzt kommt – natürlich gestählt durch langjährige Verwaltungserfahrung – der Vorwurf, genau da könne man nicht. Und wenn wir das nicht gemacht hätten, dann käme der Vorwurf – auch häufig zu hören aus der Verwaltung: Ihr müsst natürlich sagen, wo man sparen muss. Das Problem ist (ich glaube, Iris hat das gesagt), dass man viel mehr Zeit haben müsste für einen Budgetprozess und ja, man müsste ihn partnerschaftlich machen. Und dann könnte man diese Diskussionen führen. Der Budgetprozess, so wie er ist, kann nicht zum Ziel führen. Man kann dem Überforderung sagen. Ich würde sogar akzeptieren, wenn man sagt, es sei eine Überforderung im Rahmen des existierenden Budgetprozesses. Es geht einfach nicht. Und genau diesen Budgetprozess muss man anpassen.

Ich finde es nicht hilfreich – obwohl ich Eure Emotionen versteht -, wenn man jetzt einfach mit dem Zweihänder einen Rundumschlag macht und sagt, das seien alles nicht durchgedachte Argumente, Ihr drückt Euch davor. Es ist nicht so, dass man nicht sehr viel Zeit in diese Analyse investiert hätte. Raphael hat es gesagt: Ich glaube, es ist etwa 5 Wochen her, als wir informiert haben über den Weg, den wir gehen wollen. Das ist auch nicht etwas, was man in der Nacht vorher formuliert hat.

Ich glaube, wir müssen ganz grundsätzlich an der Art arbeiten, wie das Parlament zusammen mit dem Stadtrat die Finanzen der Stadt Winterthur steuern will. Aber die Legislaturperiode ist ja auch noch nicht am Ende.

O. Staub (SP): Ich möchte nicht per se als SP-Stadtparlamentarierin etwas sagen, sondern als Mitglied einer Sachkommission. Denn egal, wie man zu dem Budget oder zum Budgetprozess steht: Der Antrag der AK ist ein Affront gegenüber den Mitgliedern der Sachkommissionen, also der BSKK, der UBK, der SBK und der SSK. Denn Ihr sagt mit diesem Antrag nicht nur de facto, dass wir unsere Arbeit nicht richtig gemacht haben, Ihr haut damit auch gleich Arbeit im Wert von ungefähr einer 60% Stelle einfach so in die Tonne.

Ihr müsst kurz bei mir bleiben, ich rechne Euch das kurz vor.

Für ein Kommissionsmitglied, das schon ein bisschen eingearbeitet ist und seine Produktgruppe einigermaßen kennt, schätze ich Pi x Daumen 2.5 Stunden Aufwand, um das Budget der PG durchzukämmen, um es mit den älteren Budgets und Rechnungen zu vergleichen, um Fragen für die Verwaltung vorzubereiten.

Dann haben wir die Budgetvorbesprechungen, dafür würde ich ungefähr 1 Stunde rechnen.

Und dann gibt es nachträglich immer noch Abklärungen, es kommen Fragen von anderen Fraktionen – rechnen wir nochmals ca. 1 Stunde.

Dann bereitet man eine Präsentation vor und verdichtet alle diese Informationen. Das heisst, für die Vorbereitung des Budgetprozesses haben die jeweilig verantwortlichen Referent:innen schon mal plus/minus 7 Stunden.

Und dann geht die Besprechung in der Kommission los. Ich glaube, Ihr würdet mir zustimmen, wenn ich sage, es ist eher konservativ gerechnet, wenn man pro Produktgruppe (inklusive Präsentation und allen Fragen dazu, den Anträgen und den Diskussionen zu den Anträgen) ca. 0.5 Stunden rechnet.

Bei durchschnittlich 8 Kommissionsmitgliedern sind das pro Produktgruppe ca. 4 Stunden.

Dann nehmen wir noch die Besprechung im Parlament dazu, sagen wir da, um es ein bisschen abzukürzen, 0.25 Stunden pro Produktgruppe. Wir sind 60 Leute, also 15 Stunden.

Die Besprechungen in den Fraktionen lasse ich der Einfachheit halber weg. Ich bin nämlich eigentlich gar nicht so eine Mathe-Freundin.

Also, alles zusammengerechnet arbeiten wir pro Produktgruppe im Schnitt ca. 26 Stunden.

Und wenn ich richtig gezählt habe, sind es 49 Produktgruppen, also nach Adam Riese ca. 1'300 Stunden, die wir insgesamt zur Bereinigung dieses Budgets aufwenden. Und zwar nur für uns Parlamentsmitglieder – der Aufwand der Verwaltung ist da noch nicht miteingerechnet.

Mit dem Antrag für diese Pauschalkürzung des Budgets sagt die AK also nicht nur, dass sie uns nicht zutraut, unsere Produktgruppe gründlich und gut zu prüfen; sie sagt auch, dass diese 1'300 Stunden für nichts und wieder nichts geleistet wurden.

Und deshalb, liebe Gspändli in den Sachkommissionen: Ich weiss nicht, wie es Euch geht, aber ich komme mir – auf gut Deutsch gesagt – ein bisschen verarscht vor. Ich möchte Euch deshalb sehr ans Herz legen, dass wir uns nicht von der AK unsere sorgfältige Arbeit und unsere Kompetenz absprechen lassen – und deshalb Nein sagen zu diesem Vorschlaghammer-Antrag.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Als Fraktionspräsident der Grünen/AL habe ich ein bisschen eine spezielle Sichtweise auf dieses Budget. Wir waren als Fraktionspräsidenten wie jedes Jahr am Goldenberg-Gespräch, mit dem ganzen Stadtrat, mit der Parlamentsleitung und sonst noch ein paar Leuten. Es war ein ziemlich grosser Tisch. Der Finanzminister sass nicht gerade so weit weg, wie er jetzt von mir weg sitzt, und er hat relativ leise gesagt, er habe einen Ertragsüberschuss von 10 Millionen budgetiert. Ich musste links und rechts schauen, da sassn Leute, die jetzt eine andere Ansicht zu diesem 7-Milliöner vertreten. Habe ich richtig gehört? Hat meine Tochter vielleicht doch Recht, dass ich ein Hörgerät brauchen würde?

Nach gefühlten 100 Jahren Gejammer der bürgerlichen Parlamentsmehrheit, wir rutschen in den Abgrund; nachdem uns der Stadtrat dauernd weismachen will, wir müssten sparen und sparen – kommt ein Budget mit 10 Millionen Gewinn.

Ich habe das Budget dann einen Tag später, als die Weisung kam, angeschaut und musste feststellen – und ich meine das wirklich im positiven Sinn: Das ist das langweiligste Budget, das ich je gesehen habe. Es ist einfach gut, es ist super, es gibt nichts daran auszusetzen.

Im Grunde genommen hätten wir die heutige Budgetdebatte darauf beschränken können, dass wir uns über den FAP aufregen – stark oder weniger stark - und nachher hätten wir abstimmen können. Punkt. Es gibt nichts daran auszusetzen. Der Stadtrat hat die Arbeit gemacht, die Verwaltung hat die Arbeit gemacht. Und jetzt diskutieren wir, als ginge es um Leben und Tod.

Es scheint offensichtlich in der DNA von Parlamentariern und Parlamentarierinnen zu sein, dass man auch an einem hervorragenden Budget herumschräubeln muss.

Kritisiert wurden die externen Honorare. Ja, die sind tatsächlich gestiegen und sie sind tatsächlich zu hoch. Ich habe einfach das Gefühl, das ist deshalb, weil das interne Personal einfach zu wenig Kapazität und Zeit hat, um diese Aufträge selbst zu erledigen. Wir müssten also mehr Personal einstellen, damit wir diese Kosten senken könnten. Und da wäre ich sofort dabei. Ich wäre sofort dabei, dass wir diese Verantwortung wieder zurück in die Verwaltung holen.

Wenn wir schon schrauben, dann müssen wir meiner Ansicht nach bei diesem Budget nicht nur am Aufwand, sondern auch am Ertrag schrauben. Und damit wäre die Überleitung zum berühmt-berüchtigten Steuererhöhungsantrag schon gemacht. Der kommt dann später.

Stadtrat K. Bopp: Es ist doch einfach schade. Ich habe beim Eintreten aufgezeigt, wie wertvoll die Arbeit der Sachkommissionen ist. Weil sie eben Fehlschlüsse verhindert und echte Zusammenhänge berücksichtigt und diesen Rechnung trägt. Auch in diesem Jahr wurde in den Sachkommissionen gute Arbeit geleistet. Man hat Globalkredite hinterfragt, sich Kürzungsmöglichkeiten ausgedacht, diese zur Diskussion gestellt und entweder beschlossen oder qualifiziert verworfen. Nichts von Intransparenz, Christian Hartmann.

Und jetzt kommt aus einer Kommission, der AK, ein Pauschalantrag von 7 Millionen, der die ganze Arbeit – wie soll ich es diplomatisch sagen? Es wurde heute schon weniger diplomatisch gesagt... - irgendwie ein bisschen entwertet.

Es soll nämlich alles keine Rolle spielen, was diskutiert wurde. Der Stadtrat wird beauftragt, den Sachkommissionen nochmals im Umfang von 7 Millionen reinzufuschen. Sie hören es: Wir finden es vom Ablauf her keine gute Idee.

Dann kommt aber noch das mit der Verantwortung dazu. Wer trägt denn die Verantwortung, wenn daraus wirklich eine Kürzung bei einer Produktegruppe erfolgt? Das müssten ja schon diejenigen sein, die heute den pauschalen Antrag unterstützen. Aber werden sie das? Oder heisst es dann: So war es dann schon nicht gemeint?

Das alles hat damals bestimmt auch mithineingespielt, als das Gemeindegesetz geschrieben wurde, respektive die Kommentare dazu. Der Stadtrat kommt nämlich klar zum Schluss: Dieser Antrag ist nach dem Gemeindegesetz des Kantons Zürich so nicht zulässig. Ob der Stadtrat am Schluss eine Aufsichtsbeschwerde einreichen wird oder ob er sich in der Abwägung mit den potenziellen Konsequenzen, welche auch diese hat, am Schluss dagegen entscheidet – unabhängig davon bleibt es beim Fakt: Der Stadtrat hält diese Kürzung so für unzulässig. Die Begründung mit Quellenangaben liegt der AK vor. Wir sehen darin vor allem eine unzulässige Delegation von Budgetkompetenz an den Stadtrat.

Gestützt auf das empfehlen wir Ihnen heute Abend – und auch zur Wertschätzung Ihrer eigenen Arbeit: Verzichten Sie auf diesen pauschalen Kürzungsantrag. Wir machen auch so schon ein Plus von über 10 Millionen, wenn wir die 1.5 Millionen von den Personalkosten noch dazu rechnen. Verzichten Sie darauf.

Parlamentspräsident F. Helg: Somit sind wir am Ende dieser Beratung und kommen zur Abstimmung.

Antrag A5, AK: Reduktion des Globalkredits um CHF 7'000'000 (Pauschalkürzung).

Abstimmungsergebnis: Der Antrag ist mit 32:22 bei 0 Enthaltungen angenommen.

Damit ist die Produktegruppe Städtische Allgemeynkosten und Erlöse abgeschlossen.

PG Steuern und Finanzausgleich: Diese Produktegruppe wird wie eingangs gesagt am Schluss behandelt, weil es dort auch um diese Steuererhöhung geht. Und diese wollen wir ja am Schluss, in Anbetracht des Ergebnisses, behandeln. Somit ist das Departement Finanzen durchberaten.

Departement Bau und Mobilität

PG Tiefbau: Da gibt es ausschliesslich Kommissionsanträge der SBK. Einerseits Antrag 8 und 9, die sich auf den Globalkredit beziehen. Diese werden von Andreas Geering vorgestellt. Die weiteren Anträge 10 – 15 werden durch Julius Praetorius vorgestellt. Ich bitte zuerst Andreas Geering und nachher Julius Praetorius, diese Anträge vorzustellen. Wir werden sie gemeinsam diskutieren und nachher getrennt darüber abstimmen.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Gemäss Ankündigung per Mail stellt alle Kommissionsanträge Julius Praetorius vor, in Vertretung von Katharina Frei-Glowatz.

J. Praetorius (SBK): Antrag A8: Beim 1. Antrag der SBK geht es um eine Erhöhung des Globalkredits um 100'000 Franken. Die Begründung dafür ist die Schaffung einer neuen Stelle für Nachhaltige Mobilität. Der Antrag wurde in der Kommission mit 5:4 angenommen. Es handelt sich dabei um eine pro rata-Stelle für 2025; die Fachstelle würde im Jahr 2025 erst zum Teil budgetwirksam sein, da sie auch erst in diesem Jahr geschaffen würde. Die Fachstelle Nachhaltige Mobilität soll im Departement Bau und Mobilität geschaffen werden und sich unter anderem Aufgaben widmen wie Mobilitätsentwicklung & -management, Innovationsprojekte und Sensibilisierung. Manche Aufgaben dieser Fachstelle wurden bis anhin im Departement Sicherheit und Umwelt getätigt. In einer Bedarfsanalyse wurde jedoch erläutert, dass in der Stadtverwaltung Winterthur ein Defizit bei der Umsetzung der neuen Mobilitätsaufgaben hat, das nicht über bestehende Ressourcen und Planstellen wahrgenommen werden kann. Deshalb braucht es für die Umsetzung und Positionierung der neuen Mobilitätsaufgaben eine zusätzliche Fachstelle. Die Kommission hat deshalb beschlossen, diesem Aufbau zuzustimmen, mit einer 5:4-Mehrheit.

Antrag A9, ebenfalls ein Antrag aus der SBK: Es geht um die Reduktion des Globalkredits um 150'000 Franken. Die Begründung hier ist, dass geplante Projekte, die sich zurzeit noch in der Erfolgsrechnung befinden, zurückzustellen und zu priorisieren sind. Dieser Antrag wurde in der Kommission ebenfalls mit einer Mehrheit von 5:4 angenommen.

Antrag A10, ebenfalls ein SBK-Antrag: Das Programm 2025 soll um 800'000 Franken auf 0 gekürzt werden. Das wurde in der Kommission ebenfalls mit einer Mehrheit von 5:4 angenommen. Einerseits sollen Verfahrensprozesse eingehalten werden und die Ansichten dort eingebracht werden, damit die Wichtigkeit des Projekts einschätzbar wird und keine Projekte verfrüht – ohne Wissen darüber – als unnötig bezeichnet werden. Argumentiert wurde v.a. in Bezug auf die Verfahrensprozesse. Und die Essenz der Kommissionsdiskussion: Es wurde auf die Verfahrensprozesse verwiesen, die zu diesem Zeitpunkt bereits gelaufen sind, und man deshalb nichts mehr machen kann. Das war auch das Argumentarium, weshalb sich die 5:4-Mehrheit ergeben hat.

Die Anträge A11-A15 fasse ich zusammen. Es geht um Ausführungskredite, die als «nicht gebunden» deklariert werden sollen, da sie einen Teil der Neugestaltung beinhalten. Dieser ist jeweils nicht gebunden. Da keine Aufteilung erfolgt ist, soll der Kredit mit # dargestellt werden. Es ist eine generelle Grundsatzdebatte und soll zu einer Grundsatz-Entscheidung führen, wie man mit diesen Zeichen in Zukunft umgehen will.

Parlamentspräsident F. Helg: Danke. Damit sind alle Anträge vorgestellt und wir können jetzt in die Debatte einsteigen. Zuerst spricht Philipp Angele (SVP).

Ph. Angele (SVP): Ich versuche es kurz zu machen, ohne grosse epische Formulierungen. Wir sind der Meinung, dass die Stadtverwaltung bereits ausreichend die Rolle der nachhaltigen Mobilität beherrscht und die Kompetenz vorhanden ist. Ihr vorhandenes Knowhow hat sie auch dargelegt im Kommunalen Richtplan, dort muss das eingeflossen sein, sonst kann man dieses Werk gar nicht erstellen. Und von daher sehen wir die Sinnhaftigkeit des zusätzlichen Aufbaus einer solchen Stelle nicht gegeben. Aus diesem Grund lehnen wir den Antrag ab.

R. Heuberger (FDP): Die beiden Anträge A8 und A9 zeigen eigentlich eindrücklich, wie schwierig es ist, mit Globalkrediten zu steuern. Ehrlich gesagt machen die beiden Anträge nicht sehr viel Sinn, weil der eine eine Stelle schaffen und der andere eine Stelle streichen will. Und wie wir vom Stadtrat wissen, sagt er so oder so, wie er seinen Stellenplan einsetzt. Er hat schon diverse Stellen geschaffen, die wir so nie genehmigt haben, weil er andere Stellen nicht geschaffen hat. Also zeigt es eigentlich eindrücklich, dass wir gar nicht darüber diskutieren können, ob wir genau diese Stellen wirklich schaffen oder nicht. Aber im Tiefbau haben wir fast jedes Jahr solche gegensätzlichen Anträge und deshalb ist es wie nichts Neues. Wir haben im Tiefbau zwischen 2019 und 2024 fast 15% mehr Stellen aufgebaut. Tatsächlich gebaut und saniert haben wir in den letzten Jahren neben dem Grossbau Querung Grüze und einigen Velowegen so wenige Strassen wie noch selten, da viele Projekte aus unterschiedlichen Gründen blockiert sind. Es hat aus unserer Sicht mit der richtigen Prioritätensetzung genügend Luft bei den Stellen im Tiefbau und deshalb wird die FDP dem Antrag A9 betreffend Reduktion des Globalkredits um 150'000 Franken zustimmen.

Bezüglich nachhaltiger Mobilität ist es ja nicht so, dass dieses Thema nicht heute schon mit Nachdruck durch den Stadtrat verfolgt würde. Stichworte sind 5-Minuten-Stadt im Richtplan, Philipp hat es gesagt; flächendeckender Abbau von Parkplätzen; mehr oder weniger flächendeckende Einführung von Tempo-30; Tropfenzähler und Lichtsignalanlagen am Stadtrand etc. Aus unserer Sicht ist das jetzt schon einiges mehr, als uns eigentlich lieb ist. Die FDP-Fraktion lehnt deshalb den Antrag A8 betreffend Erhöhung des Globalkredits um 100'000 Franken ab und unterstützt wie gesagt die Reduktion um 150'000 Franken im Antrag A9. Zum Votum zum Antrag 10, Untere Vogelsangstrasse: Die FDP ist überzeugt, dass es an dieser Stelle keinen Bedarf für eine Neugestaltung des Strassenraums gibt. Von gefährlichen Situationen oder Unfällen an dieser Stelle haben wir bisher nichts gehört. Im Gegenteil, die Situation würde sich aus unserer Sicht verschlimmern. Betrachtet man die Fakten, so hat es dort viel mehr Velofahrer als Fussgänger. Wenn man bei der Planung von solchen Projekten diese Fakten einmal erheben würde, wäre vielleicht auch die Stadt auf die Idee gekommen, dass es dort diese Umgestaltung in dieser Form nicht braucht. Und für die beachtliche Zahl von Velofahrenden würde die Situation mit den geplanten Trottoirüberfahrten sicher nicht besser, eher deutlich gefährlicher als bisher. Dass es die Trottoirüberfahrten nicht braucht, zeigt auch die Tatsache, dass es in der 1. Auflage nach § 13 diese gar nicht drin hatte. Ja, es wurde schon oft gesagt heute: Wir müssen Prioritäten setzen. Und ja, genau an solchen Orten wie da müssen wir Prioritäten setzen. Es sind unnötige Investitionen, es ist ein Projekt, das es nicht braucht – und deshalb unterstützen wir den Antrag zur Streichung des Programms um 800'000 Franken.

Und die Voten zu A11 – A15 fasse ich auch zusammen: Das Verwaltungsgericht hat im Urteil zum Projekt Neugestaltung Frauenfelderstrasse vom Januar 2023 festgehalten, dass bei sämtlichen Investitionskrediten gebundene und nicht gebundene Ausgaben getrennt ausgewiesen werden müssen. In der Investitionsplanung steht beim Projekt 5007460 Schaffhauserstrasse/Lindspitz wieder der Begriff «Neugestaltung» - und trotzdem sind alle Kosten im Gesamtkredit wieder als gebunden ausgewiesen. Das dürfte nicht sein gemäss dem Gerichtsentscheid; es entspricht nicht dem, was vorgegeben ist. Deshalb haben wir die Anträge A11 bis A15 exemplarisch dafür gewählt, dass eine Diskussion über die Deklaration von gebundenen und nicht gebundenen Ausgaben auch im Budgetprozess stattfinden muss. Mit der notwendigen, im kommenden Jahr folgenden Diskussion über die Darstellung dieser Kredite möchten wir sicherstellen, dass das Parlament und damit auch die Bevölkerung nicht im Vornherein aus der Diskussion um Strassenprojekte grundsätzlich ausgeschlossen ist. Es

braucht das Miteinander, das auf fundierten finanzrechtlichen Abklärungen beruht – und daran arbeiten wir. Diese Anträge sind ein erster Schritt in die richtige Richtung. Und deshalb unterstützen wir alle 6 Anträge. Vielen Dank.

J. Praetorius (Grüne/AL): Wir als Fraktion Grüne/AL sind für die Schaffung einer neuen Fachstelle für nachhaltige Mobilität. Diese neue Fachstelle trägt nämlich nicht nur zu einer stärkeren Förderung der nachhaltigen Mobilität bei, sondern erhöht auch die organisatorische Effizienz innerhalb der Verwaltung (das wurde heute auch schon genannt mit diesen Honoraren) und mit einem expliziten Management der Schnittstellen. Gleichzeitig dürften sich eben Entlastungen beim Einkauf von Drittleistungen ergeben, wenn eine explizite Ansprechperson innerhalb der Verwaltung Aufgaben selbst erledigen kann. Ich bin überzeugt und meine Fraktion ist überzeugt, dass wir mit diesem Vorgehen auch im finanziellen Aspekt nachhaltig und verantwortungsbewusst entscheiden.

Jetzt zu den Fakten und Zahlen, die ein bisschen erdrückend sind: Mit über 40% der städtischen Treibhausgas-Emissionen drückt der rollende Verkehr hinsichtlich des Erreichens der Winterthurer Klimaziele wirklich stark auf die Bremse. Schon im letzten Jahr wurde bei diesem Thema auf den Städtevergleich verwiesen, welcher Winterthur in keinem guten Licht dastehen lässt. Das kann man drehen und wenden wie man will, es ist einfach so. Gerade letzten Freitag erschien eine Medienmitteilung des Departement Sicherheit & Umwelt über die Umsetzung des Klimaplanes. Während es in einigen Bereichen auch wirklich vorangeht, harzt es bei der Umsetzung in der Mobilität einfach noch immer. So reichen die bisherigen Massnahmen im Mobilitätssektor immer noch nicht aus, die Netto Null-Ziele zu erreichen. Politik und Verwaltung seien auch laut diesem Bericht gefordert, weitere Massnahmen umzusetzen, damit die Treibhausgas-Emissionen rasch sinken. Noch entwickelt sich aber der Modal-Split nicht in die gewünschte Richtung – Winterthur bleibt nach wie vor eine Autostadt. Und das, obwohl die Stadt Winterthur in 15 Jahren klimaneutral sein möchte; die Stadtverwaltung sogar in 10 Jahren. Wir wissen alle, und Ihr wahrscheinlich noch besser als ich, der ich ja noch relativ neu bin, dass eine solche Veränderung wirklich langatmig sein kann. Wir wissen auch, dass spätestens gestern damit hätte begonnen werden sollen, eine Trendwende einzuläuten. Im Anbetracht des Zeitdrucks ist es höchste Zeit, dass wir dem aus der Bedarfsanalyse hervorgehenden Defizit bei der Umsetzung der neuen Mobilitätsaufgaben, das klar ersichtlich ist, mit einem authentischen Handlungswillen entgegenreten.

Nicht zuletzt nach dem kürzlichen Scheitern der national wahnsinnig gewordenen Autobahnausbaufantasien ist der Wille des Volkes immer noch da und er gibt uns Rückenwind, endlich einen Richtungswechsel in unserem Verkehrsdesign anzustossen, sinnbildlich auch hier bei uns mit der Schaffung dieser Fachstelle für nachhaltige Mobilität. Immerhin war es auch in Winterthur so, dass 2/3 der Stimmbevölkerung gegen dieses «Weiter so» in der Verkehrspolitik war. Ich danke euch und freue mich über alle erkenntnisbereiten Unterstützungen!

Noch zum Antrag A9: Im Juni gab es eine Abstimmung, bei der die zwei Gegenvorschläge zu den Stadtklima-Initiativen angenommen wurden. Wenn man Projekte noch nach hinten schieben muss, dann ist es möglicherweise nicht möglich, die Stadtklima-Initiativen auch noch umzusetzen. Und sorry, das war ein Volksentscheid. Und damit für uns einfach nicht vereinbar. Wir werden das nicht unterstützen.

Zum Antrag A10: Bei den Strassenprojekten gibt es ein Verfahren, das man durchführen muss. Ein laufendes Projekt zu kippen, das noch gar nicht in der SBK besprochen wurde, erachten wir auch nicht als richtig. Eine Klärung im Budget ist einfach der falsche Weg. Daher lehnt die Fraktion Grüne/AL den Antrag ab.

Zu A11 - A15 zusammengefasst: Die Fraktion Grüne/AL spricht sich gegen das Vorhaben aus. Wir können es getrost ablehnen, da wir wissen, dass jedes Projekt gebundene und nicht gebundene Teile beinhaltet. Das wird auch erst beim Projekt festgelegt. Der Antrag versucht, das zu übersteuern. Ausserdem sehen wir, dass die Wahl des #-Zeichens einfach formell ein Fehler ist, da nicht ersichtlich ist, ob die Kompetenz beim Stadtrat, beim Parlament oder beim Volk liegt. Man müsste eigentlich vielmehr die Debatte darüber führen oder fokussiert darauf führen, ein neues Zeichen zu kreieren, welches die Zuständigkeit über den ungebundene

Kosten klar regelt. Das Anliegen wurde letztes Jahr schon erwähnt und uns ist nicht ersichtlich, wieso das nicht aufgegriffen wurde. Besten Dank.

B. Zäch (SP): Ich spreche zu den Anträgen A8 – A10, und zwar separat, da es verschiedene Argumentationen sind.

Der Bedarf, die Massnahmen im Bereich der nachhaltigen Mobilität im Rahmen einer Fachstelle zu bündeln (und eben nicht in Massnahmen, Philipp Angele und Romana Heuberger), in dieser Fachstelle zu koordinieren und zu kommunizieren, ist als Massnahme im Entwurf des kommunalen Richtplans verankert. Schon das zeigt den Stellenwert des Themas.

Für die lokale Verkehrspolitik, aber seit der Annahme der Gegenvorschläge zu den Stadtklima-Initiativen auch für die Klimapolitik, ist eine Veränderung des Modalsplits, das heisst eine Verschiebung der Anteile des motorisierten Individualverkehrs hin zum öffentlichen und Langsamverkehr absolut notwendig – übrigens (ich sage das nicht zum 1. Mal) nicht zuletzt, um dem Gewerbeverkehr Vorrang zu geben, denn der Ein-Personen-Verkehr in Autos ist das eigentliche Hindernis für ein freies Fliessen des Gewerbeverkehrs, und nicht die Fussgänger oder Velos.

Diese Veränderung des Modalsplits ist einer der wichtigsten Hebel. Wir unterstützen deshalb den Antrag auf Erhöhung des Globalbudgets um 100'000 Franken, um diese Stelle zu schaffen (pro rata). Es ist sehr erfreulich, dass sich gegenüber der letzten Budgetdebatte, als der Antrag nur wegen Absenzen am erhöhten Quorum scheiterte, die Unterstützung jetzt nochmals verbreitert hat; die EVP, so darf man das Votum von Alex Würzer aus der Budgetdebatte vom letzten Jahr paraphrasieren, ist jetzt auch mobil nachhaltig.

Zum Antrag A9: Die SP-Fraktion lehnt den Antrag ab. Es geht nicht, dass man in der Erfolgsrechnung einfach Pauschalsummen kürzt, ohne zu sagen, wo. Kürzungen müssen mindestens Produktgruppen, bei Investitionen Projekten, zuweisbar sein. Bei diesem Antrag sind keine konkreten Projekte genannt. Der Gerechtigkeit halber füge ich hinzu, dass in der Beratung der SBK solche Projekte genannt wurden. Ich nenne sie aber jetzt natürlich hier nicht, damit ich nicht irgendwo wegen «Kommissionsgeheimnis» belangt werde.

Generell kann man aber sagen, dass die meisten der im Budget enthaltenen Projekte des Tiefbaus explizit grössere Teile enthalten, die zu den Umsetzungsmassnahmen der Gegenvorschläge zu den Stadtklima-Initiativen gehören, die im Juni (ich erinnere daran) durch die Stimmbewölkerung in Winterthur angenommen wurden. Und da muss ich halt die bürgerliche Seite und auch die Mitte schon daran erinnern: Das sind Volksentscheide! Ihr unterläuft mit solchen Anträgen die Umsetzung dieser Entscheide. Und das wird Euch früher oder später möglicherweise ins Gesicht fliegen.

Zum Antrag A10: Die SP-Fraktion lehnt auch diesen Antrag ab. Er ist aus der Kritik an einem Element des Projekts Vogelsangstrasse erwachsen, und zwar bevor noch eine Weisung vorliegt, mit der man sich in der SBK inhaltlich beschäftigen kann - und auch muss. Das ist unser Job in der Sachkommission. Auch das geht nicht. Man kann nicht Projekte politisch abschießen, bevor man sich inhaltlich überhaupt in der Sachkommission damit beschäftigt hat.

Ich kann das nur als einen Ausdruck einer gewissen Überforderung von Kommissionsmitgliedern verstehen, die sich nicht mehr zutrauen, eine Sachvorlage fachlich zu behandeln.

Wir lehnen diesen Antrag wie gesagt ab.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Ich spreche zu verschiedenen Anträgen.

Zuerst zu A8, der Erhöhung um 100'000 Franken für eine Fachstelle nachhaltige Mobilität. Julius hat sich nochmals zurückbezogen auf den Entscheid der Volksabstimmung betreffend Autobahn. Und ja, Du hast Dich gefreut. Ich hoffe einfach, dieser Entscheid wird uns in Winterthur nicht auf die Füsse fallen, wenn es darum geht, dass wir eine Überdachung und Stadtreparatur in Töss wollen, wo es dann vielleicht heisst: Nein, sorry, die Autobahnen fassen wir nicht mehr an – und man wird kein Töss bekommen. Wir hoffen, dass wir das dort dann nochmals anschauen können. Im Moment sehe ich dort nicht wirklich die Ampel auf Grün, gerade auch nach einem solchen Votum.

Diese Fachstelle Mobilität, um was geht es da? Ich hatte das Gefühl, als wir das in der Sachkommission besprochen haben, war es nicht allen Kommissionsmitgliedern bewusst, um was es gehen soll - obwohl wir im Jahr 2023 in der Kommission über diese Fachstelle informiert wurden; obwohl im 2023 eine Medieninformation vom Departement verschickt wurde, was diese Fachstelle machen solle; obwohl wir hätten wissen können, um was es geht. Nur: Es ist halt mehr als ein Jahr vorbei und es sind mehr als drei Tropfen Wasser die Eulach hinuntergeflossen.

Ich gebe inhaltlich Benedikt Recht, was die Aufgaben dieser Fachstelle sind. Ja, diese Aufgaben gibt es wirklich, diese müssen wahrgenommen werden. Nur ist es so, dass der Stadtrat 2023 auf das Budget 2024 beschlossen hat, diese Fachstelle können wir uns in Anbetracht der finanziellen Situation nicht leisten. Der Stadtrat hat diese Fachstelle selbst wieder zum Budget 2024 herausgenommen. Ihr habt den Antrag dann dort gestellt, er wurde vom Parlament abgelehnt. Der Stadtrat hat diese Fachstelle mit dem Budget 2025 nicht gebracht, er fand, die wichtigen Aufgaben könne man anders wahrnehmen und hat das den Departementen zugeordnet. Ihr stellt den Antrag wieder. Ich habe eigentlich gehofft, man könne sich auf die Weisheit der Beschlüsse von Stadtrat von zwei Budgets und des Parlaments von einem Budget berufen. Jetzt stimmen wir heute aber nochmals ab. Wir werden diesen Antrag ablehnen, weil uns nicht nur eine nachhaltige Mobilität wichtig ist, sondern auch nachhaltige Stadtfinanzen.

Dann der Antrag A9, Reduktion um 150'000 Franken bei den Sachkosten. Das ist richtig, in der Kommission wurde gesagt, um welche Projekte es dann gehen könnte. Ich lasse die Katze jetzt doch noch zum Sack heraushüpfen, Benedikt. In der Kommission wurde dieser Antrag ein bisschen ausführlicher begründet. Es geht bei diesen 150'000 Franken nicht einfach um Sachkosten, sondern es geht um die Sachkosten, die budgetiert sind für Investitionen, die noch nicht in der Investitionsrechnung sind, sondern noch in der Erfolgsrechnung, weil noch keine Projektierungskredite gesprochen sind, sondern diese Projektierungskredite noch in der Ausarbeitung sind. Für solche, sogenannte Investitionsprojekte in der Erfolgsrechnung, sind 1.385 Millionen eingestellt im Budget 2025. Der Antrag der Stadtbaukommission möchte von diesen 1.385 Millionen 150'000 Franken herausstreichen. Das ist doch wahrlich ein kleiner Anteil davon. Es sind damit nicht alle Projekte herausgestrichen, wir haben gesagt, die Stadt solle priorisieren, welche sie 2025 weitertreiben möchte in welchem Tempo und welche eine Verzögerung zulassen. Es sind doch einige Projekte aufgelistet im Budgetbuch A, es ist ziemlich voluminös. Wir haben in der Sachkommission vier Beispiele erwähnt (das ist z.B. Städtebauliche Studie Wülflingerstrasse/Lindenplatz (eingestellt mit 75'000 Franken), Betriebs- und Gestaltungskonzept Kanzleistrasse (eingestellt mit 100'000 Franken), Betriebs- und Gestaltungskonzept Dättnauerstrasse (eingestellt mit 100'000 Franken) und Betriebs- und Gestaltungskonzept Geiselweidstrasse (20'000 Franken)).

Wir sagten, der Stadtrat entscheidet selbst, ob er bei diesen Projekten streicht oder ob er bei anderen Projekten streicht. Wir sagten: 150'000 Franken herausstreichen. Mit 1.5 Projekten hätte man das – oder halt anteilmässig mehrere Projekte langsamer vorantreiben.

Wenn man diese Betriebs- und Gestaltungskonzepte anschaut, dann haben wir viele fertige Betriebs- und Gestaltungskonzepte, wo es einen Stau hat, wo es nicht weitergeht. Da würden wir es zielführend finden, wenn man zuerst dort, wo man diese Konzepte hat, in die Umsetzung geht. Wenn man zu wenig Ressourcen hat, um die Umsetzung voranzutreiben und die Planung weiterer Konzepte, dann müsste man jetzt zuerst anhand der bereits geplanten Betriebs- und Gestaltungskonzepte mit dem, was man hat, in die Umsetzung, damit wir mindestens einmal die Projektierungskredite erhalten würden.

Zum Antrag A10: Da geht es um die Investitionsrechnung, die Kürzung von 800'000 Franken beim Projekt Vogelsangstrasse. Da schliesse ich mich Romana vollumfänglich an.

Die Anträge A11 bis A15, die Änderung des Bewilligungsorgan: Da schliessen wir uns auch an. Ich möchte dazu nur ganz kurz etwas sagen: Ich habe ja letztes Jahr nicht einen Antrag gestellt zu dieser Sache, aber ein Votum gehalten, in dem ich gesagt habe, dass wir die Ansicht nicht teilen, dass Projekte in der Investitionsrechnung als gebunden drin sind, wenn es eigentlich schon klar ist, dass mindestens ein Anteil davon als nicht gebunden vorgesehen

sein müsste. Zum Beispiel, wenn man eine Strasse hat, bei der man einen Teil saniert, aber einen Teil neu gestaltet – dann ist ein Teil gebunden und ein Teil nicht gebunden. Wie viel gebunden ist und wie viel nicht gebunden ist, das wird der Stadtrat errechnen und ausweisen, wenn er den Projektierungskredit vorlegt. Zurzeit ist das bei diesen Projekten, die in der Investitionsrechnung drin sind, bei den meisten noch nicht ausgewiesen, weil diese Projektierungskredite noch nicht vorliegen. Viele (nicht nur im Tiefbauamt, sondern in verschiedenen Ämtern, im Tief- und im Hochbau) sind zurzeit als gebunden drin und es wurde uns vom Stadtrat schon vor einem Jahr versichert, dass wenn er diese Projektierungskredite bringt, das aufgeschlüsselt und ausgewiesen wird. Wir haben das damals so zur Kenntnis genommen und akzeptiert.

Wir haben jetzt die Situation, dass wir bei diesen Tiefbauprojekten von einer Sachkommission den Antrag haben, dies zu ändern – und wahrscheinlich nächste Woche auch bei den Werken von Stefan. Bei allen anderen bleibt es, wie es ist. Und das ist an und für sich unbefriedigend. Wir haben in der Sachkommission auch gesagt (wir haben es als Pendeuz aufgenommen) – ich glaube, ich kann das sagen, ohne das Kommissionsgeheimnis zu ritzen -, dass wir das grundsätzlich anschauen möchten in der Stadtbaukommission. Dass wir grundsätzlich eine Auslegeordnung haben möchten über alle Departemente, wie man mit diesen Organen umgeht, sprich mit diesen Zeichen, wer das Bewilligungsorgan ist in künftigen Budgetbüchern. Und da erwarte ich wirklich, dass man da einen neuen Operationsmodus finden kann. Und von daher fanden wir oder ich, diese Anträge bräuchte es heute eigentlich nicht. Jetzt stehen diese Anträge aber so und wir unterstützen sie.

M. Nater (GLP): Vielleicht noch kurz zur Beruhigung: Ich fühle mich wohl in der SBK, trotz des Antrages der AK. Und ich gehe davon aus, dass das den meisten in der SBK auch so geht. Und dann doch noch eine Bemerkung: Wenn ich den Aufwand von 26 Stunden pro Mitglied in den Kommissionen sehe, wie Oliva Staub aufgezeigt hat, was ungefähr hinkommt, dann kommen gerade von linker Seite eher wenig Anträge. Also von daher sieht man dort auch ein bisschen von der Effizienz her oder von der Tiefe her, in der man etwas anschaut. Wir in der SBK haben scheinbar den Job auch gemacht, weil wir hier nun die Anträge haben von A8 – A15, die wir jetzt gleichzeitig anschauen dürfen.

Zum Antrag A8, zur Mobilitätsstelle: Die Stadt Winterthur braucht einen effizienten CO₂-armen Verkehr. Bei dieser Stelle sehen wir von der GLP aber auch längerfristig Kostenersparnisse, wenn die Effizienz in der Planung für die Mobilität durch eine Gesamtsicht verbessert wird. Da könnte man dann auch externe Beratungen einsparen.

Für diese Stelle sprechen drei Gründe: 1. Wir haben dieses letztes Jahr schon zugesagt, wie Benedikt das richtig gesagt hat, die GLP steht da für Kontinuität. Und wie wir auch schon letztes Jahr klargemacht haben: Es braucht eine Mobilitätsstelle, um den gesamten Verkehr aus einer Gesamtsicht anzuschauen.

2. Um Netto Null zu erreichen, müssen wir zwingend den Verkehr anschauen. Gerade beim Verkehr sind die Fortschritte bei der Reduktion der CO₂-Emissionen gering. Das heisst auch, dass wir kurze Wege und schnelle Wege für die Bevölkerung sicherstellen müssen. Die Lösung heisst, den öffentlichen Verkehr und den Langsamverkehr auszubauen. Dies umso mehr, da ein Ausbau der Autobahnen vom Volk abgelehnt worden ist.

3. Es geht nicht darum Verkehrsträger gegeneinander auszuspielen, sondern es geht darum, die verschiedenen Verkehrsträger effizient miteinander zu kombinieren. Dies umso mehr, da der Strassenraum sicher nicht grösser wird. Daher soll die Effizienz des Verkehrs auf der Strasse erhöht werden und da sind halt Langsamverkehr und grosse Transportgefässe ideal. Von daher stimmt die GLP der Erhöhung des Globalkredits um 100'000 Franken für diese Mobilitätsstelle zu.

Zum Antrag A9, Reduktion Globalkredit um 150'000 Franken. Da schliessen wir uns der Mitte an und stimmen diesem Kommissionsantrag auch zu.

Beim Antrag A10, Untere Vogelsangstrasse: Da haben wir genau das, wo wir immer mal wieder ein bisschen Mühe haben. Gemäss Aussage von Benedikt ist eine Pauschalkürzung nicht

der ideale Weg, um etwas zu machen. Und wenn wir in die Tiefe gehen und wirklich Detaildiskussionen führen wollen, ist das halt auch nicht der richtige Weg, dann müsste man wieder warten. Von daher gehe ich jetzt aber trotzdem noch in die Tiefe.

Wenn über eine Einfahrt bei der Salzhausstrasse ein Trottoir gelegt werden soll, dann müssen schon gute Gründe vorhanden sein, hier viel Geld auszugeben. Es wird von der Stadt mit der Sicherheit argumentiert, gleichzeitig wird jedoch ein Hindernis für Velofahrer gebaut, welche die Mehrheit der Nutzer in diesem Abschnitt sind.

Wir von der GLP wollen den Langsamverkehr fördern. Es soll jedoch nicht eine Situation für den Fussverkehr angepasst werden und gleichzeitig die Situation für den Veloverkehr verschlechtert werden. Genau hier können wir z.B. auch eine Mobilitätsstelle brauchen, um diese Gesamtsicht einzufordern.

Da dieses Projekt verspätet ist, kann der Betrag für 2025 gestrichen werden, da dieser 2025 sowieso nicht zur Umsetzung kommt. Aber dieser Stopp ist eine Möglichkeit, das Projekt noch einmal zu überdenken.

Zur Gebundenheit: Die GLP stimmt diesen Kommissionsanträgen zu, da gerade bei den Strassenprojekten die Kommission wie auch die Bevölkerung die Möglichkeit haben soll, mitzubestimmen. Wir stimmen allen 6 aufgeführten Kommissionsanträgen zu.

A. Würzer (EVP): Zum Schluss also noch der mobile Nachhaltige oder hoffentlich eher nachhaltig Mobile. Ich nutze meine Mobilität gleich, um einmal von hinten anzufangen.

Zuerst zu den Anträgen A11 bis A15: Ich fasse unser Abstimmungsverhalten für die folgenden fünf Anträge zusammen. Wir werden überall zustimmen, da es sich aus unserer Sicht lediglich um Präzisierungen handelt, welche Ausgaben gebunden resp. nicht gebunden sind. Der Rest wurde da schon gesagt.

Dann zum Antrag A10, Reduktion Programm 2025 um 800'000 Franken für die Vogelsangstrasse. Für uns ist dies grundsätzlich das falsche Mittel und der falsche Weg, um projektspezifisch jetzt da noch einzugreifen. Dafür gibt es die ordentlichen Verfahren. Auch wir sind nicht glücklich über die Rolle der SBK, die Strassenbauprojekte teilweise mehr oder weniger einfach noch zur Kenntnis nehmen kann. Aber das ist eine grundsätzliche Frage, die wir (denke ich) einmal angehen müssten, und das jetzt nicht anhand teilweise umstrittenen Trottoirüberfahrten ausschachten sollten. Wir stimmen diesem Antrag deshalb nicht zu.

Zum Antrag A9, Reduktion Globalkredit um 150'000 Franken. Wir sind gegen diese Kürzung. Die in diesem Jahr angenommenen Stadtklima-Initiativen sind ambitioniert und erfordern viele Eingriffe in Strassenbauprojekte. Diese wollen wir keinesfalls aufhalten, insbesondere dann nicht, wenn der Stadtrat der Meinung ist, diese seien auch innerhalb des Budgets umsetzbar. Eine entsprechende Salami-Taktik, wie in diesem Antrag gefordert, lehnen wir deshalb ab. Für uns als EVP-Fraktion gehen die Projekte der Stadt insgesamt in eine sehr erfreuliche Richtung. Wir trauern auch nicht, wie vielleicht einige hier im Saal, den Parkplätzen auf dem Neumarkt nach. Auch Autos, die jetzt nicht mehr die Stadthausstrasse entlangfahren, vermischen wir in diese Sinne nicht. Und wir werden deshalb dem Antrag auf Reduktion des Globalkredits nicht zustimmen.

Zum Antrag A8: Mein geschätzter Kommissionskollege Benedikt Zäch hat die Katze schon aus dem Sack gelassen und die ganze Spannung herausgenommen. Es hätte ja auch sein können, dass die SVP geteilt abstimmt in dieser Frage. Aber wir sind tatsächlich zum Schluss gekommen, dass wir dem Antrag dieses Jahr zustimmen werden. Die Zahlen sprechen ein klares Bild: Wir haben zu viel MIV-Binnenverkehr. Das war uns – ehrlich gesagt – auch letztes Jahr schon bewusst. Und wir sprechen hier bewusst aber nicht (Benedikt hat das auch schon gesagt) über all diese Menschen, die zwingend auf ein eigenes Fahrzeug angewiesen sind - beruflich. Für die EVP ist klar: Unsere Zustimmung zu dieser Fachstelle ist einerseits ein klares Bekenntnis zum Ziel, den MIV-Binnenverkehr effizienter und nachhaltiger auf den ÖV oder das Velo umzulenken, und andererseits ein Bekenntnis zu all jenen, die beruflich auf ein Auto angewiesen sind. Von weniger Verkehrsaufkommen profitiert letztendlich vor allem auch das lokale Gewerbe. Der künftigen Fachstelle, sollte sie denn durchkommen (und so sehen die Zeichen jetzt aktuell tatsächlich aus, wenn es dann reicht mit dem erhöhten Quorum

und den Abwesenheiten), muss es gelingen, diese Botschaft beim Gewerbe und den entsprechenden Verbänden platzieren und vermitteln zu können. Es ist uns auch bewusst, dass die Frage, die wir da besprechen, ideologisch sehr stark aufgeladen ist. Aber ich denke, die potenziell grossen Vorteile der Modalsplit-Ziele der Stadt kommen letztendlich uns allen zugute – und das muss diese Fachstelle Nachhaltige Mobilität entsprechend so überbringen können. Der Stadtrat geht gemäss Stadtratsbeschluss vom 01.03.2023, wir haben das heute schon gehört, ja auch davon aus, dass eine solche Fachstelle Einsparungen beim Einkauf von Drittkosten bewirken würde. Und das ist natürlich aus unserer Sicht ebenfalls erfreulich und wir freuen uns darauf, das dann hoffentlich auch zu sehen.

Wir stimmen dieser Erhöhung des Globalkredits um 100'000 Franken zu. Vielen Dank.

S. Gfeller (SP): Ich spreche noch zu den Anträgen A11 – A15 aus unserer Sicht. Jetzt kurzfristig eine Aufteilung in einen gebundenen und einen noch nicht bewilligten Teil zu machen, stösst bei uns auf Bedenken. Die Differenzierung zwischen gebundenen und noch nicht bewilligten Ausgaben ist wichtig, um Transparenz zu schaffen und sicherzustellen, dass die finanziellen Mittel entsprechend dem Bedarf zugewiesen werden.

Eine generelle Anpassung von der Kategorisierung kann die Praxis in sämtlichen Departementen beeinflussen, ohne dass wirklich auf die spezifischen Gegebenheiten geachtet wurde. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab und schlagen stattdessen vor (wie auch schon gesagt wurde), dass die SBK zusammen mit der AK für das Budget 2026 eine übergreifende Regelung diskutiert, die für alle städtischen Departemente als Orientierung dient, und die Praxis departementsübergreifend vereinheitlicht.

Wir lehnen die Anträge deshalb ab.

R. Heuberger (FDP): Ich möchte nur eine Replik machen zu dem, was Benedikt sagte. Und zuerst noch ganz kurz etwas zu dem, was Selim sagte.

Das Problem ist, wenn man diese Kredite als gebunden im Buch stehen lässt, dann ist de facto eigentlich das Parlament ausgeschlossen. Wenn man aber hingeht und einen # macht, dann wird nachher der Stadtrat sehr genau rechnen, welchen Teil dieser Vorlage gebunden ist und welcher Teil durch das Parlament oder gar durch die Bevölkerung bewilligt werden muss. Und deshalb sind wir der Meinung, dass die Änderung von gebunden zu #, dass es eben noch offen ist, der richtige Weg ist. Und ich habe es schon in meinem Votum gesagt: Es soll exemplarisch sein; an diesen Strassen, von denen wir wissen, dass sie Neubau- oder Umbaucharakter haben. Und ich habe auch gesagt, dass wir das in der Kommission diskutieren müssen, auch mit dem Finanzamt, wie wir in Zukunft damit umgehen sollen. Und ich glaube, da sind sich alle Fraktionen einig, dass wir an diesem Thema arbeiten müssen. Jetzt noch kurz meine Replik zu Benedikt: Die SBK beschäftigt sich ja mit den Investitionskrediten von allen Kommissionen. Oder, um es mit den Worten von Olivia zu sagen: Wir investieren unglaublich viel Zeit in diese Zahlen. Wenn wir etwas an diesen Zahlen streichen oder ergänzen wollen, heisst es sofort: «Das könnt Ihr jetzt noch nicht, das Bauprojekt ist in einem viel zu groben Verfahren, da können wir noch viel zu wenig genau Bescheid geben – das ist nicht möglich.» Oder – und das ist das, was Benedikt vorhin gesagt hat – es gibt reguläre Verfahren im Strassenbauprojekt, den 13er und den 16er – und nachher kommt es in die Kommission.

Fakt ist: Wenn der 13er und der 16er abgeschlossen sind, dann können wir in der Kommission nicht mehr sagen, dieses Projekt wollen wir anders. Denn sonst setzen wir es zurück auf Punkt Null, dann beginnen diese Verfahren nochmals von vorne. Wir können also eigentlich nur noch Ja oder Nein sagen. Also ist die Frage: Wann, zu welchem Zeitpunkt können wir als Kommission denn Einfluss nehmen in diesen Verfahren?

Benedikt sagte, wir kennen das Projekt ja noch gar nicht. Aber: Der 13er und der 16er sind durch. Und der Stadtrat sagt regelmässig: Wenn Ihr am 13er nicht teilgenommen habt, wieso kommt Ihr erst beim 16er? Von uns wird klar erwartet, dass wir die Vorlagen kennen in diesen Verfahren und dass wir das Zeug anschauen und die möglichen Rechte dort wahrnehmen. Also kann man doch nicht sagen: «Ihr wisst zu wenig Bescheid über dieses Projekt, Ihr könnt

es zum jetzigen Zeitpunkt nicht ablehnen.» Ich finde auch da, wir haben keinen Weg gefunden, wie wir wirklich gut mit diesen Themen umgehen können. Und bei vielen Vorlagen können wir am Schluss nur noch Ja oder Ja sagen. Das kann es einfach nicht sein. Wir müssen wirklich einen anderen Prozess finden, bei dem das Parlament zu einem frühen Zeitpunkt so eingebunden ist, dass wir wirklich etwas mitbestimmen können – und sonst bin ich dann dabei, dass wir sagen: «Dann lassen wir die vielen Stunden, die wir in die Investitionsrechnungen investieren und sind ehrlich genug zu sagen, wir können eigentlich gar nichts bewegen.» Danke.

B. Zäch (SP): Auch eine kurze Replik, gerade auf Romana und zu Andreas Geering. Romana sagt, der # sei ein Auftrag an den Stadtrat, damit man sicherstellen kann, dass das sauber auseinandergenommen wird. Es ist aber einfach so, dass der Stadtrat das ohnehin macht. D.h. es wird wieder in einen Prozess eingegriffen und er wird in einem gewissen Sinn übersteuert, weil das Parlament oder die Kommission in diesem Fall aus einem gewissen Misstrauen heraus sagt, es will ganz sicherstellen, dass der Stadtrat das sauber auseinandernimmt. Dabei macht das das DBM. Sie müssen das machen, in jedem Projekt. Auch in den Strassenprojekten, die Du angesprochen hast, hat es gebundene Teile, z.B. wenn übergeordnetes Recht umgesetzt werden muss. Und es hat ungebundene Teile. Dass das in dieser Phase des Projekts noch nicht im Detail ausgewiesen ist, liegt am Stand des Projektes. Insofern also wieder ein Fall von einer Übersteuerung – für dieses Mal aus der Kommission heraus -, mit der man in einen Prozess eingreift, der eigentlich klar definiert ist.

Dann zum 13er und 16er, Romana: Die beiden Verfahren nach dem Strassenverkehrsgesetz richten sich primär an Verbände. Und die Parteien sind, wenn ich richtig informiert bin, beim 13er auch eingeladen, sich zu beteiligen. Wenn sie das nicht machen und erst später dazukommen, ist dieser Teil des Verfahrens halt vorbei.

Und was die Vogelsangstrasse betrifft: Ich habe ein bisschen den Eindruck, dass die ganze Diskussion eigentlich nicht aus der Kommission heraus kam, das mit den Trottoirüberfahrten, sondern von den Verbänden (von gewissen Verbänden) in die Kommission hineingetragen wurde. Und das ist natürlich auch nicht der prozessuale Weg. Verkehrsverbände melden sich über die Auflagenverfahren und können das nicht umgehen, indem sie in der Kommission quasi quer hineinsteuern und dann versuchen, in der Kommissionsberatung diese Projekte zu stoppen oder aufzuhalten. Und genau das versucht ja dieser Antrag, der die 800'000 Franken sparen möchte. Das ist auch kein sauberes Vorgehen und das sollte man mindestens transparent machen, bevor man von Bevölkerung spricht, die sich äussern können sollte. Die Bevölkerung hat sich im 13er geäussert.

Kurz noch zu Andreas Geering: Du hast schon Recht, man muss aber einfach daran erinnern, wie die Geschichte dieser Fachstelle ist. Der Stadtrat hat diese im Budget 2023 zuerst eingestellt, dann hat er sie im Rahmen einer Budgetüberarbeitung herausgenommen, weil er priorisiert hat. Das Parlament hat dann gesagt, nein, wir wollen diese Stelle. Und in der Budgetdebatte letztes Jahr hatte es eigentlich eine Mehrheit, aber man hat das notwendige Quorum nicht erreicht. Und das ist ein völlig normaler Vorgang. Wir haben vorher in der Eintretensdebatte des langen und breiten gehört, wie wichtig es ist, dass das Parlament selbst Vorschläge einbringt. Und man wirft uns in der SP häufig vor, wir würden selbst keine Anträge machen, schon gar nicht solche, die gegen den Stadtrat gingen – das ist jetzt so ein Beispiel, bei dem wir gesagt haben, zusammen mit der GLP und heute auch der EVP und der Grünen/AL, wir wollen diese Stelle. Auch wenn der Stadtrat diese selbst nicht geschaffen hat. Das ist ein völlig normaler Vorgang. Wir haben diesen Prozess schon verstanden und inhaltlich nachvollziehen können – und deshalb ist der Antrag jetzt nochmals gekommen.

Dann noch kurz zum A9, zu den Projekten, bei denen ich eben nicht gesagt habe, um welche es geht. Danke, dass Du das öffentlich gemacht hast. Du darfst das, als die Person, welche diese Anträge eingereicht hat. Aber es schleckt es halt schon keine Geiss weg: Es wird Projekte treffen, die erste Umsetzungsmassnahmen der Stadtklima-Initiativen sind. Die Kanzleistrasse ist eines der wichtigen Projekte. Du weisst, das wurde uns auch als eines der Projekte vorgestellt, die quasi relevant sind für die Stadtklima-Initiativen. Und Ihr versucht, das

auf diesem Weg auszuhebeln. Und das, nachdem Ihr gerade eine Initiative eingereicht habt, wo das Volk sich äussern soll dazu, mit dem Ihr Stadtrats- und Parlamentsentscheid übersteuern wollt. Also irgendwo sehe ich da einen gewissen Widerspruch. Entweder akzeptiert Ihr Volksentscheide und strebt diese an – aber dann müsst Ihr nicht im Nachhinein versuchen, Projekte auszubremsten oder wegzustreichen. Es wird solche Projekte treffen, wenn der Antrag so durchkommt. Und auch die anderen Projekte, die Du genannt hast, sind praktisch alle in der Planungsschiene, unter anderem für Umsetzungsmassnahmen der Stadtklima-Initiativen. Danke.

M. Wäckerlin (SVP): Es tut mir leid, es zuckt mich einfach immer wieder ein bisschen im Finger.

Lieber Julius, es ist ja schön: Du siehst ein, dass Du als Politiker Deine Ziele nicht erreichst. Jetzt fehlt eigentlich nur noch die Einsicht, dass Deine Politik gescheitert ist. Denn es ist etwas anderes, an der Urne eine Autobahn abzulehnen – oder halt nicht mehr mit dem Auto auf die Autobahn zu fahren. Es ist etwas ganz anderes, an der Urne für Netto Null 20irgendwann zu stimmen als das Auto zuhause zu lassen.

Und das Gleiche gilt beim Modalsplit, auch lieber Benedikt. Politiker können verlangen, was immer sie wollen; aber wenn die Menschen nicht umsteigen, ist das einfach reines Wunschdenken. Und Euer Modalsplit ist völlig unrealistisch. So. Wir sollten eigentlich einsehen: Links-grüne Politik funktioniert nicht. Das Geld für die Winterthurer Verkehrspolitik ist verschwendet. Linke kämpfen ja leidenschaftlich gerne, am liebsten gegen die Realität. Leider mit unserem Steuergeld. Vielen Dank.

Ach ja, und einen letzten Punkt muss ich leider auch noch auf unsere Seite verteilen.

Liebe Romana, selbstverständlich können wir Projekte in der Kommission abweisen. Und diese Mitspracheverfahren, der 13er und der 16er, das ist eine reine Farce. Wir haben es jetzt einige Male gesehen: Ich werde nie mehr meine Zeit für ein Mitspracheverfahren verschwenden. Denn wir sehen nachher: Der Stadtrat nimmt nur das an, was ihm politisch in den Kram passt. Vergiss es. Bring Deine Meinung ein in der Kommission und lehne diese Anträge ab!

R. Diener (Grüne/AL): Ich freue mich natürlich, dass ich jetzt gleich noch als Replik eine Antwort an Marc geben darf, denn die Quervorwürfe, die Du jetzt machst, sind ganz gegen das Volk. Ganz klar und deutlich. Das Volk hat gezeigt, was es will: Es hat Netto Null beschlossen und es hat die Stadtklima-Initiativen beschlossen. Wenn Du gegen das Volk agieren willst, dann ist das Deine Sache - aber das mache ich natürlich sicher nicht.

Ich möchte eigentlich nur noch ganz kurz eine Replik zu Andreas geben: Andreas, Du liegst falsch. Das Autobahnprojekt, dass in Töss kommen soll, das ist nicht betroffen von dem Entscheid, den wir gefällt haben am letzten Sonntag – das ist nämlich bereits die nächste Runde, die dann laufen wird.

Zu Romana und zu anderen, die auf bürgerlicher Seite gegen diese Fachstelle gesprochen haben, auch noch eine kurze Ergänzung zu diesem Antrag A8 von meiner Seite: Wenn man nämlich genau hinschaut – und das macht Ihr ja immer, oder sagt es –, dann hätte man nämlich den EKK-Controlling-Bericht, den die Stadt gerade herausgegeben hat im November (halt sehr kurz vor dieser Debatte), nochmals angeschaut. Und dort drin hätte man etwas ganz Interessantes feststellen und finden können. Das habt Ihr wahrscheinlich alle nicht gesehen – aber ich habe es angeschaut. Es ist nicht so, dass wir die Sachen nicht genau anschauen, wir schauen sie auch genau an. Dort drin steht nämlich unter dem Titel «Mobilitätsmanagement und Jahreskonferenz» etwas ganz Spannendes und Interessantes: Der Stadtrat hat nämlich beschlossen, dass er diese Mobilitätsfachstelle nicht will, und hat deshalb auch entschieden, dass er versucht, andere Wege zu finden, um dieses Thema abzudecken. U.a. eine interne Koordinationsstelle und auch eine Mobilitätsmanagement-Weiterentwicklung. Da steht, dass eigentlich eine Alternative zu der internen Stelle gesucht werden solle. Man will also eigentlich, das ist die Absicht des Stadtrats, wie man in diesem Papier liest, eine PPP-

Lösung suchen, also eine externe Firma oder eine externe Geldgeberin, die ein solches Projekt wie eine solche Mobilitätsfachstelle versucht weiter voranzutreiben. Ein klassisches PPP-Projekt.

Dazu steht nachher in diesem Bericht etwas sehr Interessantes, das möchte ich Euch nicht vorenthalten. Ich zitiere: «Das Tiefbauamt hat auf Basis der Ergebnisse der Jahreskonferenz (die Jahreskonferenz findet jährlich statt zum Thema dieses EKK, dieser Energie- und Klimakonzept-Massnahmen) die externe Finanzierung einer Geschäftsstelle Mobilitätsmanagement geprüft, um die derzeit zurückgestellten EKK-Massnahmen im Bereich Mobilität wirkungsvoll zu bearbeiten. Die bisherigen Versuche, zum Beispiel über eine private Stiftung oder das Förderprogramm Energie blieben jedoch ohne Erfolg. Weiter geprüft wird noch eine Finanzierung im Rahmen des Parkplatzabgabefonds, wobei auch hier grössere Hürden vorhanden sind.»

Fazit: Es sind 6 EKK-Massnahmen zum Thema Mobilität in diesem Massnahmenkonzept zum CO₂-Absenkungspfad geplant. Diese sind betroffen. Und diese können nicht genügend mitverfolgt werden, meine lieben Leute hier drinnen. Und mit dieser Massnahme, die wir jetzt haben, wird es auch nicht funktionieren. Das sieht man ganz offensichtlich. Man kann wohl ohne zu übertreiben sagen: Auch der alternative Anlauf ist gescheitert. Wir brauchen – und das haben wir heute Abend mehrfach gehört -, wenn wir etwas vorantreiben möchten, das halt nicht unbedingt etwas ist, das Rendite generiert, sondern Ziele verfolgt, die wir uns als Gesellschaft gesetzt haben – für diese Aufgaben brauchen wir lokale Lösungen, lokale verwaltungsinterne Projekte, die selbst diese Themen vorantreiben. Deshalb müssen wir diese Fachstelle haben, damit wir mit diesen 6 Massnahmen weiterarbeiten können, damit wir Projekte entwickeln können, Massnahmenpläne aufbauen können, anschauen, was genau machbar ist und was wir umsetzen können.

Es gibt dazu schlicht nicht mehr zu sagen. Danke für die Unterstützung dieses Antrags, den wir gemeinsam mit der Allianz auf dieser Seite hier gemacht haben.

Ich glaube, Netto Null und die Stadtklima-Initiativen sind ein Volksauftrag, den wir nicht einfach missachten dürfen. Oder muss ich davon ausgehen, dass Ihr auf der anderen Seite das tatsächlich wollt? Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

R. Heuberger (FDP): Nur kurz, lieber Benedikt: Ich sehe, dass Du diese Verfahren nie brauchst. Bei der eigenen Stadträtin ist das vielleicht kein Zufall.

Im 13er kann man Inputs schreiben, so viel man will, da wird ganz wenig – wenn überhaupt etwas – korrigiert. Und im 16er können nur noch Direktbetroffene (sprich: Anwohner) überhaupt etwas machen. Und nachher geht es in einen Rechtsstreit. Das heisst, dass wir als Kommission eigentlich zu dem Zeitpunkt, zu dem wir handeln müssten, nicht handeln können.

Und ja, lieber Pirat: Wir lehnen diese Strassenprojekte schon ab. Aber kennst Du die Mehrheiten im Rat? Das Problem ist einfach, dass wenn wir im Rat sind (oder im 16er), dann können wir keine Kompromisse mehr aushandeln, dann ist wie die Kommunikation und der Dialog und das aufeinander zugehen nicht mehr möglich. Und deshalb müssen wir zu einem Zeitpunkt, wo das eben noch möglich ist, miteinander sprechen. Und nicht erst dann, wenn wir es auf dem juristischen Weg klären müssen. Denn dann vertreten alle die Extrempositionen - und das bringt uns nicht weiter.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Ganz kurz, lieber Reto: Wir könnten jetzt Wetten abschliessen unter umgekehrten Vorzeichen. Du sagst, der Ausbau auf 3 Spuren in Töss kommt. Albert Rösti hat gesagt, aufgrund dieser Abstimmung gibt es keinen Ausbau auf 3 Spuren mehr auf der gesamten A1, also auch in Töss nicht. Aber wir lassen das mit dem Wetten abschliessen und kommen zurück auf das Winterthurer Budget.

Benedikt, ich habe nicht gesagt, Ihr könnt diesen Antrag auf die Fachstelle nicht stellen. Das ist alles richtig verfahrenstechnisch, was Ihr macht. Ich habe einfach nochmals die Historie der letzten 2-3 Jahre aufgezeigt.

Und dann nochmals wegen der Kanzleistrasse, die Du jetzt als ein Beispiel herausgegriffen hast von meinen 4 Beispielen: Ich finde halt eben, das ist genau eines, wo der Bedarf eigentlich nicht so gross ist. Wir haben dort bereits Buspriorisierung, wir haben dort die Bushaltestelle vor dem Migros in Seen bereits nicht mehr überholbar, wir haben das Lichtsignal und den Bus bereits priorisiert. In diesem Sinne ist dort eigentlich schon viel erreicht von dem, was Ihr wollt. Hitzehotspots haben wir dort auch nicht.

Jawohl, diese Abstimmung zur Stadtluft-Initiative kennen wir und wir akzeptieren sie. Das heisst aber nicht, dass man alles im 2025 umsetzen muss. Es sind Investitionsplanungen in der Erfolgsrechnung für das Jahr 2025. Was man nicht umsetzen kann im Jahr 2025, kann man zu einem späteren Zeitpunkt bringen. Es gibt noch viele Jahre bis 2040. Vielen Dank.

Stadträtin Ch. Meier: Vielen Dank für die doch wahnsinnig angeregte Diskussion. So viel gibt das Tiefbauamt also zu reden, das freut mich.

Ich gehe gerne die verschiedenen Anträge kurz durch. Ich versuche, mich kurz zu fassen.

Antrag A8: Da kann ich an und für sich das wiederholen, was ich vor einem Jahr schon gesagt habe: Jawohl, der Stadtrat sieht den Bedarf nach einer Koordination dieser nachhaltigen Mobilitätsthemen. Selbstverständlich. Aus diesem Grund hat der Stadtrat ja auch im Frühling 2023 einen entsprechenden Antrag zur Schaffung einer solchen Fachstelle gestellt. Aber wir sehen auch die Dringlichkeit, im Rahmen eines ausgeglichenen Budgets eben auch zu priorisieren. Und aufgrund dieser Überlegung haben wir darauf verzichtet, diese Fachstelle in das Budget 2024 aufzunehmen. An dieser Grundüberlegung hat sich nichts geändert. Deshalb verzichten wir auch für das Budget 2025 darauf, den Antrag für diese Fachstelle zu stellen. Die Themen sind dadurch nicht einfach vom Tisch, das ist uns sehr bewusst. Wir sind sehr stark davon überzeugt, dass v.a. auch die Investition in Infrastruktur wichtig, welche die Bevölkerung motivieren soll, das Mobilitätsverhalten zu ändern, also umzusteigen auf Fussverkehr, ÖV und Veloverkehr. Das ist für uns wichtig und dort setzen wir die Prioritäten, dass wir bei den Infrastrukturarbeiten vorwärtsmachen können.

Und damit komme ich zum Antrag A9, um die Kürzung von 150'000 Franken in der ER. Das sind die sogenannten VK ER (Verpflichtungskredite in der ER), das sind die Vorarbeiten, die geleistet werden müssen, um später ein Investitionsprojekt ausarbeiten zu können. Das sind Betriebs- und Gestaltungskonzepte, das sind Machbarkeitsstudien, das sind Variantenstudien, die nötig sind für grössere Strassenprojekte. Wir wissen, dass der Strassenzustand in der Stadt Winterthur nicht besonders gut ist. Wenn Sie auf den Winterthurer Strassen unterwegs sind, merken Sie das selbst.

Jawohl, wir könnten theoretisch diese Strassen einfach 1:1 sanieren, dann wären das alles gebundene Kosten. Dann bräuchte es kein BGK, dann braucht es kein Variantenstudium. Dann würde man einfach Belag herausnehmen, Unterbau erneuern, Belag wieder einsetzen – und die Strassen wären wieder geflickt. Aber wir haben einen klaren Auftrag der Bevölkerung, das eben nicht zu machen.

Und ich hatte heute Freude am Votum, das sich zwar nicht auf Strassenprojekte bezogen hat, aber Franziska Kramer hat im Zusammenhang mit dem Hallenbad gesagt: «Ein Volkssentscheid hat absolute Priorität.» Für mich hat der Volkssentscheid zu den Stadtklima-Initiativen diese Priorität auch. Wenn wir also diesen Auftrag ernstnehmen wollen, dann müssen wir Strassenprojekte, die wir haben, als Gelegenheit nutzen, um die Stadtklima-Initiativen umzusetzen. Wir haben vor gut einer Woche das Vorgehenskonzept vorgestellt. Wir müssen die sogenannten Ohnehin-Projekte (das sind die Projekte, die wir machen müssen aufgrund des Strassenzustands) nutzen zum Entsiegeln, zum Begrünen, um diese Ziele zu verfolgen. Die Strassenprojekte, das wissen Sie selbst, gehen sehr lange. Und klar kann man sagen, es muss nicht alles im 2025 sein, aber das, was im 2025 in der ER ist, wird relativ knapp, um es bis 2040 umgesetzt zu haben. Also deshalb: Wenn Sie den Auftrag, den die Bevölkerung uns am 9. Juni gegeben hat, ernstnehmen, dann bitte ich Sie, diese 150'000 Franken nicht aus der ER herauszustreichen.

Es wäre dann übrigens auch noch die Frage, ob das ein Teil der 7 Millionen ist oder sind die noch zusätzlich. Das müssten wir dann vielleicht noch herausfinden.

Der nächste Antrag, A10, das ist der Antrag, der sich auf die Vogelsangstrasse/Salzhausstrasse bezieht. Da erlaube ich mir einen ganz kurzen Projektrückblick. Das Projekt wurde im Sommer 2023 öffentlich aufgelegt, nachdem vorher schon der sogenannte 13er, das Mitspracheverfahren, gelaufen ist. Bei der öffentlichen Auflage gingen zwei Einsprachen ein und seither wurden etliche Gespräche mit den Einsprechenden geführt. Eine Einsprache, das weiss man aus den Medien, bezieht sich auf die Trottoirüberfahrt. Der nächste Schritt ist eine Projektfestsetzung durch den Stadtrat. Das wird dann vorgängig den Einsprechenden kommuniziert, so dass diese die Möglichkeit haben, falls sie mit der Festsetzung nicht einverstanden sind, zu rekurrieren. Das ist der Vorgang, den ein Strassenprojekt einfach hat. Das ist nicht ein Furz des Stadtrats Winterthur, sondern das ist kantonales Strassengesetz, an das wir einfach gebunden sind.

Es ist mir sehr bewusst, dass das für eine SBK nicht eine so wahnsinnig befriedigende Situation ist, dass eben die inhaltlichen Entscheide an einem anderen Ort passieren. Genau aus diesem Grund kommen wir ja mit Strassenprojekten relativ frühzeitig in die SBK, stellen sie dort vor und nehmen auch Anregungen entgegen.

Und einfach noch zur Mär, dass nach dem 13er, nach dem Mitspracheverfahren, jeweils gar nichts aufgenommen werde: Das stimmt überhaupt nicht. Die Projekte werden massiv überarbeitet. Und das nicht irgendwie politisch-ideologisch oder so; da sind auch schon Sachen übernommen worden, die ich jetzt nicht unbedingt sinnvoll gefunden hätte, die aber in einer Gesamtabwägung Sinn machen oder einfach aufgrund von Verbänden und Interessensgesellschaften nötig sind. Es wird sehr, sehr viel übernommen aus einem solchen Mitwirkungsverfahren.

Aber dass man nach dem 16er, nach dem Auflageverfahren, ein Projekt nicht nochmals grundsätzlich auf den Kopf stellen kann, das sollte eigentlich schon auch einleuchten. Denn die Leute, die direkt betroffen sind und die nach Strassengesetz die Möglichkeit haben, sich in diesem Einwendungsverfahren zu äussern, müssen sich auch darauf verlassen können, dass das, was sie dort geäussert haben, auch Bestand hat. Denn sie verzichten unter Umständen dann auf einen Rekurs. Wenn nachher das Parlament sagt, es sei ihm egal, was man dort gesagt hat, dann treiben wir einfach diese Verfahren ad absurdum. Und dazu bin ich nicht bereit.

Mit dem Antrag aber, dass genau diese 800'000 Franken aus dem Budget 2025 gestrichen werden sollen, mit dem kann ich leben. Wir gehen davon aus, dass es ein Rechtsverfahren geben wird bei diesem Strassenprojekt, d.h. die Umsetzung wird sowieso zum grössten Teil im 2025 nicht möglich sein. Was ich aber da jetzt schon ankünden muss: Ein Teil des Strassenprojekts bezieht sich nicht auf den Strassenraum, sondern auf eine Stützmauer zum Gleiskörper hinunter. Diese Stützmauer müssen wir sanieren. Das ist ein Teil der gebundenen Kosten. Das ist als Vorbereitungsarbeit für das «Mehrspur Zürich-Winterthur»-Projekt eminent wichtig. Da haben wir ein Zeitfenster im nächsten Sommer, in dem wir diese Stützmauer sanieren können. Das werden wir machen müssen. Das ist aber im gebundenen Teil und tangiert die Umgestaltung des Strassenraums nicht. Aber einfach, damit ich das hier schon angekündigt habe.

Und damit kommen wir zur Diskussion mit der Gebundenheit der Kredite, die Anträge A11 – A15. Da bin ich relativ emotionsbefreit, muss ich Ihnen sagen. Es ist nicht so, dass es diesen Antrag braucht, damit der Stadtrat die Differenzierung zwischen gebundenen und nicht gebundenen Kosten ernstnimmt. Ich kann Ihnen garantieren, dass wir das ohnehin machen. Aber es ist einfach so, dass alle diese Kredite sowohl gebundene wie auch nicht gebundene Anteile haben. Sie sind jetzt einfach als Gesamtes gebunden im Budget-Buch. Von mir aus können sie auch als Gesamtes nicht gebunden dort drinstehen. Es läuft am Schluss darauf hinaus, dass wir dann, wenn der Kreditantrag kommt, das auseinanderdröseln und genau definieren, was gebunden ist und was nicht gebunden ist. Und beim nicht gebundenen Teil kommen wir selbstverständlich in das Parlament, sobald es unsere stadträtliche Kompetenz überschreitet. Das kann ich Ihnen garantieren, egal ob das Gebundenheitszeichen bleibt oder nicht.

Mein Wunsch wäre einfach, dass man es nicht zufällig macht (also an den einen Orten macht man es und an den anderen nicht). Das hat sich aber die SBK offensichtlich sowieso auf die Fahne geschrieben. Es reicht einfach nicht, es nur in der SBK zu machen. Man muss es dann wirklich so machen, dass alle diese Verpflichtungskredite bereinigt sind. Aber das ist etwas, was man letztendlich auch mit dem Finanzamt wird anschauen müssen.

Parlamentspräsident F. Helg: Wir sind jetzt am Schluss der Beratungen. Vielleicht muss ich da noch nachtragen: André Zuraikat hat sich ordentlich abgemeldet und entschuldigt für diese Sitzung, deshalb ist sein Stuhl dort leer. Nicht damit diese Meldung vergessen geht. Wir kommen jetzt zu den Abstimmungen. Wir werden die Anträge A8, A9 und A10 getrennt zur Abstimmung bringen. Danach werden wir gesamthaft über die Anträge A11 – A15 abstimmen, weil sie ja die gleiche Problematik umfassen.

Antrag A8 («erhöhtes Quorum»), SBK: Erhöhung des Globalkredits um CHF 100'000 (Stelle nachhaltige Mobilität).

Abstimmungsresultat: Dem Antrag wird mit 33:21 bei 0 Enthaltungen angenommen. Auch die Hürde mit der absoluten Mehrheit der Parlamentsmitglieder ist erreicht.

Antrag A9, SBK: Reduktion des Globalkredits um CHF 150'000 (Priorisierung ER-Projekte).

Abstimmungsresultat: Der Antrag ist mit 28:26 bei 0 Enthaltungen angenommen.

Antrag A10, SBK: Das Programm 2025 soll um 800'000 Franken auf 0 gekürzt werden (Untere Vogelsangstrasse).

Abstimmungsresultat: Der Antrag wird mit 28:26 bei 0 Enthaltungen angenommen.

Antrag A11 – A15, SBK: Beim Ausführungskredit ist das Bewilligungsorgan von § auf # anzupassen, da noch nicht klar ist, welcher Anteil gebunden und welcher neue Ausgaben sind.

Abstimmungsresultat: Der Antrag wird mit 32:22 bei 0 Enthaltungen angenommen.

Bei dieser Produktegruppe Tiefbau ist nichts mehr offen. Es ist jetzt bereits 22.07 Uhr und ich denke, das ist der günstigste Zeitpunkt, um für heute aufzuhören. Wir vertagen uns auf nächsten Montag, 9. Dezember.

Die Sitzung ist geschlossen.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident:

Der 1. Vizepräsident:

Der 2. Vizepräsident:

F. Helg (FDP)

Ph. Weber (SP)

S. Kocher (GLP)

Beilagen:

- Abstimmungsprotokolle

Abstimmungstitel**7. Finanzielle Vergütung Stadtwerk Winterthur 2025**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 02.Dezember.2024 16:31:57
Abstimmungsfrage Gesamtabstimmung Ziff. 1 bis 5

Ergebnis

Stimmberechtigt	56
A: Zustimmung	55
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	55
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Casutt Sarah	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	A: Zustimmung
Dürr Renate	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	Nicht anwesend
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Griesser Christian	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	Nicht anwesend
Keller Regula	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	Nicht anwesend
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	Nicht anwesend
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Studer Lisa	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Weber Philippe	Nicht anwesend
Werner Pascal A.	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**8. Finanzielle Vergütung Parkieren Winterthur 2025**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 02.Dezember.2024 16:36:33
Abstimmungsfrage Gesamtabstimmung Ziff. 1 und 2

Ergebnis

Stimmberechtigt	56
A: Zustimmung	55
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	55
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Casutt Sarah	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	A: Zustimmung
Dürr Renate	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	Nicht anwesend
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Griesser Christian	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	Nicht anwesend
Keller Regula	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	Nicht anwesend
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	Nicht anwesend
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Studer Lisa	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Weber Philippe	Nicht anwesend
Werner Pascal A.	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**9. Budget 2025**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 02.Dezember.2024 18:16:20
Abstimmungsfrage A1 Subventionsverträge/Beiträge an Dritte SP Fr. + 100'000 (Projekte)

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: Zustimmung	22
B: Ablehnung	32
Enthaltung	0
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
Angele Philipp	B: Ablehnung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Casutt Sarah	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	A: Zustimmung
Dürr Renate	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	B: Ablehnung
Ernst Nora	B: Ablehnung
Fehr Jan	B: Ablehnung
Frei Glowatz Katharina	Nicht anwesend
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	B: Ablehnung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	B: Ablehnung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	B: Ablehnung
Graf Marco	B: Ablehnung
Griesser Christian	A: Zustimmung
Gross Michael	B: Ablehnung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	B: Ablehnung
Guddal Jan	B: Ablehnung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	B: Ablehnung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	B: Ablehnung
Holderegger Nicole	B: Ablehnung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	Nicht anwesend
Keller Regula	A: Zustimmung
Kocher Samuel	B: Ablehnung
Kramer-Schwob Franziska	B: Ablehnung

Name	Ergebnis
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	Nicht anwesend
Kuster Iris	B: Ablehnung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	B: Ablehnung
Mancuso Cristina	B: Ablehnung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	B: Ablehnung
Oeschger Benedikt	B: Ablehnung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	B: Ablehnung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	B: Ablehnung
Romay Dani	B: Ablehnung
Roth-Nater Daniela	B: Ablehnung
Sorgo Maria	Nicht anwesend
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Steiner Annetta	B: Ablehnung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Studer Lisa	Nicht anwesend
Tobler Raphael	B: Ablehnung
Vogel Kaspar	B: Ablehnung
Wäckerlin Marc	B: Ablehnung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Weber Philippe	Nicht anwesend
Werner Pascal A.	B: Ablehnung
Würzer Alexander	B: Ablehnung
Zäch Benedikt	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	B: Ablehnung

Abstimmungstitel**9. Budget 2025**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 02.Dezember.2024 18:17:10
Abstimmungsfrage A2 Subventionsverträge/Beiträge an Dritte SP Fr. + 10'000 (Kunstankauf)

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: Zustimmung	21
B: Ablehnung	33
Enthaltung	0
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
Angele Philipp	B: Ablehnung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Casutt Sarah	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	A: Zustimmung
Dürr Renate	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	B: Ablehnung
Ernst Nora	B: Ablehnung
Fehr Jan	B: Ablehnung
Frei Glowatz Katharina	Nicht anwesend
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	B: Ablehnung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	B: Ablehnung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	B: Ablehnung
Graf Marco	B: Ablehnung
Griesser Christian	A: Zustimmung
Gross Michael	B: Ablehnung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	B: Ablehnung
Guddal Jan	B: Ablehnung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	B: Ablehnung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	B: Ablehnung
Holderegger Nicole	B: Ablehnung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	Nicht anwesend
Keller Regula	A: Zustimmung
Kocher Samuel	B: Ablehnung
Kramer-Schwob Franziska	B: Ablehnung

Name	Ergebnis
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	Nicht anwesend
Kuster Iris	B: Ablehnung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	B: Ablehnung
Mancuso Cristina	B: Ablehnung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	B: Ablehnung
Oeschger Benedikt	B: Ablehnung
Perroulaz Raphael	B: Ablehnung
Porlezza Gioia	B: Ablehnung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	B: Ablehnung
Romay Dani	B: Ablehnung
Roth-Nater Daniela	B: Ablehnung
Sorgo Maria	Nicht anwesend
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Steiner Annetta	B: Ablehnung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Studer Lisa	Nicht anwesend
Tobler Raphael	B: Ablehnung
Vogel Kaspar	B: Ablehnung
Wäckerlin Marc	B: Ablehnung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Weber Philippe	Nicht anwesend
Werner Pascal A.	B: Ablehnung
Würzer Alexander	B: Ablehnung
Zäch Benedikt	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	B: Ablehnung

Abstimmungstitel**9. Budget 2025**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 02.Dezember.2024 18:29:07
Abstimmungsfrage A3 IDW AK Fr. - 150'000 (Reduktion Stellenwachstum)

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: Zustimmung	33
B: Ablehnung	21
Enthaltung	0
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	B: Ablehnung
Casutt Sarah	B: Ablehnung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	B: Ablehnung
Dürr Renate	B: Ablehnung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	Nicht anwesend
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	B: Ablehnung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	B: Ablehnung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Griesser Christian	B: Ablehnung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	B: Ablehnung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	B: Ablehnung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Ablehnung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	Nicht anwesend
Keller Regula	B: Ablehnung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	Nicht anwesend
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	B: Ablehnung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Ablehnung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	A: Zustimmung
Praetorius Julius	B: Ablehnung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	Nicht anwesend
Staub Olivia	B: Ablehnung
Steiner Markus	B: Ablehnung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	B: Ablehnung
Studer Lisa	Nicht anwesend
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	B: Ablehnung
Weber Philippe	Nicht anwesend
Werner Pascal A.	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	B: Ablehnung
Zundel Michael	B: Ablehnung
Zuraikat André	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**9. Budget 2025**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 02.Dezember.2024 20:10:04
Abstimmungsfrage A4 Städt. Allgemeinkosten AK Fr. - 1.5 Mio. (Jahresteuering)

Ergebnis

Stimmberechtigt	54
A: Zustimmung	53
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	53
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Casutt Sarah	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	A: Zustimmung
Dürr Renate	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	Nicht anwesend
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	Nicht anwesend
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Griesser Christian	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Keller Regula	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	Nicht anwesend
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	Nicht anwesend
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Studer Lisa	Nicht anwesend
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Weber Philippe	Nicht anwesend
Werner Pascal A.	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	Nicht anwesend

Abstimmungstitel**9. Budget 2025**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 02.Dezember.2024 20:11:06
Abstimmungsfrage A6 Städt. Allgemeinkosten SP Fr. + 1.5 Mio. (Lohnmassnahmen)

Ergebnis

Stimmberechtigt	54
A: Zustimmung	22
B: Ablehnung	31
Enthaltung	0
Abgestimmt	53
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
Angele Philipp	B: Ablehnung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Casutt Sarah	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	A: Zustimmung
Dürr Renate	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	Nicht anwesend
Ernst Nora	B: Ablehnung
Fehr Jan	B: Ablehnung
Frei Glowatz Katharina	Nicht anwesend
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	B: Ablehnung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	B: Ablehnung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	B: Ablehnung
Graf Marco	B: Ablehnung
Griesser Christian	A: Zustimmung
Gross Michael	B: Ablehnung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	B: Ablehnung
Guddal Jan	B: Ablehnung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	B: Ablehnung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	B: Ablehnung
Holderegger Nicole	B: Ablehnung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Keller Regula	A: Zustimmung
Kocher Samuel	B: Ablehnung
Kramer-Schwob Franziska	B: Ablehnung

Name	Ergebnis
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	Nicht anwesend
Kuster Iris	B: Ablehnung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	B: Ablehnung
Mancuso Cristina	B: Ablehnung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	B: Ablehnung
Oeschger Benedikt	B: Ablehnung
Perroulaz Raphael	B: Ablehnung
Porlezza Gioia	B: Ablehnung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	B: Ablehnung
Romay Dani	B: Ablehnung
Roth-Nater Daniela	B: Ablehnung
Sorgo Maria	Nicht anwesend
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Steiner Annetta	B: Ablehnung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Studer Lisa	Nicht anwesend
Tobler Raphael	B: Ablehnung
Vogel Kaspar	B: Ablehnung
Wäckerlin Marc	B: Ablehnung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Weber Philippe	Nicht anwesend
Werner Pascal A.	B: Ablehnung
Würzer Alexander	B: Ablehnung
Zäch Benedikt	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	Nicht anwesend

Abstimmungstitel**9. Budget 2025**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 02.Dezember.2024 20:55:03
Abstimmungsfrage A5 Städt. Allgemeinkosten AK Fr. - 7 Mio. (Pauschalkürzung)

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: Zustimmung	32
B: Ablehnung	22
Enthaltung	0
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	B: Ablehnung
Casutt Sarah	B: Ablehnung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	B: Ablehnung
Dürr Renate	B: Ablehnung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	Nicht anwesend
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	B: Ablehnung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	B: Ablehnung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Griesser Christian	B: Ablehnung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	B: Ablehnung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	B: Ablehnung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Ablehnung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung
Keller Regula	B: Ablehnung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	Nicht anwesend
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	B: Ablehnung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Ablehnung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	A: Zustimmung
Praetorius Julius	B: Ablehnung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	Nicht anwesend
Staub Olivia	B: Ablehnung
Steiner Markus	B: Ablehnung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	B: Ablehnung
Studer Lisa	Nicht anwesend
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	B: Ablehnung
Weber Philippe	Nicht anwesend
Werner Pascal A.	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	B: Ablehnung
Zundel Michael	B: Ablehnung
Zuraikat André	Nicht anwesend

Abstimmungstitel**9. Budget 2025**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 02.Dezember.2024 22:04:26
Abstimmungsfrage A8 Tiefbau SBK Fr. + 100'000 (Stelle Nachhaltige Mobilität)

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: Zustimmung	33
B: Ablehnung	21
Enthaltung	0
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
Angele Philipp	B: Ablehnung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Casutt Sarah	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	A: Zustimmung
Dürr Renate	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	B: Ablehnung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	B: Ablehnung
Frei Glowatz Katharina	Nicht anwesend
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	B: Ablehnung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	B: Ablehnung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	B: Ablehnung
Graf Marco	B: Ablehnung
Griesser Christian	A: Zustimmung
Gross Michael	B: Ablehnung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	B: Ablehnung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	B: Ablehnung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	B: Ablehnung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Keller Regula	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	Nicht anwesend
Kuster Iris	B: Ablehnung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	B: Ablehnung
Mancuso Cristina	B: Ablehnung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	B: Ablehnung
Porlezza Gioia	B: Ablehnung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	B: Ablehnung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	Nicht anwesend
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Studer Lisa	Nicht anwesend
Tobler Raphael	B: Ablehnung
Vogel Kaspar	B: Ablehnung
Wäckerlin Marc	B: Ablehnung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Weber Philippe	Nicht anwesend
Werner Pascal A.	B: Ablehnung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	Nicht anwesend

Abstimmungstitel**9. Budget 2025**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 02.Dezember.2024 22:05:17
Abstimmungsfrage A9 Tiefbau SBK Fr. - 150'000 (Priorisierung ER-Projekte)

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: Zustimmung	28
B: Ablehnung	26
Enthaltung	0
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	B: Ablehnung
Casutt Sarah	B: Ablehnung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	B: Ablehnung
Dürr Renate	B: Ablehnung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	Nicht anwesend
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	B: Ablehnung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	B: Ablehnung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Griesser Christian	B: Ablehnung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	B: Ablehnung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	B: Ablehnung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Ablehnung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung
Keller Regula	B: Ablehnung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	B: Ablehnung

Name	Ergebnis
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	Nicht anwesend
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	B: Ablehnung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Ablehnung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	A: Zustimmung
Praetorius Julius	B: Ablehnung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	B: Ablehnung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	B: Ablehnung
Sorgo Maria	Nicht anwesend
Staub Olivia	B: Ablehnung
Steiner Markus	B: Ablehnung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	B: Ablehnung
Studer Lisa	Nicht anwesend
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	B: Ablehnung
Weber Philippe	Nicht anwesend
Werner Pascal A.	A: Zustimmung
Würzer Alexander	B: Ablehnung
Zäch Benedikt	B: Ablehnung
Zundel Michael	B: Ablehnung
Zuraikat André	Nicht anwesend

Abstimmungstitel**9. Budget 2025**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 02.Dezember.2024 22:06:06
Abstimmungsfrage A10 Tiefbau SBK Fr. - 800'000 (Proj. 5007190)

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: Zustimmung	28
B: Ablehnung	26
Enthaltung	0
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	B: Ablehnung
Casutt Sarah	B: Ablehnung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	B: Ablehnung
Dürr Renate	B: Ablehnung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	Nicht anwesend
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	B: Ablehnung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	B: Ablehnung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Griesser Christian	B: Ablehnung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	B: Ablehnung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	B: Ablehnung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Ablehnung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung
Keller Regula	B: Ablehnung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	B: Ablehnung

Name	Ergebnis
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	Nicht anwesend
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	B: Ablehnung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Ablehnung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	A: Zustimmung
Praetorius Julius	B: Ablehnung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	B: Ablehnung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	B: Ablehnung
Sorgo Maria	Nicht anwesend
Staub Olivia	B: Ablehnung
Steiner Markus	B: Ablehnung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	B: Ablehnung
Studer Lisa	Nicht anwesend
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	B: Ablehnung
Weber Philippe	Nicht anwesend
Werner Pascal A.	A: Zustimmung
Würzer Alexander	B: Ablehnung
Zäch Benedikt	B: Ablehnung
Zundel Michael	B: Ablehnung
Zuraikat André	Nicht anwesend

Abstimmungstitel**9. Budget 2025**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 02.Dezember.2024 22:06:52
Abstimmungsfrage A11 - A15 Tiefbau SBK Änderung Bewilligungsorgan auf # (Sammelabstimmung)

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: Zustimmung	32
B: Ablehnung	22
Enthaltung	0
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	B: Ablehnung
Casutt Sarah	B: Ablehnung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	B: Ablehnung
Dürr Renate	B: Ablehnung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	Nicht anwesend
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	B: Ablehnung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	B: Ablehnung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Griesser Christian	B: Ablehnung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	B: Ablehnung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	B: Ablehnung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Ablehnung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung
Keller Regula	B: Ablehnung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	Nicht anwesend
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	B: Ablehnung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Ablehnung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	A: Zustimmung
Praetorius Julius	B: Ablehnung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	Nicht anwesend
Staub Olivia	B: Ablehnung
Steiner Markus	B: Ablehnung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	B: Ablehnung
Studer Lisa	Nicht anwesend
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	B: Ablehnung
Weber Philippe	Nicht anwesend
Werner Pascal A.	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	B: Ablehnung
Zundel Michael	B: Ablehnung
Zuraikat André	Nicht anwesend